Nr. 18. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pr. Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 22. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Getreidezoll und Getreidepreis in Frankreich.

Zu den beliebtesten Argumenten der Hochschutzzöllner für ihre Brotwucher-Forderung gehört der Hinweis darauf, daß in Frankreich der Zoll für Weizen 7 Fr. (5,60 M.) pro 100 Kilogramm beträgt, und der socialistische Handelsminister bisher nicht versucht habe, diesem „Brotwucher" Einhalt zu thun. Noch erst vor wenigen Tagen schrieb das Specialorgan des „Centralverbandes deutscher Industrieller", die „Berliner Neuesten Nachrichten", unter der Spitzmarke: „Die Socialdemokratie als Brotwucherin":

„Gegenüber der mit allen Mitteln der Entstellung und Lüge arbeitenden socialdemokratischen Hetze gegenüber der deutschen Zollpolitik möchten wir heute nochmals auf einen Punkt hinweisen, der zwar auch in den Reichstags-Debatten gestreift und gelegentlich in der Presse hervorgehoben, aber unsres Erachtens noch nicht genügend gewürdigt worden ist. Die Socialdemokratie macht den Anspruch, international zu sein und für Arbeiter und Volk gleiche Rechte überall zu erstreben. Thatsächlich aber übt sie betreffs der Getreide- und Lebensmittel-Zölle in Deutschland und in Frankreich die krasseste Ungleichheit. Bei uns kann sie dem „Brotwucher", dem „Hungerzoll" nicht genug Schimpf und Schande nachsagen, „das Volk" nicht genug dagegen aufrühren, in Frankreich dagegen, wo die Socialdemokratie mit Herrn Millerand sogar Sitz und Stimme in der Regierung hat, wo das allerröteste und „socialste" Kabinett der dritten Republik schon 2½ Jahr am Ruder ist, da wird ein höherer Getreidezoll, als ihn die deutsche Regierung in dem neuen Tarif fordert, nach wie vor ruhig geduldet."

Ganz abgesehen von der Albernheit der Folgerung, daß weil in Frankreich nicht etwa die socialistischen Parteien für die Getreidezölle eintreten, sondern nur, weil Herr Millerand, der von der Mehrheit der Socialisten, wie bekannt, energisch bekämpft wird, bisher nichts zur Herabminderung des französischen Weizenzolles gethan hat, nun auch infolge ihrer „Internationalität" die deutsche Socialdemokratie nichts gegen den Brotwucher unternehmen dürfe, enthält die ganze Argumentation eine Fälschung. Es wird so hingestellt, als wenn infolge des hohen Weizenzolls Frankreich höhere Weizen- und Brotpreise habe, als Deutschland. Davon kann aber gar keine Rede sein. Im französischen Tarifgesetz werden einer Reihe von Produkten der französischen Kolonien teils Zollfreiheit, teils beträchtliche Ermäßigungen eingeräumt, und diese Maßregel bewirkt, daß thatsächlich trotz der höheren Zölle manche Lebensmittel in Frankreich niedriger im Preise stehen, als in Deutschland.

Dies gilt auch für Weizen, der aus den nordafrikanischen Kolonien Frankreichs zollfrei eingeführt werden darf, wodurch ein derartiger Druck auf den Preis ausgeübt wird, daß bisher die Weizenpreise in Frankreich trotz des Zolles von 5,60 Mark niedriger gewesen sind, als die Weizenpreise Süd- und Südwest-Deutschland unter dem Vortragszoll von 3,50 per 100 kg. So betrugen z. B. nach der in dieser Hinsicht durchaus zuverlässigen und umfassenden französischen Statistik die Durchschnitts-Großhandelspreise pro Tonne (1000 kg) Weizen in ganz Frankreich:

1895	1896	1897	1898	1899
148,00 M.	151,88 M.	196,52 M.	210,19 M.	158,06 M.

Dagegen stellte sich der für Süd- und Südwest-Deutschland maßgebende Preis der Münchener, Mannheimer und Frankfurter Börse und zwar für Mittelware pro Tonne:

München

1895	1896	1897	1898	1899
164,25 M.	174,54 M.	187,29 M.	210,54 M.	178,83 M.

Mannheim

1895	1896	1897	1898	1899
155,00 M.	168,35 M.	194,81 M.	209,87 M.	179,30 M.

Frankfurt a. M.

1895	1896	1897	1898	1899
150,56 M.	162,17 M.	177,52 M.	200,04 M.	162,92 M.

Ost- und Mitteldeutschland haben allerdings niedrigere Durchschnitts-Weizenpreise als Frankreich; doch muß hervorgehoben werden, daß auch die Preise in Frankreich nicht überall das obige relativ hohe Niveau erreichen; es sind die hohen Preise der Centralprovinzen, vornehmlich aber des Südens und Südwestens, die den Durchschnittssatz so erhöhen; in den nördlichen und nordöstlichen Provinzen, also denen, die an Belgien und Deutschland grenzen, steht regelmäßig der Preis beträchtlich niedriger. Sodann aber — und davon schweigt die agrarische und hochschutzzöllnerische Presse — sind die Preise für die übrigen Getreidearten, für die der Zolltarif-Entwurf enorme Zollerhöhungen fordert, nämlich für Roggen, Gerste, Hafer, in Frankreich nicht nur weit niedriger als in West- und Süddeutschland, sondern, mit Ausnahme von Hafer, selbst niedriger als in den ostelbischen Provinzen Preußens.

Diese Thatsachen sind von uns schon verschiedentlich hervorgehoben worden; jetzt nimmt auch die „Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen" Anlaß in einer, allem Anschein nach gegen die Entstellungen der „Berliner Neuesten Nachrichten" gerichteten Notiz nochmals die Verhältnisse klar zu legen. Sie schreibt:

„Weiteren Kreisen scheint es dabei völlig entgangen zu sein, wie wenig beweiskräftig das französische Vorbild hoher Getreidezölle für Deutschland ist. Im Gegensatz zu Deutschland läßt nämlich Frankreich die Provenienzen seiner Kolonien mit wenigen Ausnahmen (Zucker, Syrup, Kakao, Chokolade, Kaffee, Thee, Gewürze) zollfrei ein; zu den zollfreien Waren gehört insbesondere das Getreide.

Die Zollfreiheit des kolonialen Getreides ist von entscheidender Bedeutung, da die Kolonien sich zur Kornkammer des Mutterlandes entwickelt haben. Von dem französischen Weizenimport kamen im **Jahre 1899 96 Proz., 1900 93 Proz., in den ersten 11 Monaten des Jahres 1901 96 Proz. aus Algier und Tunis.** Zollpflichtiger Weizen aus Argentinien, Rußland, der Union und den andren großen, nicht französischen Produktionsgebieten spielt auf dem französischen Markte **nur eine ganz minimale Rolle.** Der hohe französische Weizenzoll **steht daher im wesentlichen nur auf dem Papier."**

Das ist richtig. Irrig dürfte nur die Annahme sein, daß diese Bedeutung der Weizeneinfuhr aus den nordafrikanischen Kolonien in Frankreich bisher den „weiteren Kreisen", zu denen die „Berliner Neuesten Nachrichten" zählen, entgangen ist. Das ehrenwerte Blatt, das uns beschuldigt, „mit allen Mitteln der Entstellung und Lüge" zu arbeiten, handelt einfach nach dem jesuitischen Grundsatz, daß der Zweck — das heißt in diesem Fall der Profit der sie alimentierenden Großindustriellen — jedes Mittel, auch das verwerflichste, heiligt.

Zolltarif-Kommission.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt **Singer** das Material, das der Wirtschaftliche Ausschuß zusammengetragen hat, der Kommission zugänglich zu machen.

Vorsitzender **v. Kardorff** behauptet, daß dieses Material streng vertraulich behandelt werden müsse, da sich in ihm viele Mitteilungen befinden, die Geschäftsgeheimnisse sind.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** Die Protokolle des Wirtschaftlichen Ausschusses können nicht veröffentlicht werden, da die Aussagen nur durch das Versprechen der Geheimhaltung erlangt worden sind.

Singer regt an, das Material wenigstens den Vertretern der Parteien zur Verfügung zu stellen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und in der Beratung der einzelnen Ziffern des § 5 des Tarifgesetzes fortgefahren, der die Gegenstände nennt, die **vom Zoll befreit** bleiben sollen. Die Beratung setzt ein bei der Ziffer 7, der die Verzehrungs-Gegenstände der Reisenden für die Reise frei lassen will. Schiffer sollen auch für zwei Tage Proviant frei haben.

Singer und **Stadthagen** begründen einen socialdemokratischen Antrag, wonach den Schiffsmannschaften wenigstens für eine Woche Proviant freigelassen werden soll.

Unterstaatssekretär **v. Fischer** widerspricht dem Antrage. Schiffer, die auf kurze Zeit in die Freihafengebiete, nach Holland, Rußland oder Oestreich hineinfahren, sollen nicht das Recht haben, sich dauernd Proviant aus dem Auslande zu verschaffen. Flößer und Mannschaften der Flöße müßten als Schiffer im Sinne des Zollgesetzes behandelt werden.

Nach kurzer Debatte wird der socialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen **abgelehnt** und Ziffer 7 angenommen.

Ziffer 8 des § 5 behandelt die Fälle des grenzüberschreitenden Reise- und Frachtverkehrs und läßt Fahrzeuge, Pferde und Lastiere zollfrei, wenn sie wieder ins Ausland zurückkehren. Die Zollbehandlung der Eisenbahnwagen der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft wird der Entscheidung des Bundesrats vorbehalten.

Ein Antrag **Gothein**, der sich gegen die Erschwerungen im Grenzverkehr richtet, soweit beim Transport gebrauchte Waren in Betracht kommen, insbesondere bei Gespannen, Wagen, Geschirren und Decken, wird nach kurzer Debatte **abgelehnt** und Ziffer 8 unverändert angenommen.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** kommt auf den oben erwähnten Geschäftsordnungsantrag Singer zurück und erklärt, **die Protokolle können nicht herausgegeben werden;** sie seien vertraulich schon dem Ausland gegenüber. Was etwa zur Ausgabe geeignet sei, solle nochmals geprüft werden.

Abg. **Singer:** Die Kommission müsse nachprüfen können, ob die Schlußfolgerungen der Regierung aus dem Material gerechtfertigt seien; dazu gehören die Protokolle, sonst muß man die Enquete als einseitige ansehen. Redner ersucht um Herausgabe des notwendigen Materials, wie das in der Budget-Kommission auch geschehe.

Der Vorsitzende **v. Kardorff** wünscht die Diskussion hierüber zu schließen.

Abg. **Brömel** (fr. Vp.) hält eine Diskussion für dringend notwendig, früher seien die Erhebungen auch veröffentlicht worden.

Schließlich erklärt sich der Vorsitzende **v. Kardorff** mit einem Vorschlage Singers, die Angelegenheit in der morgigen Sitzung zu besprechen, einverstanden.

Ziffer 9 läßt zollfrei: Umschließungen, Schutzdecken und andre Verpackungsmittel, die zum Zwecke der Ausfuhr von Waren eingeführt oder aus dem Auslande wieder zurückgebracht werden, nachdem sie nachweislich zur Verpackung deutscher exportierter Waren gedient haben.

Aus den Kreisen der Industrie ist vorgeschlagen worden, neue und gebrauchte Jutesäcke beim Eingang zu verzollen und beim Wiederausgang die Hälfte des Zolls zurück zu erstatten. Dieser Vorschlag ist von der Regierung abgelehnt worden, weil das Bedürfnis, solche Säcke grundsätzlich anders als andre Umschließungen zu behandeln, nicht genügend begründet, durch eine Aufnahme der Vorschrift die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse verteuert und die Zollverwaltung bei der Ausführung zu sehr belästigt würde, ohne daß Mißbräuche ganz ausgeschlossen werden könnten.

Zu dieser Ziffer liegen zwei Anträge vor. Frhr. **v. Wangenheim** (k.) beantragt, die aus dem Ausland kommenden Säcke zu verzollen. Abg. **Müller**-Fulda (C.) beantragt, für den Fall der Annahme des Antrags Wangenheim die Zuckersäcke freizulassen.

Die Jutefabrikanten haben sich zu einer Konferenz mit den Bündlern und andren Zöllnern geeinigt.

Frhr. **v. Wangenheim** wundert sich, daß die Regierung dem Wunsche der Jutefabrikanten nicht von vornherein entsprochen hat.

Müller-Fulda bekämpft nunmehr den Antrag Wangenheim, der gegen die Grundsätze des Zolltarifs verstößt, und zieht seinen Antrag auf Freilassung der Zuckersäcke zurück.

Unterstaatssekretär **v. Fischer** tritt der Anschauung Müllers bei, daß der Antrag Wangenheim gegen die Grundsätze des Tarifgesetzes verstoße. Wir verzollen nur solche Gegenstände, die im Inlande verbleiben und verbraucht werden. Wollte man hier nachgeben, so würde das zu unübersehbaren Konsequenzen führen. Was man heute der Jute-Industrie bewillige, dürfe man später der Kisten-, Faß- und Blechumhüllung-Fabrikation nicht versagen. Der Antrag Wangenheim würde die schlimmsten Zollplackereien verursachen.

Geheimrat **Wermuth** stellt fest, daß die Verzollung der Säcke eine Belastung der Exportindustrie von rund 700 000 M. ergeben würde.

Stadthagen giebt eine Uebersicht über die rapide Entwicklung der Jute-Industrie. Einzelne Jutespinnereien zahlen 40 Proz. Dividende. Seit 1879 ist die Jute-Industrie um das Siebenfache gewachsen. Der Preis der Rohjute ist seit zehn Jahren von 37,80 M. auf 27,70 M. gesunken. Herr v. Wangenheim wolle etwas geben, um mehr dafür zu bekommen.

Ein **Regierungsvertreter** teilt mit, daß die Jute-Fabrikanten bei den Vernehmungen behauptet haben, daß mit den vom Ausland eingeführten Säcken Mißbrauch getrieben wird. Sie hätten umfangreiches Material darüber in der Hand. Die Regierung hat um Auslieferung dieses Materials gebeten, es bis jetzt aber nicht erhalten.

Dr. **Beumer** (natl.) erklärt sich für den Antrag Wangenheim. Die Jutefabrikation hätte schon die Zustimmung der Zuckerfabriken, der Müller und der Getreidehändler. Man sollte daher ihrem Drängen nachgeben.

Herold (C.) tritt für den Antrag Wangenheim ein, für den die Mehrheit des Centrums stimmen würde. Die inländische Jutefabrikation würde durch die eingeführten Säcke benachteiligt, dagegen müsse man sie schützen.

Frhr. **v. Wangenheim** (kons.): Lebensfähige Industrien müssen gefördert werden, namentlich dann, wenn sie gefährdet seien. Der Jutefabrikation solle die nötige Arbeitsgelegenheit erhalten bleiben.

Molkenbuhr (Soc.) stellt fest, daß wohl in keiner Industrie so viele Ausländer beschäftigt werden, wie in der Jute-Industrie. Aus Galizien und Böhmen werden die Arbeiter herangeschleppt, die für unglaublich billige Löhne arbeiten müssen.

Paasche (natl.) behauptet, die polnischen und galizischen Arbeiter in den Jutefabriken erhielten denselben Lohn wie die inländischen. Er tritt für den Sackzoll ein und würde auch für Verzollung andrer Emballagen zu haben sein.

Singer (Soc.) verweist darauf, daß der Import fremder Arbeiter auch in der Zeit stattfand, als die Jutefabriken hohe Dividende zahlten. Die Schiffbecker Jutefabriken zahlten **nur 9 M.** an wöchentlichem Lohn. Unter den **30 000 Arbeitern der Jutefabrikation seien mindestens 15 000 Ausländer.** Der Antrag Wangenheim würde nur zur Ueberproduktion reizen. Die Mitglieder des Bundes der Landwirte vertreten Anträge, die **außerhalb** des Reichstags gefaßt sind. **Wieder liege ein Fall vor, wo eine Interessentenbesprechung in der Wandelhalle die Gesetzgebung des Reiches beeinflusse.** Das müßte direkt verboten werden.

Gamp (Rp.) erwidert, daß es sich bei dem Antrag um Vermehrung der Arbeit für eine heimische Industrie handle, wodurch die Lage der Arbeiter verbessert werde.

Lurz hält im Interesse der Ausfuhr an der Regierungsvorlage fest.

v. Komierowsky (Pole) erklärt sich für den Antrag Wangenheim.

Müller-Fulda (C.) meint, man wollte hier der einen Industrie etwas wegnehmen und der andern etwas geben. Niedrige oder keine Dividenden seien kein Grund, einer Industrie besonders beizuspringen und andre zu schädigen.

Nachdem **Gothein** und **Fischbeck** gegen den Antrag Wangenheim weiter polemisiert haben, erklärt Graf **Schwerin-Löwitz** (k.), die Behauptung Singers, es handle sich hier um einen Dienst und Gegendienst, sei falsch. Industrie und Landwirtschaft gingen hier in ihrem Interesse mit einander, daher sei der Antrag zu unterstützen. Die Jutefabriken müßten erhalten und dürften nicht ins Ausland getrieben werden.

Bei der Abstimmung wird der **Antrag Wangenheim** mit 16 gegen 10 Stimmen **angenommen.** Mit der freisinnigen und socialdemokratischen Minderheit stimmen die Abgg. Müller-Fulda (C.), Lurz (C.). Die Abgg. v. Kardorff (Rp.) und Spahn (C.) enthalten sich der Stimme.

Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Januar.

Beschlußfähig!

Die verwunderliche Thatsache, daß der Reichstag auch ohne Wuchertarifdebatte beschlußfähig sein könne, konnte am Dienstag festgestellt werden. Wo während der Notstands-Interpellation gähnende Leere herrschte, drängten sich heute die seltensten Gäste der Volksvertretung. Die Wahlprüfungen hatten dies Wunder zuwege gebracht und der Eifer der Einpeitscher. Namentliche Abstimmungen waren angekündigt, aber es blieb bei der Absicht, da die Mehrheiten in jedem einzelnen Falle zweifellos feststanden.

Der Anfang wurde mit der Prüfung der Wahl des nationalliberalen Abg. Boltz gemacht, der in Saarbrücken gewählt worden ist und vor der Wahlprüfungs-Kommission bestanden hatte. In der Plenarverhandlung aber änderte sich das Bild. Die zufällige Mehrheit, die sich in der Kommission zusammengefunden hatte, ging auseinander und gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der beiden Rechten wurde diese Wahl kassiert.

Und das mit vollem Recht. Ein nettes Bündel offizieller und offiziöser Wahlbeeinflussungen wurde zusammengestellt, wie sie im Königreich Stumm die übliche Wahlmache darstellen. Vergeblich verwandte Herr Dr. Semler, der ja noch immer Rechtsanwalt ist, sein advokatorisches Geschick, um offenkundige Bedrückungen als Uebertreibungen und üble Scherze auszugeben. Auch die Jungfernrede des nationalliberalen Bergrats Prietze, der am Stumms Stelle gewählt worden ist, blieb ohne jede Wirkung, da es niemand der Mühe für wert hielt, ihm zuzuhören. Uebrigens verriet Herr Prietze dadurch, daß er überhaupt das Wort nahm, einen merkwürdigen Geschmack. Seine Wahl wird nämlich aus ungefähr denselben Gründen, die gegen Herrn Boltz ins Feld geführt worden, bekämpft, und die Wahlprüfungs-Kommission sitzt an diesem Abend darüber zu Gericht. Herr Prietze wollte vielleicht nur rasch seine Visitenkarte abgeben, da er selber auf längeres Bleiben nicht rechnet.

Die Wahl des nationalliberalen Abg. Graßmann, der in Thorn gegen einen Polen gewählt worden ist, wurde ohne Debatte für gültig erklärt.

Dagegen rief die Wahl des Abg. Hänel, der in Kiel gegen Legien gewählt worden ist, lebhafte Auseinandersetzungen hervor. Die Kommission hat die Wahl für gültig erklärt. Unsre Genossen Singer und Fischer versuchten, diesen Beschluß umzustoßen. Sie wiesen darauf hin, daß unsre Vertrauensleute aus Wahllokalen von Gendarmen hinausgewiesen worden sind, weil sie nicht als Reichstagswähler genügend legitimiert seien. Es hat ganz den Anschein, als wenn hier eine generelle Verfügung des Landratsamts vorgelegen hätte.

Die Mehrheit lehnte unsern Antrag, die Wahl für ungültig zu erklären, ab und Herr Hänel darf noch anderthalb Jahr lang Kiel vertreten.

In der Debatte that sich in ausfälliger Polemik gegen die Socialdemokratie der Konservative, Herr v. Brockhausen, hervor. Der preußische Gendarm steht ihm himmelhoch, so hoch, daß er zur Verteidigung dieser Beamtenehre unserm Genossen Fischer Behauptungen in den Mund legte, die dieser gar nicht gethan hatte. Er bekam dafür einen unparteiischen Nasenstüber vom Präsidenten Grafen Ballestrem.

Die letzte Prüfung betraf die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Sieg, der in Graudenz gegen einen Polen gewählt worden ist. Hier hatte die Wahlprüfungs-Kommission die Ungültigkeitserklärung beantragt. Es gelang den Nationalliberalen, wenigstens für den Augenblick den Verlust eines zweiten ihrer Mitglieder abzuwenden. Zu Hilfe kamen ihnen die rheumatischen Kopfschmerzen eines Wahlvorstehers, dessen Aussage wegen Gedächtnisschwäche bezweifelt wird. Zwar wurden nicht neue Erhebungen beschlossen, wie die Nationalliberalen verlangten, aber das Centrum war bereit, in eine erneute Prüfung der Angelegenheit in der Wahlprüfungs-Kommission zu willigen. Sehr zum Aerger der Polen schlossen sich die übrigen Parteien dem Vorschlag des Centrums an und bewilligten Herrn Sieg noch eine kurze Gnadenfrist.

Mittwoch beginnt die zweite Lesung des Etats mit den Abschnitten, die der Budgetkommission nicht erst überwiesen sind. Es sind dies zunächst der Etat des Reichstags, des Reichskanzlers und große Teile des Etats des Reichsamts des Innern. —

Die Boerendebatte im Unterhaus

ist im großen und ganzen wieder einmal wie das Hornberger Schießen ausgegangen. Zwei Anträge bildeten den Kernpunkt der Debatte, ein liberaler Antrag, der zwar alle Mittel zur Fortführung des Krieges bewilligen zu wollen erklärte, aber die Haltung des Kabinetts tadelte, und ein irischer Antrag, der die barbarische Kriegsführung der Engländer energisch geißelte. Dieser letzte Antrag, für den nur die irischen Nationalisten und einige Radikale stimmten, wurde mit 283 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Gegen den liberalen Antrag, der ganz den Geist der molluskenhaften, nichts-als-ministerstürzlerischen Politik Roseberys atmet, wurde von Chamberlain scharf und mit nicht unberechtigter Ironie bekämpft.

Chamberlain erklärte, der Antrag sei unehrlich. Er wolle die genaue Stellung der Regierung hinsichtlich der Lösung des Streites darlegen. Er sei außer stande, einen wesentlichen Unterschied zwischen der Ansicht der Regierung und der der imperialistischen Liberalen zu erkennen.

Chamberlain weist alsdann Campbell Bannermans Vorwürfe gegen die Regierung zurück. Selbst wenn diese von bedingungsloser Ergebung gesprochen hätte, was er in Abrede stelle, so sei es lächerlich, solche Politik mit Ausrottungspolitik zu verwechseln. Niemand sei wegen Hochverrats erschossen worden. (?) Die Erschossenen seien wegen Mordes erschossen worden. (?) Die Regierung werde nicht eine allgemeine Confiscierung vorschlagen, aber sie lehne es ab, bei der Waffenstreckung des Feindes durch irgend welche specielle Bedingungen sich binden zu lassen, die ihr Verlegenheiten bereiten könnten; sie habe jedoch die Absicht ausgesprochen, dem besiegten Volke so bald wie möglich vollepolitische Rechte und von Anfang an gleiche Gerechtigkeit für alle Weißen zu verleihen. Wenn man einen dauernden Frieden haben wolle, müsse die geschlagene Nation ihre Niederlage anerkennen, was sie ohne Demütigung thun könne, da die Boeren tapfer gegen weit überlegene Streitmacht gefochten. Die Regierung sei von keinen Rachegefühlen beseelt und nicht taub gegen Friedensanerbietungen, die von einer verantwortlichen Behörde kommen. Die Regierung sei aber nicht gewillt, Schritte zu thun, die Schwäche oder Schwanken beweisen würden. Was die **Amnestie** betreffe, so sei er bereit, eine Politik zu acceptieren, die darauf abziele, nachdem der Frieden hergestellt sei, die größtmögliche Amnestie zu gewähren, die mit Rücksicht auf die Gerechtigkeit denjenigen gegenüber, die gelitten hätten, und mit Rücksicht auf Englands eigne künftige Sicherheit gewährt werden könne. Er glaube, daß bezüglich dieser Lösung die Ansicht der Regierung diejenige der großen Mehrheit des Landes sei und daß die Regierung das Reich hinter sich habe, dessen Vertrauen, Zuneigung und Unterstützung sie sich zu erhalten beabsichtige.

Auch wir vermögen zwischen der Südafrika-Politik der gegenwärtigen Regierung und der Roseberys keinen allzu großen Unterschied zu entdecken. Durch die Erklärungen, daß England den Boeren billige Unterwerfungsbedingungen gewähren würde, hat er zudem Rosebery so ziemlich den Wind aus den Segeln genommen. —

Deutsches Reich.

Die Reichsbank und der Spiritusring.

In auffallender Weise hat die Reichsbank im Osten des Reichs eine verhältnismäßig große Zahl Nebenstellen errichtet, die nur die Aufgabe haben können, für die Lombardierung des im Ueberfluß produzierten Spiritus zu sorgen. Die Reichsbank soll auch ganz bedeutende Summen bereits hergegeben haben und jetzt infolge des wiederholten Herabsetzens des Spirituspreises durch den Ring nicht mehr Lust fühlen, weitere Beleihungen vorzunehmen, obwohl das Bedürfnis bei den durch den Spiritusring zur Ueberproduktion verführten Brennern ein außerordentlich großes ist. Deshalb wird auch hinter den Coulissen des Reichstags von agrarischer Seite ohne Rast und Ruh gewühlt, um ein für die Ostelbier günstiges Spiritusgesetz zu stande zu bringen. Wiederholt haben „unverbindliche Besprechungen" der Spiritusinteressenten unter den Reichstagsmitgliedern stattgefunden, wobei Herr Paasche seine so oft berühmt gewordene Geschicklichkeit als ehrlicher Makler bisher vergeblich versucht hat. Natürlich werden die Besprechungen vor den freisinnigen und socialdemokratischen Abgeordneten geheim gehalten; die Agrarier und ihre nationalliberale Gefolgschaft bemühen sich, das Centrum für ihre Pläne zu gewinnen — bis jetzt ohne Erfolg. Daher verzögerte sich auch die Fortsetzung der Beratung über die Branntweinsteuer-Novelle. Unter andern soll der Landwirtschaftsminister v. Podbielski den Freunden der Spiritus-Liebesgaben als Vorspann dienen, um die Regierung zu Gunsten des Denaturierungszwanges zu stimmen. Zwar hatte sie denselben in den Entwurf hineingebracht, den sie im vorigen Jahre dem Reichstag vorlegte, aber nur auf sehr hohe Einsprache hin. Freiherr v. Thielmann war ein Gegner des Denaturierungszwanges und würde es gern sehen, wenn er nicht angenommen würde. Der Spiritusring setzt seine ganze Hoffnung auf die im Februar stattfindende Ausstellung der Spiritusproduzenten, die, wie man durch Podbielskis Einfluß zu erreichen hofft, vom Kaiser besucht werden und diesem derart gefallen wird, daß die Regierung von neuem einen Vorstoß zu Gunsten des Spiritusringes macht.

So lange aber das Centrum sich nicht vom Ringe einfangen läßt, ist alle Liebesmüh' um die Liebesgaben umsonst. —

Anträge zum Zolltarif. Zum Zolltarif-Gesetz haben die Freisinnige Volkspartei und die Deutsche Volkspartei in ihrer Fraktionssitzung am Dienstag beschlossen, den Antrag einzubringen, einen neuen Paragraphen einzufügen, dazu bestimmt, mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs **alle kommunalen Abgaben auf Brot und Fleisch aufzuheben.** Ferner haben die Fraktionen beschlossen, gegenüber dem Antrag des Centrums wegen Verwendung der Mehrerträge aus dem neuen Tarif für Witwen und Waisen zu bestimmen, daß von 1903 ab eine **Summe von jährlich 70 Millionen Mark für die Witwen und Waisen** verwandt wird, welche flüssig zu machen ist durch Aufhebung der Ausfuhrprämien für Zucker und durch Aufhebung der Liebesgaben für die Branntweinbrenner.

Beide Anträge verdienen die ernsteste Beachtung und gelangen hoffentlich in dieser oder jener Form zur Annahme. —

Centrums-Sorgen. Dem Centrum ist der Bund der Landwirte ungenehm bedrohlich. Wiederholt brachte die „Germania" in der jüngsten Zeit höchst gereizte Polemiken gegen den Bund, heute bringt sie einen Artikel, in dem sie ihre Befürchtungen vor einer Uebertölpelung durch die Hahn und Wangenheim in der Zollfrage mit geradezu sträflicher Offenherzigkeit preisgiebt. Die „Germania" klagt:

„Darüber möchten wir von vornherein keinen Zweifel aufkommen lassen, daß es für alle Parteien, welche eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle wollen und eine Einigung über dieselbe unter sich und mit der Regierung anstreben, keineswegs gleichgültig sein kann, wie sich der Bund der Landwirte dazu stellt. Das könnte ja dem im Reichstage vollständig vertretenen Bundesvorstand Wangenheim, Hahn und Rösicke grade passen, daß die Zollschutzparteien und besonders das Centrum eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle durchsetzen und damit „die Kastanien aus dem Feuer holen" würde, während es den Reichstags-Abgeordneten, die zugleich Vorstandsmitglieder des Bundes der Landwirte sind, freigegeben wäre, gegen ein solches Kompromiß zu stimmen.

... Gesetzt den Fall einer Einigung der Reichstagsmajorität mit der Regierung über die Höhe der Getreidezollsätze, dann würde ein solches Kompromiß unsres Erachtens nur unter der Bedingung geschlossen werden können, daß die sämtlichen Mitglieder des Bundes der Landwirte, soweit sie dem Reichstag angehören, sich diesem Kompromiß unbedingt anschließen und damit auch auf Angriffe gegen dieses Kompromiß verzichten. Andernfalls würden gerade diejenigen Parteien, die nicht mit dem Bunde der Landwirte „identisch" sind, zu gewärtigen haben, daß das Direktorium Wangenheim, Hahn und Rösicke aufs neue seine Agenten und Wanderprediger in alle Gegenden entsenden würde mit dem Stichwort: der Bund der Landwirte allein habe die Interessen der Landwirtschaft vertreten, während dieselben von den andern politischen Parteien schmählich verraten und mit Füßen getreten seien usw. Das wäre so ein Schlagwort für die weitere agitatorische Propaganda des Bundes der Landwirte — und vielleicht — mehr können wir vorläufig nicht sagen — spekuliert auch die Leitung des Bundes der Landwirte darauf, eine solche Agitationsparole namentlich in katholischen Gegenden in die Hand zu bekommen und damit eine wirksame Propaganda vorzubereiten."

Die „Deutsche Tageszeitung" höhnt nicht mit Unrecht diese famose Methode des Centrums, die Höhe der zu bewilligenden Zölle nicht nach Ueberzeugung zu bestimmen, sondern an die Bedingung zu knüpfen, daß jede agitatorische Konkurrenz ausgeschlossen bleibe. Die Bündler müßten Narren sein, wenn sie diese Centrumsbesorgnis nicht zur Erpressung möglichst hoher Zollsätze ausnutzen würden. —

Wie es gemacht wird. Im tadellos agrarischen Verlag von Parey in Berlin, der die Publikationen der „Deutschen landwirtschaftlichen Gesellschaft" veröffentlicht, erschien vor einiger Zeit aus der Feder von Dr. Ernst Lange eine Schrift über den „Zusammenschluß der deutschen Spiritusindustrie", in der mit rühmendem Freimut erzählt wird, wie in Deutschland Wirtschaftsgesetze zu stande kommen. Da ist zu lesen:

„Nicht die Staatsmänner oder Steuerpolitiker machen die Gesetze, erfinden neue Steuern, sondern die Vertreter der (Spiritus-) Industrie (gemeint sind die schnapsbrennenden Junker); und diese benutzen die Steuergesetzgebung bewußtermaßen als Mittel, Produktion und Konsumtion in die Bahnen zu leiten, die ihren Wünschen entsprechen. — — — Braucht die (Spiritus-) Industrie Mittel, so werden sie in Gestalt einer neuen Steuer von den Konsumenten des Trinkbranntweins erhoben, wobei man nebenher noch durch Eindämmung des volksverwüstenden Alkoholmißbrauchs ein moralisches Werk thut. Will man sich eine unliebsame Konkurrenz vom Halse schaffen (Melassebrennerei), so wird sie flugs durch Steuern erdrückt. Dazu bedarf es nur der nötigen Intelligenz und der erforderlichen Macht, d. h. des gehörigen Einflusses auf die gesetzgebenden Faktoren. Beides besaßen und besitzen die Vertreter der Spiritusindustrie in hohem Grade." (Seite 14, 15.)

Woher aber diese Macht zum Teil stammen mag, das schildert Dr. Lange offenherzig auf Seite 7 seiner Schrift: „Wie in der Geschichte überhaupt, so wird auch in der Wirtschaftsgeschichte nichts „von selbst"; vielmehr wird alles Bedeutende durch einzelne Persönlichkeiten geschaffen." Mit dieser „einzelnen Persönlichkeit" meint der Verfasser den jetzigen Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Max Delbrück in Berlin, von dem er wörtlich sagt:

„Seine völlige Hingabe an die (Spiritus-) Industrie, für die er arbeitete . . ., seine durch unabhängige Lage und durch **Familienbeziehungen gestützte Art, auf Behörden und einflußreiche Personen einzuwirken,** die Rücksichtslosigkeit, die er gelegentlich zeigen konnte, wenn ihm Personen oder Dinge begegneten, die dem, was er für die Industrie als ersprießlich erkannt hatte, abträglich zu sein schienen . . . das alles wirkte zusammen, ihn zu den fast einzig dastehenden Erfolgen seiner nunmehr 27jährigen Thätigkeit zu befähigen." —

Stumms Werke. Schweinburg kündigt an, daß die gesammelten Reden des Freiherrn v. Stumm herausgegeben werden:

„Was an wirtschaftlichem Wissen und wirtschaftlicher Weisheit, an socialem Verständnis und socialer Erkenntnis, an politischem Scharfblick und politischer Einsicht, an gewaltigem Wollen und rückhaltlosem Streben in den großen parlamentarischen Kundgebungen dieses „Königs unter den Schmieden" enthalten ist, das liegt zur Zeit unter dem Schutt der Alltäglichkeit verborgen."

Der „Schutt der Alltäglichkeit" — das sind die Reden der andren Parlamentarier, deren Auslassungen mit denen Stumms in den stenographischen Berichten zusammen enthalten sind. Jetzt soll nun der berufene Philosoph des Centralverbandes Alexander Tille in acht (!) Bänden die Reden des tollen Scharfmachers herausgeben!

Geschiehts dies, so empfehlen wir, daß man das Werk möglichst billig, am liebsten gratis abgiebt, damit wir dies unvergleichliche Agitationsmaterial in den Massen der Arbeiter verbreiten können.

Auf jeden Fall werden wir nun die Dokumente der Scharfmacherei hübsch zugänglich beisammen haben. —

Hutten und Alexander VI. In einer Betrachtung über den Index der verbotenen Bücher wagt ein katholischer Professor Dr. Hollweck — „Germania" vom 22. Januar — den großen Hutten mit dem Scheusal auf dem Stuhle Petri, Alexander VI., auf eine Stufe zu stellen. Weil Hutten der damals furchtbar verheerenden Syphilis erlag, darum könne sich „neben diesem Ausbund der Tugendhaftigkeit Alexander VI. sehen lassen."

Es muß schon ein infernalischer Scheiterhaufenhaß in diesem Professor lodern, wenn er den kühnen Kämpfer für geistige Befreiung mit dem Papst Alexander VI. vergleicht, dessen ganze Wirksamkeit ein fortgesetztes Verbrechen war, der mit seiner leiblichen Tochter Blutschande trieb, dessen christliche Waffen Lüge und Verrat, Gift und Dolch waren.

Für das Wesen des Klerikalismus ist diese blasphemische Schändung eines der edelsten Geister doch äußerst charakteristisch. Wenn es nach ihnen ginge, sie würden noch immer mit Wollust Ketzer braten. —

Die Vorbereitung der Juristen. Ueber die Vorbereitung zum höheren Justizdienst ist dem Abgeordnetenhause ein Gesetzentwurf zugegangen. Danach soll die Dauer des Rechtsstudiums sieben Halbjahre betragen. Die Dauer des zwischen der ersten und der zweiten Prüfung liegenden Vorbereitungsdienstes soll 3½ Jahre betragen. Gegenwärtig werden in Preußen nur ein dreijähriges Rechtsstudium, aber eine vierjährige Vorbereitungszeit im praktischen Dienst gefordert. —

Unsre Geißelung der pfäffischen Volksaussaugung Spaniens läßt unsre ultramontane Presse noch immer nicht zur Ruhe kommen. „Germania", „Köln. Volks-Ztg." und „Märk. Volks-Zeitung" speien ganze Breitseiten von Liebenswürdigkeiten gegen uns. Das ist ganz natürlich: die schwarze Garde besitzt ein überaus stark ausgeprägtes internationales Solidaritätsgefühl, das sie die moralische Brandmarkung der hispanischen Tonsurierten schmerzlich mitempfinden läßt. Diese Sensibilität unsrer deutschen Klerikalen kann uns freilich nicht abhalten, die volkszerrüttende und volksaussaugende Thätigkeit des spanischen Klerus gebührend zu charakterisieren, mögen sich unsre Ultramontanen noch so demonstrativ jucken.

Die Centrumspresse behauptet zunächst, daß wir das Heer des spanischen Klerus um mehr als das Doppelte zu groß angegeben hätten, ein Beweis, daß man 154 000 geistliche Parasiten selbst in ultramontanen Kreisen als eine klerikale Hypertrophie empfindet. Man behauptet also, daß höchstens 40 000 Priester, 16 000 Ordensschwestern und 16 000 Nonnen vorhanden seien, daß wir demnach mindestens 100 000 Kuttenträger dem armen Spanien mehr aufgebürdet hätten, als es ohnehin seufzend zu ertragen hat. Zum Glück vermögen wir nachzuweisen, daß wir einer solchen Niedertracht unfähig sind. Die 154 000 setzen sich — wir folgen dabei den Angaben des Madrider Korrespondenten der „Frankf. Ztg." in Nr. 1 des 46. Jahrgangs — folgendermaßen zusammen:

4 Kardinäle, 9 Erzbischöfe, 51 Bischöfe, 543 Würdenträger, 1230 Domherren, 692 Geistliche mit freier Kost am Stiftsherrentisch, 172 Geistliche mit halber Kost an besagtem Tisch, 16 931 Pfarrgeistliche, 23 698 geistliche Pfründenbesitzer, 5471 Pfarrkaplane, 16 876 Küster, 5532 Meßdiener, 13 224 Hilfsgeistliche, 37 363 Mönche, 2290 Novizen, 7802 Laienbrüder, 151 Kongregationspriester, 20 550 Nonnen, 1005 Novizen, 1130 Laienschwestern.

Die verehrten Kollegen von der Centrumspresse mögen nachrechnen, ob wir 100 000 hinzu- oder sie 100 000 abgeflunkert haben.

Ferner behaupten die genannten Blätter, auch die 70 Millionen, die Spanien unsren Angaben gemäß jährlich für den Klerus zahlen müsse, seien eine freie und übertriebene Erfindung des „Vorwärts". Mit dieser Behauptung steht es nicht besser, als mit der ersten. Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" hat durch einen ausführlichen Auszug aus den Budgets der einzelnen Ministerien ganz genau nachgewiesen, daß die Ausgaben für den Klerus nicht weniger als 66 786 702 Millionen betragen, eine Summe, die sich durch die jedes Jahr regelmäßig ausgeworfenen außerordentlichen Kredite auf rund 70 Millionen erhöht.

Die Zahlen stimmen also, und nicht minder die Schlüsse, die wir daraus für die kulturhemmende Thätigkeit dieses Klerus gezogen haben. Zehrte nicht dieser Riesenpolyp am Marke des Volkes, hätte nicht die Pfaffenherrschaft seit Jahrhunderten alle geistige Regsamkeit in dem von Natur gut veranlagten Volke zu unterdrücken verstanden, so stünde es jedenfalls anders um das unglückselige Spanien. Freilich, eine Nation, die seit jeher eine solche Unmasse von Pfaffen ernähren mußte, konnte sich nicht kulturell heben. Zählte doch 1787 der spanische Klerus gar 188 626 Köpfe und 1833 175 574. Noch 1889 wurden **69,1 Proz. Analphabeten** gezählt. Hätte Spanien statt seiner ungezählten Kleriker nur halb so viel weltliche Schulmeister besessen, so wäre ein skandalöser Zustand ausgeschlossen.

Mag die deutsche klerikale Presse noch so sehr zetern, die Schmach des spanischen Klerikalismus vermag sie ebenso wenig zu tilgen, als dessen Existenz zur größeren Hälfte einfach hinwegzuleugnen. —

Ein mildes Urteil.

Unserem Magdeburger Bruderorgan wird aus Halberstadt geschrieben:

„Heute fand vor dem hiesigen Landgericht eine interessante Gerichtsverhandlung statt.

Der frühere Polizeisergeant Johann Reiß aus Bochum, ein junger Mann von 26 Jahren, war am 23. November 1900 in Oschersleben als Polizist auf Probezeit angenommen und am 1. Februar 1901 als Polizeisergeant angestellt worden. Am 13. Januar 1901 hielt der Athleten-Klub zu Oschersleben ein Tanzvergnügen ab. In der Nähe des Lokals hielt sich Reiß, als das Vergnügen vorbei war, in Civilkleidung, durch einen falschen Vollbart verkleidet, auf. Mehrere junge Leute, unter ihnen der Arbeiter Heinrich Kegel, kamen aus dem Lokal und unterhielten sich etwas laut. Da trat Reiß auf Kegel zu und hieb demselben mit dem Stock über die Nase. Mit dem Rufe „Otto" — das ist der Bruder des Geschlagenen — „komm, sie schlagen mich!" lief Kegel davon und Reiß hinterher. An der Bredeschen Zuckerfabrik in der Berlinerstraße holte Reiß den laufenden Kegel wieder ein, verhaftete ihn und nahm ihn mit zur Wache.

Während Kegel lief, schoß Reiß aus einem Revolver, welcher mit fünf Schüssen geladen war, 3—4 Schuß hinter Kegel her und traf den Verletzten in die untere Wade des linken Beines.

Beim Schießen rief er: „Stehen Sie, oder ich schieße Sie nieder!" Reiß ist deshalb wegen vorsätzlicher Körperverletzung angeklagt.

Der Angeklagte giebt an, die Instruktion über sein Verhalten als Polizeibeamter sei ihm noch nicht mitgeteilt gewesen. Es sei ihm einmal nebenbei gesagt worden, er solle gegen die Vagabunden scharf auftreten. Er habe in gutem Glauben gehandelt.

Durch die Zeugenaussagen wird letzteres als unwahr widerlegt. Der Staatsanwalt führt aus, daß der Angeklagte weder fahrlässig gehandelt, noch sich in Notwehr befunden habe. Er habe **absichtlich auf einen Menschen geschossen.** Er beantrage, den Angeklagten der vorsätzlichen Körperverletzung für schuldig zu erklären und mit Rücksicht darauf, daß Reiß am 13. Januar noch nicht bestätigter Beamter war, denselben zu 2 Monaten Gefängnis zu verurteilen.

Das Gericht hat aus der Beweisaufnahme die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte der vorsätzlichen Körperverletzung schuldig sei. Am allerwenigsten hatte er das Recht, von dem Revolver Gebrauch zu machen. Reiß habe die Absicht gehabt, Kegel zu verletzen. Von Notwehr könne keine Rede sein. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte noch nicht als Beamter bestätigt war, auch noch nicht vorbestraft ist, wird Reiß zu **100 Mark Geldstrafe,** im Unvermögensfall für je 4 M. 1 Tag Gefängnis, verurteilt."

Für die Milde dieses Urteils fehlt uns jedes Verständnis. Daß Reiß noch nicht vorbestraft war, war ein nicht abzuweisender Milderungsgrund. Aber daß Reiß deshalb, weil er noch nicht definitiv angestellt war, für seine unverantwortliche Schießerei eine so milde Strafe erhielt, übersteigt unser Fassungsvermögen. Daß Reiß, falls er bereits als Beamter bestätigt gewesen wäre, für seinen außergewöhnlichen Exceß eine besonders exemplarische Strafe verdient hätte, unterliegt keinem Zweifel; andrerseits aber war doch Reiß thatsächlich als stellvertretender Polizist zur Zeit der That bereits angenommen, und außerdem mußte als strafverschärfend ins Gewicht fallen, daß der Revolverheld früher bereits anderwärts Polizeisergeant war und deshalb seine amtlichen Befugnisse ganz genau kennen mußte.

Das Urteil ist daher geeignet, allgemeinstes Aufsehen zu erregen. —

Eine Programmrede des badischen Ministerpräsidenten.

Aus Karlsruhe wird uns vom 19. Januar geschrieben: Die gestern in der zweiten Kammer fortgesetzte Zoll- und Finanzdebatte gab dem Staatsminister v. Brauer Gelegenheit zur Aufrollung seines Regierungsprogramms. Er wandte sich vor allem gegen die Auffassung, als sei mit der Personalveränderung im Ministerium auch ein Systemwechsel eingetreten. Das neue Ministerium sei organisch aus dem alten herausgewachsen und der Kurs bleibe der alte. Von Interesse ist auch, was der Staatsminister über die politischen Aufgaben der einzelstaatlichen Regierungen sagte. Er habe — so sagte er — die etwas ketzerische Auffassung, daß es für ein Ministerium in den einzelnen deutschen Bundesstaaten viel weniger darauf ankomme, große Politik zu machen, als wie darauf, auf allen Gebieten des Staatslebens für eine gesunde, gerechte und gute Verwaltung zu sorgen. Er habe es immer für einen großen Vorzug des Reiches angesehen, daß heutzutage alle politischen Fragen, der äußeren wie der inneren Politik, alle grundlegenden Principien des gesamten öffentlichen Lebens im Reichstag durchgekämpft, beraten und entschieden werden. Dadurch hätten die Einzelstaaten viel mehr Zeit, sich ausschließlich wirtschaftlichen und socialpolitischen Aufgaben zu widmen.

Centrums-Widersprüche. Aus Baden wird uns geschrieben: Die allgemeine Finanzdebatte in der badischen Kammer brachte auch eine bemerkenswerte Anklage gegen die Centrumspolitik im Reichstage. Der Vorsitzende der Budgetkommission, Abg. Gißler, hielt zunächst eine Jeremiade über die gesteigerten Ansprüche des Reiches an die Einzelstaaten und empfahl der badischen Vertretung im Bundesrat, ihren Einfluß für eine Umkehr zur weisen Sparsamkeit geltend zu machen. Deutlicher sprach sich der Reichs- und Landtags-Abgeordnete Hug aus. Hug zeichnete ein getreues Bild von der Ueberwucherung der Militäransprüche seit 1872 und übte an der Milliarden-Verschuldung Deutschlands eine Kritik, die für einen Centrumsmann überaus scharf genannt werden kann.

So macht es die schwarze Partei. In Karlsruhe ereifert man sich volkstümlich gegen den Militärmoloch und in Berlin bewilligt man ihm alles, was er fordert! —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Keine Verwechselung? Auf sehr schwachen Stützen scheint ein Majestätsbeleidigungs-Prozeß zu ruhen, der vor dem Landgericht Fürth verhandelt wurde. Wegen Beleidigung des Kaisers hatte sich der Maschinenbauer Konrad Stützel zu verantworten. Der Angeklagte erklärte, er sei stumlos betrunken gewesen, die ihm zur Last gelegte Aeußerung habe er nicht gethan. Bäckermeister Lades sagte aus, ein Mann habe am fraglichen Tage neben ihm gesessen und mit Bezug auf den deutschen Kaiser die Aeußerung gebraucht: „Der — — erhält 17½ Millionen und — — — — — —." Der Zeuge konnte aber nicht mehr bestimmt sagen, ob der Majestätsbeleidiger mit dem Angeklagten identisch sei. Zeuge Gendarm Steinlein gab an, er habe den Angeklagten vier Wochen später im Arbeitshause in Nebdorf festgenommen, weil ihm gesagt wurde, daß der Mann, der die Majestätsbeleidigung am 17. August begangen habe, sehr schöne Schriften usw. auf den Tisch gezeichnet habe, und das treffe auf den Angeklagten zu, der könne sehr schön schreiben. Der Staatsanwalt erachtete den Angeklagten für überführt und beantragte, ihm eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten zuzudiktieren. — Urteil: fünf Monate Gefängnis.

Das Ueberführungsmaterial ist mehr wie dürftig. —

Ausland.

Zweiachsel-Politik.

Paris, 19. Januar. (Eig. Ber.) In den letzten zwei Kammer-Sitzungen wurden zwei Interpellationen über militärische Beförderungsfragen verhandelt, die wieder einmal ein grelles Licht auf die Zweiachsel-Politik der Regierung geworfen haben.

Der radikale Abgeordnete Guieysse, einer der wenigen Mitglieder seiner Partei, die nicht das Heil des Ministeriums über alles andre stellen, interpellierte über die Wiedereinreihung in die Armee des Generals Geslin de Bourgogne, der vor etwa einem Jahre „zur Disposition" gestellt worden war wegen der Verherrlichung der landesverräterischen adligen Emigration zur Zeit der großen Revolution. Und zwar leistete er diese Verherrlichung auf dem Fest einer Jesuitenschule, zugleich die Verdienste der Jesuiten um die Erziehung von Offizieren belobigend. Der General ist nicht das erste unter dem Kabinett Waldeck-Rousseau wieder zu Gnaden gekommenen „Opfer" der ministeriellen Maßregelungen, aber dieser Gang nach Canossa mußte wegen der erwähnten Umstände besonders skandalös erscheinen. Zudem eröffnet das neue Amt dem General die besten Aussichten auf eine nahe Beförderung ... Was antwortete nun der Kriegsminister, General André, auf die Interpellation? Nichts andres, als daß der General die Maßregelung schweigsam ertragen und ferner seine Verschuldung zu leugnen nicht versucht habe! Daher darf er nach wie vor die Armee der Republik kommandieren, sie für seinen Teil mit jesuitisch-prätorianischem Geist erfüllen und die republikanisch gesinnten Offiziere schuhriegeln.

Unnütz zu sagen, daß die „Bedauerns"-Resolution des Interpellanten beiseite geschoben wurde, während die vom Kriegsminister acceptierte „einfache Tagesordnung" mit 383 gegen bloß 83 Stimmen votiert wurde.

Die zweite Interpellation kam von rechts, von bonapartistisch-nationalistisch-mélinistischer Seite. Es handelte sich um die Abschaffung der militärischen Beförderungs-Kommissionen, die systematisch die klerikal-monarchistischen Elemente des Offizierkorps begünstigten. Schon der Vorgänger des Generals André, General Galliffet, hatte übrigens die Befugnisse dieser Kommission dem Kriegsminister im wesentlichen wieder zurückgegeben. Die Sicherung des Einflusses des klerikalen Militärklüngels war nämlich das Werk des „civilen" Kriegsministers Freycinet. Gegen die schamlose Vetterwirtschaft der Kommissionen protestierte schließlich selbst das militärfromme Organ der republikanischen Bourgeoisie, der „Temps". Ja, auch einige gewerbsmäßig-patriotische Deputierten erkannten die „Mißbräuche" der Kommissionen an. Trotz alledem rückten die Interpellanten frohgemut mit ihren Anklagen gegen die „Willkür" des Kriegsministers heraus. Und — es fehlte wenig, um den Minister zu Falle zu bringen. Eine militaristische Interpellation bietet in dieser Kammer stets Fußangeln genug, um die Regierung straucheln lassen zu können.

Dem Kriegsminister war es leicht, den Hauptangriff abzuschlagen, wenn auch eine Aeußerung seiner Rede, wonach fortan die Beförderung von Offizieren in den Händen des Parlaments liege, da dieses den über die Beförderung entscheidenden Kriegsminister zur Verantwortung ziehen könne, einen minutenlangen Tumult rechts und im Centrum entfesselte und selbst einem Teil der Regierungsmehrheit ketzerisch erschien. Das patriotische Dogma, das die Armee dem reaktionären Klüngel ausgeliefert hat, lautet ja: „Die Armee steht über und außerhalb der Politik". Dieser konventionellen Lüge hat der im Reden unerfahrene General André linkisch ins Gesicht geschlagen. Immerhin fand sich eine Mehrheit von 94 Stimmen, die die Erklärungen des Kriegsministers billigte. Hierauf aber stellte ihm die Opposition eine Fußangel in der Form einer „Einladung, die Armee vor Angeberei zu schützen". Die Nationalisten beschuldigen nämlich den Kriegsminister, der Angeberei gegen klerikal-monarchistische Offiziere ein williges Ohr zu leihen, und der bonapartistische Abgeordnete Lasies führte im letzten Augenblick eine bezügliche Thatsache an. Der Kriegsminister protestierte, aber die Mehrheit sank nun auf 22 Stimmen. Eine Verschiebung von 12 Stimmen — und der Minister, für den der Ministerpräsident eingesprungen war, wäre mit dem ganzen Ministerium gestürzt.

Die beiden Interpellationen vervollständigen und erklären einander. In militärischen Dingen befolgt die Regierung im Interesse der Selbsterhaltung mit besonderer Vorsicht die Taktik — zwei Schritte nach rechts und ein Schritt nach links. Dabei aber besteht der letztere nur zu oft in Worten und Entwürfen, während die ersteren vollendete Thaten sind. —

Dänemark.

Die Steuerreform, wie sie von der Regierung vorgeschlagen wird, hat nicht allein den schärfsten Widerspruch der Socialdemokraten hervorgerufen, sondern auch das Mißfallen der unabhängig demokratischen Elemente des Bürgertums erweckt. Das bedenklichste an dieser Reform ist die Beschränkung, die den Kommunen in Bezug auf das Recht der Steuererhebung auferlegt werden soll, wodurch es den Kommunen unmöglich gemacht werden würde, eine gerechtere Verteilung der Steuern nach steigender Skala herbeizuführen. Die Steuer-Kommissionen sämtlicher Kaufstädte haben am Sonnabend der Regierung und dem Reichstag einen Protest gegen das geplante kommunale Besteuerungsgesetz eingereicht. Die Repräsentanten der „Vereinigung der dänischen Kaufstädte" wollen am 3. Februar in Kopenhagen eine Protestversammlung gegen die Regierungsvorschläge abhalten. Neben diesen und andren Protestäußerungen verhält sich die Gemeindeverwaltung Kopenhagens, der Stadt, die am schwersten unter der sogenannten Reform zu leiden hätte, vollkommen ruhig. Hier dominieren nämlich die unentwegten Anhänger der liberalen Regierungspartei. —

Eine reinliche Scheidung zwischen den bürgerlichen Parteien und der Socialdemokratie tritt jetzt immer deutlicher hervor. Die liberale Regierung konnte im Folkething in letzter Zeit fast regelmäßig über eine kompakte Majorität von genau 100 Mann verfügen, zusammengesetzt aus Liberalen, Moderaten und Konservativen. Es giebt nur noch eine Oppositionspartei und das sind die 14 Socialdemokraten. — Am Freitag fand eine lebhafte Debatte über das Militärbudget statt. Der Wortführer der Socialdemokraten Genosse Klausen verlangte in einem durch gründliche Berechnungen gestützten Vortrag mehrere Streichungen. Nur einer von den bürgerlichen Abgeordneten stimmte gegen die für die Administration der Befestigung Kopenhagens angesetzte Summe, außer den Socialdemokraten. Für das Militärwesen wurden in diesem Jahr 22½ Millionen Kronen bewilligt, das ist etwa ⅓ der ca. 68½ Millionen betragenden Staatseinnahmen.

Schweden-Norwegen.

Die Konsulatsfrage. Der Wunsch der Norweger nach einem besonderen, vom schwedischen getrennten Konsulatswesen, hat nun zur Bildung einer schwedisch-norwegischen Konsulat-Kommission geführt. Dieser Kommission, die von dem zusammengesetzten Staatsrat (bestehend aus den norwegischen Staatsrats-Abteilung in Stockholm und 3 schwedischen Ministern) ernannt wurde, besteht aus 2 schwedischen und 2 norwegischen Vertretern, unter letzteren befindet sich Sigurd Ibsen.

Erst nach sehr langen Verhandlungen zwischen dem schwedischen Minister des Aeußern und der norwegischen Regierung hat man sich zu diesem Schritt entschlossen. —

Frankreich.

Zum Fall Millerand. Das Generalkomitee veröffentlicht das genaue Resultat der Abstimmung über den Antrag, Millerand aus der Partei auszuschließen. Danach wurde die einfache Tagesordnung mit 26 gegen 20 Stimmen und 6 Stimmenthaltungen angenommen. —

Paris, 21. Januar. Deputiertenkammer. In der Nachmittags-Sitzung spricht Etienne seine Zustimmung zu der seit 20 Jahren befolgten Kolonialpolitik aus; er beklagt sich alsdann über die englische Diplomatie, welche noch Streitigkeiten über verschiedene Punkte aufwerfe und unterwirft die Umtriebe der Engländer einer Kritik, welche die Hand auf die französische Eisenbahn in Dschibuti zu legen suchten. —

Amerika.

Die columbischen Aufständischen haben nach einem Seegefecht im Hafen von Panama die Landung erzwungen. Das Gefecht wird folgendermaßen geschildert: Der Kampf begann um 6 Uhr. Die Flotte der Aufständischen, welche aus drei Schiffen bestand, versuchte eine Landung. Die Regierungsflotte, welche aus zwei Schiffen besteht, und die Geschütze eines Forts beschossen die Schiffe der Aufständischen. Die Streitkräfte der Regierung errichteten Verschanzungen.

Schließlich mußten die Regierungstruppen, nachdem ihr Führer, General Alben, gefallen war, sich zurückziehen. Das amerikanische Kriegsschiff „Philadelphia" befand sich in der Nähe des Kampfplatzes. Eine amerikanische Intervention ist nicht ausgeschlossen. —

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte die Beratung des **Militäretats** bei Kap. 14 Tit. 2 (Offiziere des Kriegsministeriums) fort.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.), in welchem Verhältnis das Militärkabinett zum Kriegsministerium stehe, und ob dasselbe nicht in die Kompetenzen dieser Behörde, der es doch eigentlich untergeordnet sein sollte, eingreife, erklärte Kriegsminister **v. Goßler,** das Verhältnis sei ein durchaus erfreuliches, unter seiner Amtsführung seien Eingriffe in seine Kompetenzen niemals erfolgt. Maßgebend sei nach wie vor die Kabinettsorder von 1861.

Graf **v. Roon** befürwortete die Forderung eines Stabsoffiziers für das Militärkabinett.

Abg. Dr. **Hasse** (natl.) beanstandete sie, weil er nicht wolle, daß die Selbständigkeit des Militärkabinetts noch mehr vermehrt und gewissermaßen ein zweites Kriegsministerium geschaffen werde.

Kriegsminister **v. Goßler** betonte, Kriegsministerium und Militärkabinett hätten zwei verschiedene Gebiete zu behandeln, Verwaltungsangelegenheiten und Personalangelegenheiten. Sie glichen zwei großen Strömen, deren jeder sein eignes Bett haben wolle. Im Kriegsministerium seien schon 700—800 Personen beschäftigt. Eine selbständige Gliederung des Militärkabinetts zur Bearbeitung der Personalien sei deshalb unerläßlich. Sie bedeute aber keine Stärkung des Militärkabinetts.

Die Forderung für einen Stabsoffizier im Militärkabinett **wurde mit allen gegen 6 Stimmen der Konservativen abgelehnt.**

Bei Kap. 24 Tit. 7 erklärte ein Vertreter der Kriegsverwaltung, daß Unteroffiziere jetzt zur Genüge vorhanden seien.

Der Titel wurde unverändert angenommen, ebenso Kap. 2 Tit. 1—11 mit den durch die Ablehnung früherer Titel bedingten Veränderungen.

Bei Kapitel 32 macht **v. Goßler** betreffs Vermehrung der Remonten vertrauliche Mitteilungen.

General **v. Einem** betont, daß die Zahl der Seuchenfälle im Pferdebestand der Armee sich fortgesetzt erheblich vermehrt habe.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan bedauert, daß die Civilverwaltung in der Seuchenbekämpfung trotz aller gesetzlichen Vorschriften nicht ebenso energisch vorgehe wie die Heeresverwaltung. Das werde nicht eher besser werden, bis die beamteten Tierärzte durch höhere Besoldung wirtschaftlich so gestellt würden, daß sie nicht mehr auf die Privatpraxis angewiesen bleiben. Bei einem Gesamtdiensteinkommen von 600 M. muß der Kreis-Tierarzt seine Existenz finden, wenn er **dem Großgrundbesitzer unliebsam bei der Seuchenbekämpfung entgegentritt.**

Die Abgg. **v. Tiedemann** und Graf **v. Roon** bestreiten, daß die Bekämpfung der Viehseuche im Innern irgend etwas zu wünschen übrig lasse.

General **v. Einem** weist nach, daß die Heeresverwaltung alles thue, um die Pferdeseuchen zu bekämpfen. Eine unmittelbare Einwirkung auf die Civilverwaltung stehe ihr nicht zu.

Abg. **Müller**-Sagan begründet an einem einzelnen Fall seine Forderung nach besserer Besoldung der beamteten Tierärzte. Eine wirksame Seuchenbekämpfung im Innern bestärke nicht nur den Wohlstand, sondern auch die Wehrhaftigkeit der Armee. Da nun nach der Aeußerung des Generals v. Einem die Seuchenfälle zugenommen hätten, sei zu erwarten, daß die Heeresverwaltung auf eine Reform des Veterinärwesens dringen werde.

Die Abgg. Graf **Roon** (k.) und Dr. **Tiedemann** (Rp.) erkennen nunmehr an, daß die Tierärzte wirtschaftlich unabhängig gemacht werden müßten von jeglicher Privatpraxis.

Bei Kap. 35 Tit. 10a ergeben sich weitschichtige Erörterungen über die Frage der Errichtung einer militär-technischen Hochschule. Die Abgg. **Hasse** (natl.), **Freese** (frs. Vp.) und **Büsing** (natl.) bekämpfen die Errichtung einer selbständigen Hochschule, weil sie es nicht für wünschenswert erachten, eine neue militärische Exklusivität zu schaffen.

Kriegsminister **v. Goßler** weist auf die Notwendigkeit hin, der Militärtechnik weiteren Ausbau zu geben. Im Brückenbau in der Telegraphie usw. müßten die Offiziere besser ausgebildet werden. Der Lehrplan sei genau fixiert, neue Laboratorien sollten nicht errichtet werden, sondern im Anschluß an die vorhandenen Hochschulen, den Offizieren Gelegenheit gegeben werden, sich auch technisch weiter zu bilden.

Diesem Zweck stimmt Abg. Dr. **Hasse** (natl.) zu. Derselbe lasse sich aber auch erreichen in Angliederung an die Charlottenburger und übrigen Hochschulen im Reiche.

Kriegsminister **v. Goßler** warnt vor einer Zersplitterung. In Charlottenburg seien übrigens die Kollegien schon überfüllt. Die Offiziere müßten auch unter militärischer Aufsicht stehen.

Abg. Prinz **Arenberg** (C.) fordert eine neue militärtechnische Fachschule, um Gelegenheit zu militärtechnischen Erfindungen zu schaffen. Wir seien zweifellos hinter den Franzosen auf dem Gebiete militärischer Technik weit zurück.

Abg. Graf **Stolberg** (k.) erachtet die Forderung für so dringlich, daß sie sofort bewilligt werden müsse. Wenn man die Offiziere auf die Hochschule in Charlottenburg verweise, ohne sie in einer militärischen Organisation zusammenzufassen, würden sie sich nur in Berlin amüsieren.

Nachdem noch Abg. **Büsing** (natl.) bemängelt hat, daß die Begründung im Etat mit den Ausführungen des Kriegsministers in der Kommission in Widerspruch stände, wird die Forderung mit allen gegen 10 Stimmen — der Konservativen, sowie der beiden Nationalliberalen Graf Oriola und Bassermann — **abgelehnt.**

Bei Kapitel 35, Titel 19—22 wird einstimmig abgelehnt, dem Chef der Kadettenanstalt in Groß-Lichterfelde den Rang eines Corpskommandeurs anstatt jetzt eines Generalmajors zu gewähren.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hielt unter dem Vorsitz des Abg. v. Erffa (k.) am Montagabend eine Sitzung ab. Zur Beratung stand der **Domänen-Etat.** Die Pachterträgnisse aus den Domänen haben gegen das vorige Jahr einen Rückgang ergeben. Der Referent Abg. v. Tappenheim knüpft daran Betrachtungen über die grundschlechten Verhältnisse in der Landwirtschaft. Der Landwirtschaftsminister stimmt dem Referenten bei. Er teilt mit, daß er eine von ihm angefertigte Uebersicht der Entwicklung der **Domänen-Erträgnisse** vom Jahre 1870 an der **Zollkommission** des Reichstags vorlegen werde. Die Mitglieder der Kommission würden aus dieser Uebersicht über die wahren Verhältnisse der Landwirtschaft belehrt werden. Die Abgg. **Ehlers** (frs. Vg.), Dr. **Hirsch** (frs. Vp.) bestreiten bei aller Anerkenntnis einer gewissen Notlage der Land-

wirtschaft entschieden, daß aus den Mindererträgnissen der Domänenpachten auf einen Rückgang der gesamten Landwirtschaft geschlossen werden dürfe. Abg. Dr. **Friedberg** (natl.) tritt jedoch diesen Ausführungen entgegen und schließt sich der vom Minister geäußerten Ansicht an.

Hinsichtlich der **Domäne Dahlem** wird von der Regierung die Auskunft erteilt, daß dort **Arbeiterwohnungen** in größerem Maßstabe **nicht errichtet** werden sollen, wohl aber sollen Vereinigungen kleiner Beamten andre Bauplätze im Wege des Erbbaues zur Verfügung gestellt werden.

Die Diskussion wandte sich hierauf den Weinbau-Domänen zu, die in allerjüngster Zeit in der Nahe-, Saar- und Moselgegend angelegt worden sind. Bei der Bevölkerung sind Bedenken gegen die Weinbau-Domänen laut geworden. Weinbauer erblicken vielfach in ihnen unerwünschte Konkurrenz. Der Landwirtschaftsminister erklärte, es läge dem Staate Konkurrenz vollständig fern, der Staat wolle nur den Weinbau auf eine musterhafte vorbildliche Höhe bringen.

Die Einnahmen des Domänen-Etats wurden hierauf ohne weitere Diskussion erledigt.

Bei den Ausgaben wurde von einer großen Anzahl Redner bedauert, daß die für die **Verbesserung von Arbeiterwohnungen** ausgeworfenen Summen diesmal so große Abstriche erlitten haben. Während im vorigen Jahre noch 750 000 M. ausgeworfen waren, sind diesmal nur 250 000 M. ausgeworfen. Die Regierungsvertreter weisen dem gegenüber darauf hin, daß auch aus dem großen Betrage des Ordinariums ein Teil für Arbeiterwohnungen verwendet werden könne. Ein besonders dringendes Bedürfnis auf diesem Gebiete liege aber nicht vor. Die betreffenden Titel werden hierauf bewilligt.

Der Rest des Domänen-Etats wurde ohne nahmhafte Debatte zu Ende beraten und bewilligt.

Die Dienstagssitzung brachte nur unwesentliche Debatten.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Der Boeren-Krieg.

Die Lage.

London, 20. Januar. Eine Depesche Lord Kitcheners aus Johannesburg vom 20. Januar besagt: Ununterbrochener Regen brachte die englischen Operationen überall zum Stillstand. Den Berichten der einzelnen englischen Abteilungen zufolge wurden 81 Boeren getötet, 18 verwundet, 170 gefangen genommen und 41 haben sich ergeben. General French meldet, daß die Zahl des Feindes im Nordosten der Kapkolonie sich etwa auf 150 Mann verringert habe, die in zerstreuten Abteilungen unter Fouché und Mybourg stehen. Etwa 130 Mann unter Wessels entkamen in die Gegend westlich von der Linie Sterkstroom-Stormberg. Im Südwesten bewegt sich die Hauptmacht der Boeren auf das Dreieck Fraserburg, Carnarvon und Williston zu. Im Norden vom Oranjefluß und im Norden von der Linie von Tabanchu werden kleine Boerenabteilungen von englischen Kolonnen verfolgt. Im Nordosten machen die Blockhaus-Linien gute Fortschritte und die leichtbeweglichen englischen Abteilungen, welche sich auf dieselben stützen, gewinnen Terrain. Im östlichen Transvaal wurde der Feind durch die letzten Operationen sehr zersprengt. Im Westen rückte Lord Methuen am 18. Januar von Vryburg auf Ventersburg vor, um gegen Delarey und Kemp zu operieren.

Die Konzentrationslager.

Das neueste Blaubuch über die Konzentrationslager giebt eine komplette Statistik über die Sterblichkeit in denselben für das ganze Jahr 1901. Danach sind im Jahre 1901 in den südafrikanischen Konzentrationslagern 16 785 Weiße, darunter 13 245 Kinder gestorben. Die Zahlen für Dezember zeigen, wie der Telegraph bereits kurz gemeldet, eine geringe Abnahme gegenüber dem Monat November und Oktober. Aus einer Anzahl Telegramme, die Kolonialminister Chamberlain mit Lord Milner wechselt, erhellt, daß die englische Regierung bemüht ist, die Sterblichkeitsziffer in den Konzentrationslagern herabzumindern. In dem einen der Telegramme des Kolonialministers wird darauf hingewiesen, daß der medizinische Bericht ergebe, daß in den Lagern ein Mangel an Milch sich bemerkbar mache. Lord Milner wird aufgefordert, zu berichten, ob diesem Uebelstande nicht abzuhelfen sei. In einem andern Telegramm weist der Kolonialminister Lord Milner an, Frauen und Kinder, die nach der Kapkolonie auswandern oder zu Freunden gehen wollen, dies zu gestatten, um die Konzentrationslager zu entlasten. Noch aus mehreren andren Stellen ist ersichtlich, daß die Kritik an den Zuständen in den Konzentrationslagern nicht ganz ohne Wirkung geblieben ist.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Vertrauensmänner des Holzarbeiter-Verbandes beschäftigten sich am Dienstagabend mit den Vereinbarungen, die von der am vorhergehenden Tage abgehaltenen Arbeitgeber-Versammlung angenommen wurden. In der Vertrauensmänner-Versammlung wurden nach eingehender Debatte die Vereinbarungen angenommen mit der Maßgabe, daß wegen der Auslegung des 8. und 4. Punktes noch eine Aussprache zwischen den beiderseitigen Vorständen stattfinden soll.

Die Vertreter von 20 000 organisierten „nichtsocialdemokratischen" Arbeitern werden sich, nach der „Post", am Freitagabend in der „Tonhalle" versammeln, um sonderbarerweise für die socialdemokratische Forderung der Verhältniswahl, allerdings nur für die Gewerbegerichte, einzutreten. Hoffentlich erreichen die Leute ihr Ziel, damit die „Post" bei der Gewerbegerichtswahl durch die Stimmenzahl erfahren kann, daß es in Berlin keine 20 000 „nichtsocialdemokratischen" Arbeiter giebt.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei Zschauer dauert fort. Zuzug ist fernzuhalten. Da Herr Zschauer in auswärtigen, besonders sächsischen Zeitungen Arbeiter sucht, bitten wir alle arbeiterfreundlichen Blätter um Nachdruck.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Barmen siegte die Liste des Gewerkschaftskartells ohne Gegenliste.

Ein neuer Glasarbeiter-Streik in Sicht! Nachdem die Firma Siemens in Dresden die Glasfabrik Wirges übernommen hat, erließ dieselbe sofort die Bekanntmachung, daß die Arbeitszeit in der Tagesschicht um 40 Minuten, in der Nachtschicht um 80 Minuten verlängert wird. Der neue Lohntarif, welcher ebenfalls sofort in Kraft tritt, kündigte eine bedeutende Lohnreduktion an. Auf einen Hinweis der Arbeiter, daß mit diesen Aenderungen erst in 14 Tagen begonnen werden könnte, erklärte der Direktor, daß die Anordnungen sofort in Kraft treten. Eine Belehrung, daß das Vorgehen völlig ungesetzlich sei, nutzte nichts. Darauf stellten sämtliche Arbeiter die Arbeit ein. Es erklärte dann die Firma, daß die Bedingungen erst in vierzehn Tagen in Kraft treten sollen, und wurde dann die Arbeit aufgenommen. — Am Sonntag fand nun in Wirges eine Versammlung der Glasarbeiter statt, die von ca. 600 Arbeitern besucht war. Die Versammlung sprach ihre Entrüstung über das Vorgehen der Firma aus, und wurde allgemein erklärt, daß die Forderungen unbedingt zurückgewiesen werden müßten. Der Verbandsvorsitzende Girbig wies eindringlich darauf hin, daß alles versucht werden müsse, um eine Einigung zu erzielen, da ein Streik zur jetzigen Zeit ganz unmöglich und völlig aussichtslos sei. Gleichzeitig gab er die Erklärung ab, daß der Centralvorstand den Streik nicht genehmigen würde. Die Versammlung faßte den Beschluß, nochmals den Arbeiterausschuß nach dem Comptoir zu entsenden, um eine Einigung zu ersuchen. Besteht jedoch die Firma darauf, die gestellten Bedingungen voll aufrecht zu erhalten, dann soll nächsten Sonntag wiederum eine Versammlung stattfinden, in der die weiteren Schritte beraten werden sollen. — Die Erbitterung der Arbeiter ist eine ungeheure. Sollte die Firma auf ihrem Standpunkt beharren, dann dürften alle Ermahnungen nichts nützen und es stellen in ca. 3 Wochen 420 Glasarbeiter, die etwa 700 andere Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen, die Arbeit ein. Der Verbandsvorstand will alles aufbieten, um dieselben von ihrem Standpunkt abzubringen. — Seitens des Landrats sind der Firma schon 2 Gendarme zur Verfügung gestellt. Bisher war nur einer am Ort, jetzt drei.

Mehrere Arbeitslosenzählungen, die anläßlich der letzten Debatten im Reichstag ein erhöhtes aktuelles Interesse beanspruchen, haben am letzten Sonntag stattgefunden. Nach dem vorläufig zusammengestellten Gesamtresultat der Zählung in **Dresden** und den Vororten Löbtau, Cotta, Stetzsch, Leubnitz-Neuostra, Kaitz, Mickten, Kaditz und Trachau sind dort **9300,** in den hauptsächlichsten Industrieorten des Plauenschen Grundes **870,** zusammen also **10 170** Arbeitslose vorhanden. In einzelnen Orten, z. B. in Löbtau, beträgt die Zahl der Arbeitslosen 10 Proz. der erwerbsthätigen Bevölkerung! — In **Nürnberg** wurden **4891** Arbeitslose (4242 männliche und 649 weibliche) gezählt.

Einen raschen Erfolg erzielten die Greizer Textilarbeiter bei der Firma Zirnitz u. Colbig. Am Mittwoch wurde die Kommission bei dem Chef vorstellig. Es wurden einige Zugeständnisse gemacht, die aber nicht befriedigen konnten. Die Arbeiter hielten nun am Freitag noch eine Fabrikbesprechung ab, die äußerst zahlreich besucht war. In derselben wurde beschlossen, im Fall der Nichtanerkennung des 1890er Lohntarifs die Arbeit am Sonnabend einzustellen. Es wurde eine verstärkte Kommission gewählt, in welche drei Frauen mit gewählt wurden. Am Sonnabend früh wurden nun Unterschriften gesammelt, wer für Arbeitseinstellung sei. Das Resultat war, daß sich fast sämtliche Arbeiter im Fall der Nichtbewilligung für den Streik erklärten. Die Kommission begab sich nun nochmals ins Comptoir, um das letzte Wort des Chefs zu hören. Er blieb bei seiner Weigerung. Die Kommission begab sich darauf wieder in den Webesaal und im Nu standen die Räder still. Die Arbeiter und Arbeiterinnen strömten nach der Garderobe, um ihre Habseligkeiten zu holen. Es entstand dort ein ziemliches Gedränge. Man verlangte, den Haupteingang zu öffnen, damit die Arbeiter ins Freie gelangen könnten. Nunmehr mochte man im Comptoir eingesehen haben, daß die Situation eine sehr ernste war und daß die Gesamtheit der Arbeiter hinter der Kommission stand. Da erschien ein Angestellter mit dem 1890er Lohntarif in der Hand, um denselben anzuschlagen, als Beweis, daß derselbe Gültigkeit erlangen solle. Daraufhin begaben sich die Arbeiter nach circa einstündiger Pause wieder an die Stühle zurück und nahmen ihre Thätigkeit wieder auf. Am Abend wurde auch schon zum erstenmal nach dem 1890er Lohntarif ausgezahlt. Die Arbeiter erhielten teilweise bis 2 M. mehr ausgezahlt wie vorher.

Ausland.

Die „Karrenjungen" von Rotterdam, Jungen im Alter von 14—16 Jahren, die dem städtischen „Kehrichtmann" in den Vormittagsstunden bei der Abfuhr von Asche und Unrat behilflich sind, haben die Arbeit niedergelegt. Sie erhielten bisher nur 90 Cent pro Woche und verlangen jetzt 1,50 Gulden Lohn.

Ein Bergarbeiter-Streik ist in Herstal (Belgien) zum Ausbruch gekommen, weil die Unternehmer die Arbeitszeit um eine Stunde verlängern wollten.

Die Lage des englischen Arbeitsmarktes im Monat Dezember 1901 zeigte in allen wichtigen Industrien einen Niedergang. Eine Ausnahme bildete die Kohlenindustrie. Der Prozentsatz der Arbeitslosen war zu Ende des Monats größer als im Vorjahre. Die „Labour Gazette" fügt hinzu, daß der Prozentsatz niedriger sei, als der Durchschnitt für Dezember der letzten zehn Jahre. Das ist wohl kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die Hälfte davon Jahre von großer Prosperität waren. Die 142 Gewerkschaften, auf deren Berichte die Statistik des Arbeitsamtes beruht, hatten 4,6 Prozent Arbeitslose gegen 3,8 Prozent im November. — Auch der Pauperismus in London zeigte eine Zunahme um 8 pro 10 000 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres.

Die Angestellten der elektrischen Straßenbahn in Genua sind wegen Entlassung einiger Angestellten in den Ausstand getreten. Es fahren nur wenige Wagen und diese unter polizeilicher Bewachung.

Ein Eisenbahnerstreik droht in Italien auf den drei großen Eisenbahnlinien auszubrechen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten bemüht sich möglichst, den Ausstand zu verhüten, indem er bei den drei Gesellschaften, welche die mittelländischen, die adriatischen und die venezianischen Eisenbahnlinien ausbeuten, vorstellig wird, Konzessionen zu machen. Wie der römischen „Tribuna" aus Turin gemeldet wird, ist die mittelländische Eisenbahn-Gesellschaft bereit, eine allgemeine Erhöhung der Löhne ihrer Arbeiter und Beamten eintreten zu lassen. Die Arbeiter sollen eine Zulage von 10 bis 20 Centesimi pro Tag und die Beamten eine Gehaltserhöhung von 60 bis 200 Fr. pro Jahr erhalten. Sollte es zu einer Einigung nicht kommen, so würden gegen 100 000 Eisenbahn-Angestellte ausständig werden. Die Regierung hat, wie obengenanntes Blatt zu melden weiß, Maßnahmen getroffen, im Fall eines Streiks den Postdienst und den Transport von Lebensmitteln aufrecht erhalten zu können. Sie will alle Angestellten, die noch als Reservisten der Armee angehören, als Mitglieder des Soldatenstandes mobilisieren; diese würden dann dem Kriegsminister unterstehen. Dies würde geschehen auf Grund des in der schwärzesten Reaktionszeit geschaffenen Gesetzes, welches die Eisenbahn-Angestellten einfach zu Soldaten macht.

Versammlungen.

Der Arbeitervertreter-Verein hielt am Donnerstag, den 16. d. M., seine regelmäßige Vereinsversammlung ab, in welcher Genosse Bergmann einen interessanten Vortrag über die Versicherungspflicht der Heimarbeiter hielt. Im Laufe der Diskussion, an welcher sich Fränkdorf, Gutheil, Jost, Huhnfleisch und Albrecht beteiligten, wurden einige praktische Vorschläge zur bessern Durchführung des Versicherungszwanges gemacht, aber auch Bedenken geäußert, daß durch die Versicherungspflicht der Bankrott einzelner Kassen eintreten wird. Unter Verschiedenem wurden interne Angelegenheiten verhandelt.

Die Stock- und Celluloidarbeiter hielten am Mittwoch, den 15. d. Mts., bei Feuerstein ihre Branchenversammlung ab. Dr. Steiner sprach über: „Die Fortschritte der Naturwissenschaft im 19. Jahrhundert". Von einer Diskussion über den mit Beifall aufgenommenen Vortrag wurde Abstand genommen.

Unter Werkstätten-Angelegenheiten brachte der Obmann der Kommission den Fall Ulrich bei der Firma Emanuel Noa zur Sprache und schilderte das gespannte Verhältnis zwischen den Arbeitern der Firma E. Noa und dem Werkmeister Ulrich. Des weiteren wurde getadelt, daß zwei Kollegen von Noa Säcke voll Arbeit mit nach Hause nehmen und nach Feierabend arbeiten, wo doch in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise genügend Arbeitskräfte zu haben sind. Doppelt bedauerlich ist dieses Verhalten, da die Kollegen wissen, daß sie eins der feuergefährlichsten Materiale, das Celluloid, in den Wohnungen verarbeiten. Unter Verschiedenem wurde noch auf die beabsichtigte Aussperrung der Berliner Tischlermeister hingewiesen und den Vertrauensleuten mit auf den Weg gegeben, sich in den einzelnen Werkstätten darüber zu verständigen, wie hoch die Extrasteuer zu bemessen ist, um bei einer eventuellen Aussperrung den Tischlermeistern gewappnet entgegentreten zu können.

Der Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend hielt am 17. d. M. eine General-Versammlung in Pankow bei Klingenberg ab. Reichstags-Abgeordneter Zubeil legte in seinem Vortrag klar, wie tief einschneidend und schädigend auch für das Gastwirtsgewerbe der neue Zolltarif sei. Aufgenommen wurden sechs Kollegen. Ferner giebt Fischer bekannt, daß nun zum drittenmal im 10. Stadtausschuß am Mittwoch, den 22. d. M. im Hohenzollernsaal, Bandelstraße, vormittags 9 Uhr die Gewerbesteuer-Veranlagungskommissionswahl stattfindet und ersucht die Kollegen, welche daran beteiligt sind, zahlreich zu erscheinen.

Zehlendorf. Am Donnerstag tagte im größten Saale Zehlendorfs, im „Kaiserhof", eine Gemeinde-Wählerversammlung. Dieselbe war einberufen von einem Ausschuß, welcher für derartige Zwecke vor Jahren hier gewählt wurde, unsere Partei ist darin nicht vertreten. Die Versammlung war von unseren Genossen sehr stark besucht. Zum ersten Punkt der Tages-Ordnung: Kommunales, sprach auch Genosse Göhre. Derselbe trat dafür ein, bei der Neubesetzung des Gemeindevorsteherpostens diesen mit dem Posten des Amtsvorstehers zu vereinigen. Als zweiter Punkt stand die Realschulfrage zur Besprechung. Von den verschiedenen Vereinen 2c. wird schon seit Jahren die Einführung von Realparalleklassen am Gymnasium gefordert, so auch jetzt wieder in einer Petition an die Gemeinde-Vertretung. Vor einem Jahr haben unsere Genossen in einer allgemeinen Wählerversammlung alles abgelehnt. Diesmal stellten unsre Genossen ihre Wünsche betreffs der Volksschule auf (laut unsres Kommunalwahl-Programms) und erklärten: Stimmt Ihr für unsre Forderungen, dann stimmen wir für die Real-Parallelklassen. Nach zum Teil sehr heftigen Debatten, an denen unserseits Göhre und Köster beteiligt waren, wurde unsre Resolution mit großer Mehrheit angenommen. Die Resolution von der andren Seite war vorher zurückgezogen. Das Referat unseres Genossen Göhre über die Wohnungsfrage wurde wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Rixdorf. Der socialdemokratische Wahlverein Rixdorf hielt am 15. Januar seine Generalversammlung ab. Den Bericht des Vorstandes erstattete Genosse Boesle. Im 4. Quartal 1901 haben stattgefunden 8 Vorstandssitzungen, 1 Generalversammlung, 2 Mitglieder-Versammlungen und eine öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Schubert den Bericht vom Parteitag erstattete. Daß die Polizei ein aufmerksames Auge auf uns hat, ist daraus zu ersehen, daß wir im letzten Vierteljahr mit drei Strafmandaten bedacht worden sind, gegen das letzte ist gerichtliche Entscheidung beantragt. Den Bericht über die Partei-Spedition erstattete Ostermann. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit auf dieses Unternehmen nicht ohne Einfluß geblieben ist. Die Zahl der „Vorwärts"-Abonnenten beträgt 2408. Der Reingewinn für das Jahr 1901 betrug 1846,38 M. Der Kassenbericht, welchen Stieler erstattete, ergab folgendes Resultat: Die Gesamteinnahme betrug 815,29 M., die Ausgabe am Ort 234,51 M., an den Centralvorstand wurden abgeliefert 475,66 M., bleibt ein Bestand von 3,32 M. am Orte. Der Mitgliederbestand beträgt inkl. der 46 in der Generalversammlung neu Aufgenommenen 1275. Bei 3 Mitgliedern wurde die Aufnahme beanstandet. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Unsre Vertretung im roten Hause" erstatteten die Stadtvv. Ostermann, Dr. Silberstein und Conrad Bericht über ihre Thätigkeit. Unsre Genossen im Stadtparlament haben kein leichtes Stück Arbeit, besonders auch wegen der unleidlichen Verhältnisse in der Fraktion. Es wird im Interesse der Genossen liegen, Mittel und Wege zu finden, um bei der nächsten Wahl Hausbesitzer-Kandidaten stellen zu können, welche unseren Anforderungen entsprechen, und dafür zu sorgen, daß wir die uns zukommenden 16 Mandate der dritten Abteilung wieder voll besetzen können.

Weißensee. Nachdem das Vereinshaus über 3 Jahre auf der Lokalliste als gesperrt geführt wurde, hielt am 14. d. M. der socialdemokratische Wahlverein seine Generalversammlung dort ab. Zum Andenken an den verstorbenen Genossen August Krüger erhoben sich bei Beginn der Versammlung die Anwesenden von den Plätzen. Die Einnahme im verflossenen Quartal betrug 396,28 M., die Ausgabe 311,65 M. An den Kreisvertrauensmann wurden 30,72 M. abgeliefert. Die Bibliothek enthält 180 Bände. Die Ausgabe der Bücher findet Sonnabends von 9—10 Uhr abends bei Schmutz, König-Chaussee 38, statt. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes hatte folgendes Resultat: 1. Vors. Haak, 2. Vors. Stahlberg, Schriftführer Wegner, Kassierer Zeise, Abteilungsführer Bach, Gebrhard, Reich, Schmutz und Menck, Revisoren Eichbach, Peuckert und Pauckert, Bibliothekare Kalista und Krebs. Der Vorsitzende machte auf die am 26. Januar stattfindende Arbeitslosenzählung und auf die vom 15. bis 31. Januar ausliegenden Kommunalwählerlisten aufmerksam. Alsdann wurden noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Deputiertenkammer.

Paris, 21. Januar. (W.T.B.) Der Minister des Auswärtigen Delcassé erklärt, daß die Unterzeichnung des chinesischen Protokolls den Bemühungen Frankreichs zu verdanken sei. Frankreich flöße den Mächten Vertrauen ein und die Stellung, die es in der Welt einnehme, sei zufriedenstellend. Besonders in der Türkei stehe Frankreich hinter keiner andren Nation zurück, die wichtigsten Unternehmungen seien dort in den Händen der Franzosen. Die Flottenkundgebung vor Mytilene habe die Verteidigung wirtschaftlicher Interessen Frankreichs bezweckt. Dadurch, daß Frankreich sich in Mytilene nicht dauernd festgesetzt, habe es seine Uneigennützigkeit zeigen und gleichzeitig den Beweis liefern wollen, daß es das ihm von der Welt geschenkte Vertrauen verdiente. Das französisch-italienische Handelsabkommen und der Vertrag bezüglich Afrikas haben die Beziehungen Frankreichs und Italiens einen neuen Charakter verliehen. Die Folge war die hervorragende Kundgebung von Toulon, die als das Ende einer zu langen Reihe von Mißverständnissen begrüßt wurde. (Beifall.) Die französisch-russische Allianz bedrohe niemanden, könne aber alle Bedrohungen vereiteln. (Beifall.) Der Einsicht des Parlaments sei es zu verdanken, daß die Regierung alle erwähnten Resultate habe erlangen können. (Beifall.) Nach einer Erwiderung Chastenets, der verlangt, daß Frankreich sich bezüglich Marokkos mit Spanien verständige, wird die Generaldebatte geschlossen. Auf Verlangen Delcassés wird sodann der von der Budgetkommission gestrichene Kredit für die Botschaft beim Vatikan mit 341 gegen 206 Stimmen wiederhergestellt.

Frankfurt a. M., 21. Januar. (W. H.) Bei den heutigen Wahlmänner-Wahlen für die Landtags-Ersatzwahl waren 299 Wahlmänner neu zu wählen. Es fielen auf die vereinigte demokratisch-freisinnige Liste 172, auf die nationalliberale 118; 9 kamen nicht zu stande, da in der betreffenden Klasse keine Urwähler erschienen waren. Das Gesamtresultat ist: Oifer (demokratisch-fortschrittlich 510, vom Rath (natl.) 399.

Paris, 21. Januar. (W. H.) Der Vorstand der hiesigen Anwaltskammer hat nach erfolgter Untersuchung beschlossen, den Verteidiger des Kindesmörders Brière, den Anwalt Comby, von der Liste der Anwalte zu streichen. Wie erinnerlich, wird dem Anwalt vorgeworfen, sich unlauterer Mittel bedient zu haben, um seinen Kundenkreis zu vergrößern. Er soll u. a. sich mit Kartenlegerinnen und Wahrsagerinnen in Verbindung gesetzt haben, die ihn gelegentlich als den besten Anwalt bezeichnen sollten, um einen wichtigen Prozeß zu gewinnen. Auf diese Weise soll es ihm auch gelungen sein, die Verteidigung Brières zu erlangen.

Christiania, 21. Januar. (W. T. B.) Das Odelsthing nahm einen Gesetzentwurf an, wonach **Frauen** als **Gerichtsbeisitzer** zugelassen werden sollen.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

123. Sitzung vom Dienstag, 21. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Niemand.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Boltz (natl., Saarbrücken) beantragt die Kommission (Berichterstatter Abg. Wellstein, C.) für gültig zu erklären.

Abg. **Lenzmann** (frs. Vp.):

Ich bin in meiner langen parlamentarischen Thätigkeit niemals über den Antrag einer Kommission so erstaunt gewesen, wie über den Antrag der Wahlprüfungs-Kommission, die Wahl des Abg. Boltz für gültig zu erklären. Dieser Antrag ist mir angesichts der im Bericht angeführten Thatsachen geradezu unbegreiflich und rätselhaft. In den Zeugenaussagen bestehen so auffallende Widersprüche, daß eine Partei der Zeugen offenbar die Unwahrheit gesagt haben muß. Dies Resultat ist nach jeder Richtung hin betrübend; man scheint in Wahlprüfungs-Prozessen zu glauben, man brauche in solchen Angelegenheiten nicht bei der Wahrheit zu bleiben. Eine Partei erklärt bestimmt, daß Grubenbeamte sich in den Wahllokalen aufgehalten und die Stimmabgabe der Wähler kontrolliert hätten, die andre Partei erklärt bestimmt, solche Beamte überhaupt nicht gesehen zu haben. Diese Widersprüche hat die Wahlprüfungs-Kommission in wunderbar einseitiger Seite beurteilt. Die einfache Logik des gesunden Menschenverstandes gebietet, positive Aussagen negativen vorzuziehen, falls nicht aus der Person des Zeugen begründete Zweifel an der Wahrheit einer positiven Aussage zu ergeben. Im Königreich Stumm mit seiner berühmten Arbeiterfürsorge scheint man noch alle unlauteren Wahlmittel für erlaubt zu halten. In den rheinisch-westfälischen Industriecentren hat man sich seit 1881 diese Praxis abgewöhnen müssen. Bei der Wahl des Abg. Boltz aber finden wir alle diese unerlaubten und ungesetzlichen Wahlbeeinflussungen vereint: vor der Wahl Beeinflussung der Wähler durch die eingesetzten Autoritäten der staatlichen oder Zechenbeamten, Verhinderung der Agitation durch die Konfiskation socialdemokratischer Flugblätter. Diese Konfiskation hat der Regierungspräsident am folgenden Tage rückgängig machen müssen; aber gerade dadurch sind viele Arbeiter verhindert worden, sich über die Ziele der Socialdemokraten zu unterrichten, so daß sie unwissend an die Wahlurne gehen mußten. Ein Grubendirektor hat — das geht aus dem Bericht hervor — die einzelnen Leute zu sich kommen lassen und sie aufgefordert, nationalliberal zu wählen. Die kontrollierenden Grubenbeamten drängten jedem Wähler vor dem Wahllokal die nationalliberalen Wahlzettel in einer Weise auf, daß die Leute gar nicht anders konnten, als die Zettel anzunehmen. Wenn ein Wähler die Annahme des nationalliberalen Zettels verweigerte, wurde er von einem der Beamten notiert. Nach dem Bericht haben zahlreiche socialdemokratische Wähler sich darüber beklagt, daß sie nicht frei hätten wählen dürfen; sie würden infolge dessen in Zukunft nicht wieder wählen. Die Kommission hat aber diesen Klagerus der Wähler gänzlich unberücksichtigt gelassen, das ist doch eine völlige Verkennung der Wahlfreiheit des Volkes. Hoffentlich wird diese Wahl den Sperrantrag meines Freundes Rickert einmal wieder auf die Tagesordnung bringen. Man spricht jetzt so viel von nationaler Ehre; aber gerade diejenige Partei, die dabei am meisten in das nationale Horn stoßen zu müssen glaubt, verkümmert auf diese Weise das Recht, bei dem die deutsche Ehre am meisten engagiert ist, die Wahlfreiheit des deutschen Volks, des deutschen Arbeiters. So lange Leute, die sich national nennen, noch so schamlos sind, diese Fundamente, auf denen das Deutsche Reich gegründet ist, zu verkümmern, so lange können diese Leute nicht beanspruchen, einen Kampf für nationale Ehre zu führen. Ich hoffe, daß der Reichstag die Wahl des Abg. Boltz ziemlich einstimmig für ungültig erklären wird. Dafür mag sich Herr Boltz dann bei seinen nationalliberalen Freunden bedanken! (Beifall links und im Centrum.)

Abg. Dr. **Semler** (natl.):

Wer den Bericht der Kommission ruhig durchliest, wird die Behauptungen des Abg. Lenzmann darin nicht bestätigt finden. Freilich sind Uebertreibungen und üble Scherze im Wahlkampf vorgekommen. (Lachen im Centrum.) Unsre Fraktion verurteilt jede unerlaubte Wahlbeeinflussung. (Gelächter links und bei den Socialdemokraten.) Es ist ja in diesem Fall auf beiden Seiten, intra und extra der nationalliberalen Partei, gesündigt worden, auf beiden Seiten sind die Grenzen des Wahlkampfes überschritten worden. Aber es ist die Frage, ob man daraus die Ungültigkeitserklärung der Wahl herleiten darf. (Zuruf links: Selbstredend!) Nein, das ist nicht selbstredend! Herr Lenzmann hat behauptet, ein Grubendirektor habe den Leuten mit Entlassung gedroht, falls sie nicht für den nationalliberalen Kandidaten stimmten; wenn solche Aeußerungen wirklich gefallen wären, würde ich der Erste sein, der für die Ungültigkeitserklärung der Wahl einträte. Ich habe aber nicht den Eindruck gewonnen, daß dies geschehen ist. Man ist bis an die Grenze gegangen, vielleicht sogar ein wenig darüber hinaus (Lachen im Centrum und links), aber die Wahlprüfungs-Kommission war bisher gewohnt, ihre Arbeit in ruhiger und sachlicher Weise zu erfüllen. Bei einer solchen Beurteilung wird man die Gültigkeit der Wahl anerkennen müssen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Dasbach** (C.)

Es ist festgestellt, daß der Grubendirektor die Arbeiter hat zu sich kommen lassen und sie aufgefordert hat, für den nationalliberalen Kandidaten zu stimmen. Dabei ist das Wort gefallen, es sei „Pflicht der Arbeiter für den zu stimmen, dessen Brot man esse". (Hört! hört!) Dieser Vorgang ist in einer mir gehörigen Zeitung veröffentlicht und der Artikel der Bergwerksdirektion zugesandt worden mit der Bemerkung, man möge Klage erheben, wenn die Schilderung nicht der Wahrheit entspräche. Der Redacteur ist aber nicht verklagt worden. — Der „Bergwerksfreund", in dem es hieß, es sei Pflicht jedes königlichen Beamten, für den nationalliberalen Beamten zu stimmen, ist zwar kein amtliches Blatt, ist aber lange Zeit im Verlage der Bergwerks-Direktion erschienen. — Ein Arbeiter ist öffentlich im Wahllokal denunziert worden, er habe für den Centrumskandidaten gestimmt, er wurde daraufhin sofort von seinem Arbeitgeber laut aufgefordert, ihm aufs Bureau zu folgen. Dort wurde ihm gekündigt, und wenn auch die Kündigung sofort wieder zurückgenommen worden ist, weil der Arbeitgeber wohl einsah, daß er damit seine Partei nur schädige, so wurden doch durch den Vorgang im Wahllokal viele Arbeiter davon abgehalten, für den Centrumskandidaten zu stimmen. — Die Form der Wahlzettel wurde von dem nationalliberalen Komitee bis zum letzten Augenblick aufs strengste geheim gehalten, dadurch hat das Komitee auf das deutlichste bewiesen, daß es beabsichtigte, den Wählern das jedem Staatsbürger gewährleistete Recht der geheimen Wahl zu nehmen. (Sehr richtig! links.)

Abg. **v. Brockhausen** (kons.):

Die Wahlprüfungskommission hat nur das Recht die Vorgänge bei der Wahl zu prüfen, irgend wie erzieherisch zu wirken, gehört nicht zu ihren Aufgaben. Der „Bergmannsfreund" ist durchaus kein amtliches Organ, der Verleger ist ein Privatmann. Man schätzt die Wähler viel zu niedrig ein. Die Bergarbeiter sind viel zu selbständig, um sich durch irgend einen anonymen Artikel vorschreiben zu lassen, wen sie wählen. — Daß amtliche Wahlbeeinflussungen nicht vorkommen dürfen, darin sind wir alle einig, in diesem Falle sind aber keine solche Beeinflussungen nachgewiesen.

Abg. **Auer** (Soc.):

Herr Lenzmann hat gerade kein Loblied auf die Wahlprüfungs-Kommission gesungen. Er hat übersehen, daß es in der Kommission eine Mehrheit und eine Minderheit gegeben hat. Die Minderheit nahm vor allem Anstoß an dem amtlichen, offiziellen Charakter, den die Kandidatur Boltz angenommen haben soll. Wir waren mit der Minorität der Ansicht, daß durch die Art und Weise, wie durch die Zeitung „Der Bergmannsfreund" in die Wahlbewegung eingegriffen worden ist, alle Merkmale für eine offizielle Kandidatur geliefert sind. Hier im Reichstage ist das Centrum ja Trumpf, es ist Regierungspartei. Da drüben aber im Saarrevier scheint man bis zu dieser Erkenntnis noch nicht gekommen zu sein; da gilt das Centrum noch als antinational. Da sind die Nachwirkungen der Kulturkampf-Periode noch nicht verschwunden. Der Beweis für den amtlichen Charakter des „Bergmannsfreundes" ist dadurch geliefert, daß festgestellt ist, daß die **Redaktion der Bergwerksdirektion untersteht** und daß der **Redacteur** ein im Dienste befindlicher, aber von der Erledigung der Amtsgeschäfte befreiter **Beamter** ist. Weiter ist festgestellt, daß der Oberbergrat Krümmer, einer der höchsten Beamten, die Unterbeamten vor der Stichwahl unter Hinweis auf den Diensteid aufgefordert hat, für den nationalliberalen Kandidaten zu stimmen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Sämtlichen Bureaubeamten hat er den allerhöchsten Erlaß vom 4. Januar 1882 über das Verhalten der Beamten bei den Wahlen vorlesen lassen und sie im Anschluß daran ermahnt, ihre Pflicht zu thun. In dem Wahllokal hat sogar ein großes Plakat gehangen, auf dem stand: **„Wer Euler wählt, wird gekündigt."** Aus allen diesen Gründen muß der Reichstag im Interesse seiner eignen Würde **die Wahl kassieren.** Hier muß einmal **ein Exempel statuiert werden.** (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.):

Abg. Auer hat mit Recht die amtlichen Wahlbeeinflussungen, insbesondere den Artikel des „Bergmannsfreundes" als entscheidend bezeichnet. Gerade diese Momente aber hat Abg. Lenzmann gar nicht erwähnt. Der Versuch des Abg. Lenzmann, den Hüter der Wahlfreiheit zu spielen, verdient entschiedene Zurückweisung. Alle Parteien sind einig in der Verurteilung unlauterer Wahlmachenschaften. Eine Anerkennung solcher Beeinflussungen müßte ja den ganzen Parlamentarismus zur Farce machen. Es kommen aber Wahlausschreitungen auf allen Seiten vor; auch bei socialdemokratischen Wahlen wird mit Drohungen gegen die Wähler vorgegangen. Ich bedaure auch die Verschiedenartigkeit der Zeugenaussagen; die Wahlprüfungskommission konnte hier nur zu der Entscheidung kommen: „In dubio pro reo". (In zweifelhaften Fällen zu Gunsten des Angeschuldigten.) Die Grubenleiter sind bei dieser Wahl nicht als Regierungsbeamte, sondern als Arbeitgeber aufgetreten. Ohne Vorbringung eines neuen Momentes werden wir nicht von dem Votum der Wahlprüfungs-Kommission abgehen können. **Wir werden daher für Gültigkeit der Wahl eintreten.** (Beifall rechts.)

Abg. **Schwarze-Lippstadt** (C.):

In den Wahlkreisen Saarbrücken, Ottweiler und Saargemünd sind Wahlbeeinflussungen an der Tagesordnung. Diese sind mehr noch als früher dem Einfluß des Freiherrn v. Stumm, den königlichen Bergwerksdirektoren zuzuschreiben. Es kann nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn in diesen überwiegend katholischen Wahlkreisen Abgeordnete, die nicht der Centrumspartei angehören, gewählt werden.

Abg. **Franken** (natl.):

Abg. Lenzmann, der in seinem Heimatlande in engeren Beziehungen zur Centrumspartei steht, hat die nationalliberale Partei in maßloser Weise angegriffen. Was wollen aber alle etwaigen nationalliberalen Wahlbeeinflussungen besagen gegen die des Centrums? Dort heißt es: „Wer keinen Centrumsmann wählt, kommt nicht in den Himmel!" (Große Unruhe und Zurufe. Vicepräsident Graf **Stolberg** bittet wiederholt um Ruhe, da er den Redner nicht verstehen könne.) Regen Sie (zum Centrum) sich nicht auf! (Oho! und Unruhe im Centrum.) Die rheinisch-westfälische Industrie befindet sich gegenüber den Wahlmachenschaften des Centrums in einer Notlage; unser Princip ist es, die Wahlfreiheit hochzuhalten! (Gelächter links und im Centrum.) Wir hoffen, daß wir, wenn es in diesem Wahlkreise zu einer Neuwahl kommt, doch wieder siegen werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Priese** (natl.) bleibt bei der herrschenden Unruhe auf der Tribüne unverständlich.

Abg. **Lenzmann** (frs. Vp.) hält gegenüber dem Abg. Semler seine Behauptungen aufrecht.

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird darauf der Antrag der Kommission gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien und der Nationalliberalen abgelehnt, die Wahl des Abg. Boltz (natl.) ist also für ungültig erklärt worden.

Die Wahl des Abg. Graßmann (natl. 4. Marienwerder) wird entsprechend dem Antrag der Wahlprüfungs-Kommission ohne Debatte gültig erklärt. Weiter beantragt die Kommission (Berichterstatter Abg. Fischer-Berlin (Soc.), die Wahl des Abgeordneten Dr. Hänel-Kiel (frs. Vg.) für gültig zu erklären.

Abg. **Singer** (Soc.):

Die Wahlprüfungs-Kommission stellt sich auf den Standpunkt, daß Thatsachen, **die an sich zur Kassierung der Wahl führen mußten,** um deswillen nicht beachtet werden, weil sie nicht auf Grund behördlicher Anordnung erfolgt seien. Dieser Standpunkt scheint mir die Wahlfreiheit und das Wahlrecht in hohem Maße zu beeinflussen. Es kann doch nicht darauf ankommen, daß ein Unrecht nur dann Beachtung verdient, wenn es von einer behördlichen Stelle ausgeht, sondern jede unrechtmäßige Beeinflussung des Wahlresultats muß beachtet werden, gleichviel von welcher Stelle die Anregung dazu ausgeht. **Der Standpunkt der Kommission ist nicht haltbar.** Die Aussagen des Landrats Brütt erbringen den unwiderleglichen Beweis, daß Leute von dem Wahlvorsteher aus dem Wahllokale hinausgewiesen sind, weil sie sich nicht als Reichstagswähler genügend legitimieren konnten. Der Landrat hat die **Gendarmen ausdrücklich darauf hingewiesen,** daß die Wahlvorsteher diejenigen nicht im Wahllokal zu dulden brauchten, die nicht als Reichstagswähler bekannt seien und sich nicht ausreichend legitimieren könnten. Mir ist aber keine Entscheidung bekannt, die darauf hinausgeht, daß nur Reichstagswähler zu den Wahllokalen Zutritt hätten. Eine solche Verfügung existiert nicht. Die Reichstagswahlen sind **öffentlich** und **jeder,** der sich den Anordnungen des Wahlvorstehers fügt, hat ein Anrecht darauf, im Wahllokal geduldet zu werden. Weder das Wahlgesetz noch die Verfassung enthält eine Bestimmung, die die Wahlvorsteher berechtigte, nicht genügend legitimierte Leute hinauszuweisen. Sonst müßten ja Vorkehrungen getroffen werden, um jedem Wähler eine Bescheinigung seines Wahlrechts zu teil werden zu lassen. Das geschieht aber bekanntlich nicht. Es sind aber in mehreren Fällen selbst solche Leute, die sich durch einen Militärpaß, einen Mietsvertrag oder durch Steuerquittung legitimiert hatten, aus dem Wahllokal hinausgewiesen worden. Der Grund liegt darin, daß man in ihnen unangenehme Controleure der socialdemokratischen Partei vermutete. Wenn in den **acht** Wahllokalen, in denen derartige Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, sämtliche Stimmen kassiert worden wären, so hätte der **socialdemokratische Kandidat** gleich bei der ersten Wahl die **absolute Majorität erhalten.** Die Kommission hat nun den Standpunkt eingenommen: Man muß erst feststellen, ob diese Ausweisungen nicht auf behördliche Anweisung erfolgt seien und es sind eine Reihe von Erhebungen beschlossen worden. Gegenüber der Thatsache, daß in acht Wahllokalen ganz gleichartige Ereignisse vorgekommen sind, ist es **zweifellos,** daß in dem **Vorgehen System gelegen hat.** Dies allein fordert ja die Wahlprüfungs-Kommission. Es liegen eine Reihe von Zeugenaussagen vor, nach denen die Betreffenden nach ihrer Wahllegitimation gefragt wurden. Der eine Zeuge hat seine Militärpapiere vorgelegt, es ist aber von ihm seine Photographie verlangt worden. Einem andern Zeugen wurde, als er den Militärpaß vorzeigte, gesagt: „Den können Sie ja gestohlen haben." Sie müssen ein Signalement vom betreffenden Amtsvorsteher haben. Als er das nicht vorzeigen konnte, wurde er aus dem Lokal gewiesen. Wenn Sie das Wahlrecht schützen und verhindern wollen, daß Beeinflussungen den Wählern gegenüber angewandt werden, dann **können Sie nicht** eine Wahl, bei der solches vorgekommen ist, für gültig erklären. Einen indirekten Beweis für die Berechtigung meiner Ausführungen giebt auch der gewählte Abgeordnete selbst, indem er es vorzieht, sich an unsren Verhandlungen nicht zu beteiligen. Ich kann es ihm nachfühlen, daß er ein so erworbenes Amt nicht gern ausübt. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Kommission abzulehnen und die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.):

Herr Singer hat von seinem Standpunkt nur konsequent gehandelt, wenn er die Ungültigkeit der Wahl beantragt. Wir haben aber stets in dem Sinne gestimmt, daß Ausweisungen einzelner Personen aus Wahllokalen nicht zur Ungültigkeitserklärung ausreichen. Uebrigens liegen die Verhältnisse bei dieser Wahl genau so, wie bei der Wahl des Abg. Loebell. Hier aber ist das freisinnig-socialdemokratische Kartell von damals in die Brüche gegangen.

Abg. Dr. **Spahn** (C.):

Ganz so wie im Fall Loebell liegt die Sache hier nicht. Damals waren die amtlichen Beeinflussungen durch das Schreiben des Landrats festgestellt. Im übrigen schließt sich Redner den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. **R. Fischer**-Berlin (Soc.):

Die Wahl **muß** kassiert werden aus denselben Gründen, wie sie im Fall Loebell und wie sie auch im Fall Boltz heute kassiert worden ist. Das Centrum muß schon deshalb für die Ungültigkeit stimmen, um dem Verdacht zu begegnen, daß es vor einer Stunde nur deshalb für die Ungültigkeit gestimmt hat, weil es sich um einen Centrumskandidaten gehandelt hat. (Unruhe im Centrum.) Auch in diesem Falle liegt thatsächlich eine amtliche Beeinflussung vor. Hätten wir auch im Falle Loebell prüfen müssen, ob die Beeinflussung wirklicher folgt sei, so hätten wir Erhebungen darüber anstellen müssen, ob das Rundschreiben in die Hände sämtlicher Wahlvorsteher gekommen sei und ob sie nicht trotz des erhaltenen Schreibens aus eigner Initiative gehandelt hätten. Natürlich hätten sie dann auch behauptet, aus eigner Initiative gehandelt zu haben. In diesem Falle sollen Gendarmen das Schreiben des Landrats verbreitet haben. Würde man sie hiernach befragen, so würden sie sich jetzt nicht mehr an eine Handlung vor 3½ Jahren erinnern können, weil das ihrem Landrat unangenehm ist. Ja, wenn es sich um eine Maßregel gegen Socialdemokraten handelte, würden sie sich nach fünf Jahren noch jeder Einzelheit erinnern. Wie hier die Sache liegt, muß die Wahl kassiert werden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.):

Die große Mehrheit, mit der der Kommissionsantrag gefaßt ist, läßt schon darauf schließen, daß hier der Fall anders liegt wie bei der Wahl des Abg. Boltz. Dort handelt es sich um schwere Wahlbeeinflussungen, hier um eine vereinzelte Beschränkung der Oeffentlichkeit des Wahlverfahrens. Die bisherige Praxis des Reichstages geht aber dahin, aus solchen vereinzelten Beschränkungen nicht die Ungültigkeit einer Wahl herzuleiten, und ich sehe nicht ein, wenn wir in diesem Fall von unsrer Gewohnheit abweichen sollten. Ich stimme in diesem Fall mit dem Abg. Auer gegen die Abgg. Fischer und Singer.

Abg. **v. Brockhausen** (k.):

Abg. Fischer hat von den Gendarmen die Behauptung aufgestellt, daß sie „wohl wüßten, was ihres Amtes und ihres Eides ist". Sie sagten aus, wie es im Interesse des Landrates liege und zum Schaden der Socialdemokratie. Dieser Vorwurf gegen einen sehr geachteten Beamtenstand ist in keiner Weise gerechtfertigt. (Sehr gut! rechts.) Unsre preußische Gendarmerie steht so himmelhoch (Gelächter bei den Socialdemokraten.) über derartige Angriffe, daß derartige Angriffe nur mit Entrüstung vom ganzen preußischen Vaterland zurückgewiesen werden können.

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich möchte den Redner unterbrechen. So wie er das vorgetragen hat, hat es Abg. Fischer nicht gesagt; sonst hätte ich ihn unterbrochen. Ich hätte nicht geduldet, daß er dem Stand der Gendarmerie einen solchen Vorwurf gemacht hätte. Abg. Fischer hat nun davon gesprochen, daß das Gedächtnis nach 3½ Jahren schwächer geworden sei, und daran seine weiteren Bemerkungen geknüpft.

Abg. **v. Brockhausen** (fortfahrend): Wir werden für den Kommissionsantrag stimmen.

Abg. **Spahn** (C.): Eine amtliche Wahlbeeinflussung seitens des Landrats ist nicht nachgewiesen.

Abg. **Singer** (Soc.):

Ich wiederhole, daß es nicht nur darauf ankommen kann, ob eine unzulässige Wahlbeschränkung auf behördliche Anordnung erfolgt ist oder nicht. In diesem Falle aber ist die Einschränkung der Oeffentlichkeit der Wahlhandlung thatsächlich erfolgt auf Grund der Anordnungen des Landrats unter Mitwirkung von Beamten, von Gendarmen. Abg. Spahn wird doch nicht annehmen, daß ein Landrat solche Verfügungen schriftlich erläßt. Die Aussage des Landrats selbst läßt **gar keinen Zweifel** darüber, daß er **die Gendarme ausdrücklich dahin instruiert hat,** die Wahlvorsteher hätten niemand im Wahllokal zu dulden, der nicht legitimiert sei. Der behördliche Einfluß steht damit außer Zweifel. Herr Pachnicke hat vorhin für die Ungültigkeit der Wahl des Abg. Boltz gestimmt; jetzt freilich handelt es sich um einen Abgeordneten von den Bänken der freisinnigen Vereinigung...

Präsident Graf **Ballestrem** (unterbrechend): Herr Abg. Singer, Sie dürfen nicht einem Kollegen Motive unterschieben, die er selbst nicht angiebt.

Abg. **Singer** (fortfahrend): Abg. Auer stimmt nicht mit dem Abg. Pachnicke, sondern mit meiner Ueberzeugung überein. Auch bei unsrer Partei beschließen die Kommissionsmitglieder, wie wahrscheinlich bei allen andren Parteien, auf ihre eigne Verantwortung hin; es ist ganz deplaciert, aus einem solchen Vorschlag irgend welche Differenzen zwischen dem Abg. Auer und meiner Fraktion herbeiführen zu wollen.

Abg. **Fischer**-Berlin (Soc.):

In der Kommission hat bei der principiellen Entscheidung über Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahl Abg. Auer mit mir für

den Antrag der Minderheit gestimmt. In der letzten Sitzung war nun noch die Frage zu entscheiden, ob das Beweisergebnis ein negatives oder positives gewesen sei und diese rein formelle Entscheidung hat Auer im Sinne der übrigen Kommissionsmitglieder gefaßt.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird die Diskussion geschlossen und dem Kommissionsantrage entsprechend die Wahl des Abg. Dr. Hänel gegen die Stimmen der Socialdemokraten **für gültig** erklärt.

Die Wahl des Abg. **Steg** (natl., Graudenz) beantragt die Wahlprüfungskommission (Berichterstatter Abg. v. Czarlinski [Pole]) für ungültig zu erklären.

Abg. **Bassermann** (natl.):

Es handelt sich hier einzig darum, ob in einem einzelnen Fall in einem Bezirk der Wahlvorstand nicht vorschriftsmäßig besetzt war. Die Kommission hat dies als festgestellt erachtet und deshalb die Ungültigkeitserklärung beantragt. Ich halte es nicht für richtig, daß der Antrag auf weitere Beweiserhebung in der Kommission abgelehnt wurde. Es handelt sich um die Aussage eines einzigen Arbeiters, der zu einer Zeit nur zwei Herren am Wahlvorstandstisch gesehen haben will. Der Wahlvorsteher ist auch vernommen worden, erklärte aber, sich nicht mehr genau der Vorgänge zu erinnern, er leidet an Gedächtnisschwäche. Wir müssen aber verlangen, daß auch alle andern Herren vom Wahlvorstand vernommen werden, ob, solange sie im Wahllokal waren, nicht immer noch zwei andere Herren am Vorstandstisch anwesend waren. Auf die Aussage des einen Arbeiters kann die Wahl nicht für ungültig erklärt werden. Der Mann hat das Protokoll wegen Schreibunkunde nicht unterschreiben können und erinnert sich auch nicht mehr der Namen der vier Arbeiter, die mit ihm zusammen in dem betreffenden Moment das Wahllokal betreten haben. Ob der Arbeiter beeinflußt war, ist natürlich nicht festzustellen. Erst in neuester Zeit haben wir ja Versuche eines hervorragenden Kriminalisten gesehen, die festgestellt haben, daß selbst gebildete Leute ganz widersprechende Aussagen über dasselbe Ereignis, dem sie eben beigewohnt haben, machen. Ich bitte Sie also dringend, unserm Antrage auf weitere Erhebungen stattzugeben.

Abg. **Glebocki** (Pole):

Es gehört keine besondere Intelligenz dazu, um zu erkennen, ob zwei oder mehr Personen an einem Tische sitzen, dazu gehören nur zwei gesunde Augen, und die hat der betreffende Arbeiter gehabt. Es handelt sich also hier um einen groben Verstoß gegen die klaren Bestimmungen des Wahlreglements.

Abg. Dr. **Spahn** (C.):

Ich glaube nicht, daß es möglich ist, das Zeugnis des betreffenden Arbeiters aus der Welt zu schaffen. Vielleicht können wir die Sache wieder an die Kommission zurückverweisen, um das neue Material zu prüfen. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag als Antrag anzusehen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Spahn wird hierauf gegen die Stimmen der Polen angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Zweite Lesung des Etats des Reichstages, des Reichskanzlers und des Reichsamtes des Innern.)

Schluß 6 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die socialdemokratischen Gemeindevertreter Braunschweigs werden auf Grund eines Beschlusses des Landes-Parteitages durch den Landes-Vertrauensmann zu einer Konferenz geladen, die am 26. Januar in Seesen stattfinden soll.

Aus Industrie und Handel.

Lehren der Krise. Giebt es für die Verteidiger der kapitalistischen Produktionsweise Lehren der Krise? Fast sollte man es bezweifeln, sonst könnten sich nicht bei jedem neuen Zusammenbruch, der das moderne Wirtschaftsgetriebe erschüttert, dieselben Erscheinungen zeigen. Die Warnungen, die einsichtige Wirtschaftspolitiker vor Beginn der letzten Katastrophe erhoben, blieben unbeachtet; in dem Wahn, es gehe immer weiter in diesem Taumel der Gründungen und Spekulationen, setzte sich das Treiben fort, um schließlich mit der Vernichtung zahlreicher Existenzen zu enden. Dieser Prozeß wiederholt sich unausgesetzt. Die bürgerliche Gesellschaft hat nie daraus die Lehre gezogen, sie kann es nicht, schon weil das Heer der gedankenlosen Spekulanten sich nie mit theoretischen volkswirtschaftlichen Studien beschwert, und die übrigen, die sich im Fernblick bewährt haben, suchen möglichst ihren Vorteil zu sichern. Diese Rolle des Ueberlegenen spielt meist das Großkapital, ihm wird in einer Zeit der Auflösung und der Zusammenbrüche neue Stärkung zugeführt. Die Krisen kann die bürgerliche Gesellschaft nicht vermeiden, in dem Schwanken von Angebot und Nachfrage auf dem Warenmarkt, in der Unübersichtlichkeit des Konsums und der Produktion, der ungeregelten Warencirkulation liegt die Gefahr eines sprunghaften Auf- und Niederwallens der Wirtschaftskonjunktur. Politische Ereignisse, Einwirkungen der ausländischen Konkurrenz, Erschwerung des Handelsverkehrs können mit einem Schlage den Umschwung der Verhältnisse herbeiführen. Die Socialdemokratie will deshalb alle diese Einflüsse auf das Wirtschaftsgetriebe ablenken, die Produktion dem Bedarf anpassen, und das Wichtigste, die Aneignung des Profits in den Händen einiger aufheben. Nicht um des Profites willen soll produziert werden, sondern zum Vorteil und für den Gebrauch der Gesamtheit. Der Wechsel im Bedarf von Arbeitskräften soll nicht durch Entlassungen der Arbeiter, sondern durch Verminderung der Leistung des Einzelnen ausgeglichen werden. Das ist die Lehre, die aus dem heutigen Wirtschaftsgetriebe gezogen werden kann, für die nur die Socialdemokratie eintritt.

In der neuesten Nummer des „Bank-Archivs" beschäftigt sich Dr. Ernst Loeb mit der gleichen Frage, allerdings in der Begrenzung, welche Lehre soll der deutsche Kaufmann aus der letztjährigen Krise ziehen? Die Zusammenbrüche der Banken, die unsolide Grundlage vieler Aktiengesellschaften, die uns die letzte Krise wie jede ihrer Vorgängerinnen nur etwas krasser offenbarte, lassen die Frage berechtigt erscheinen. Bis zu einer gewissen Grenze wird es auch möglich sein, Vorkehrungen zu treffen, die einen Schutz gegen so unverschämt angelegte Betrügereien gewähren, wie sie der letzte Krach wieder zeitigte; aber ganz wird sich dem die kapitalistische Welt nicht entziehen können, waghalsige Spekulation gehört zu ihrem Lebenselement und von da bis zum Betrug ist nur ein kleiner Schritt.

Uns interessieren in dem, was Dr. Loeb über das Thema sagt, seine Vorschläge zu einer besseren Uebersicht der Bank-Abrechnungen, ein Vorschlag, der sehr zeitgemäß ist und folgendes enthält:

„Je weitere Fortschritte der Konzentrationsprozeß bei uns im Bankwesen macht, je mehr Depositen unsren Banken zuströmen, um so bedeutungsvoller wird für die Banken weitestgehende Liquidität gerade deshalb, weil bei uns reine Depositenbanken nach englischem Muster nicht bestehen. Die Ereignisse des vorigen Jahres haben gezeigt, daß es nicht ohne weiteres zulässig ist, die Effekten und Debitoren zu den sofort greifbaren Mitteln zu zählen: Die Banken, die einem plötzlichen Ansturm ausgesetzt waren, haben sich die erforderlichen Mittel im wesentlichen nur durch Weiterbegebung ihres Wechselbestandes an die Reichsbank verschaffen können. Von dem Effekten-Portefeuille wird man in der Regel nur die Bestände an deutschen und erstklassigen fremden Staatspapieren sofort und ohne nennenswerte Opfer flüssig machen können, und es dürfte sich daher im eigensten Interesse der Banken empfehlen, wenn sie — was bisher nur vereinzelt geschehen ist — in ihren Bilanzen eine Specifierung ihres Effektenbestandes nach dem Gesichtspunkt der sofortigen Realisierbarkeit allgemein vornehmen würden. Ueberhaupt dürfte es im eignen Interesse der Banken liegen, ihre Geschäftsberichte und Bilanzen so klar und vollständig zu veröffentlichen, daß die Allgemeinheit weder über die Liquidität der Bank, noch über die Verteilung des Risikos bei ihr im Zweifel sein kann."

Der Verfasser setzt dann weiter auseinander, wie gegenwärtig bei der Summierung unter Debitoren aussichtsvolle und aussichtslose wahllos zusammengezogen aufgeführt werden, wie es an einer Trennung des Effekten- und Konsortialkontos fehlt. Er verlangt die specialisierte Angabe der Effekten und stellt eine Einteilung von 9 Konten auf, die für die Bilanzen maßgebend sein sollten. Wir möchten hinzufügen, nicht nur die Banken, sondern auch die Aktiengesellschaften sollten in gleicher Weise von ihren Aktionären angehalten werden, solche ausführliche Bilanzen zu veröffentlichen. Manchen ungesunden Verhältnissen wäre man eher auf die Spur gekommen. Wir können nur den Wunsch aussprechen, daß die Banken schon bei ihrer nächsten Bilanz diesen Anforderungen entsprechen mögen.

Zum Verbot des Getreideterminhandels. Die „Zeitschrift für Socialwissenschaft" macht in der Besprechung über die Folge des Verbots des Terminhandels auf die letzte Versammlung der königlichen Statistischen Gesellschaft in London aufmerksam, wo eins der Mitglieder, Mr. Hooker, ein Gutachten über die Wirkung des Verbots des Terminhandels in Deutschland verlas. Der Referent führte darin aus, man könne mit Gewißheit behaupten, daß das Verbot des Terminhandels in Weizen an der Berliner Börse keinen Einfluß auf die Erhöhung des Weizenpreises ausüben könne. Wenn man die Weizen- und Roggenpreise zusammen betrachtet, so ergiebt sich, daß deren Preis in Berlin während des Verbotes des Terminhandels 1897 bis 1899 sich um 2⅝ d resp. 2 d niedriger stellte, als auf allen andren Welt-Getreidemärkten. Man könne also mit Bestimmtheit erklären, daß die deutschen Landwirte durch jenes Verbot und während der Dauer desselben nicht nur nichts am Preise gewonnen, sondern daß sie an 6 Millionen Lstrl. (120 Mill. M.) in den drei Jahren 1897 bis 1899 im Weizen- und Roggenpreise verloren haben. Hieran trug zweifellos jenes Verbot die Schuld daran, weil es einen regelmäßig organisierten Getreidemarkt in Deutschland unmöglich machte. Die Verkäufer kennen nicht genau die Lage des Marktes und die Preise auf den Weltmärkten, während jene Käufer, welche wieder zu verkaufen beabsichtigen, aus Unkenntnis der genauen Weltmarktpreise nur einen niedrigeren Preis bieten, um ihr Risiko möglichst zu verhindern.

Die Berliner Paketfahrt Aktiengesellschaft, die nach dem Verbot der Briefbeförderung ihr Unternehmen auflöste und die vorhandenen Einrichtungen und Grundstücke an die Kommanditgesellschaft Starke u. Co., ihrem ehemaligen Direktor übergehen ließ, bietet ihren Aktionären eine erhebliche Liquidationsrate. Wie berichtet wird soll die erste Rate 300 Proz. betragen.

Kleinhandel und Konsumvereine in der Schweiz. Vielleicht die schärfste Spannung zwischen Konsumverein und „Mittelstand" besteht in Basel, wo der Konsumverein mit seinen 20 000 Mitgliedern den Mittelstands-Politikern eine ungern gesehene Konkurrenz ist. Trotzdem hat der Konsumverein den Kleinhandel nicht zu verdrängen vermocht, das zeigt folgende, in Basel gemachte Zusammenstellung:

	Zahl der Specereihändler	Zahl der Einwohner	Es kommt 1 Specereihändler auf Einwohner
1877 . . .	115	ca. 60 000	522
1880 . . .	159	65 101	409
1890 . . .	181	79 000	437
1900 . . .	273	112 842	413

Danach hat sich seit 1880 die Zahl der Specereigeschäfte in ungefähr gleichem Verhältnis gehalten. Allerdings ist zu berücksichtigen, welche Existenz diese Geschäfte führen, ob sie nicht in ihrem Umsatz und Gewinn fortgesetzt heruntergegangen sind. Darüber giebt uns die Statistik keine Antwort.

Sociales.

Die sociale Unfruchtbarkeit der Berufsgenossenschaften.

Die Berufsgenossenschaften erweisen sich auf dem Gebiete der Unfallverhütung im höchsten Grade unfruchtbar. Die Thatsache ist nicht unbekannt; gestützt darauf, haben die Krankenkassen schon längst verlangt, daß ihnen das Recht der Betriebsüberwachung gewährt werde, um eine strengere Durchführung der Schutzvorschriften zur Verhütung von Unfällen zu erweisen. Man sollte meinen, die Berufsgenossenschaften hätten ein wesentliches Interesse daran, nach Kräften auf die Verhütung von Unfällen hin zu wirken, da sie ja die Unfallentschädigungen zu zahlen haben. Die Verminderung der Unfälle müßte doch auch zur Verminderung der angeblich so drückenden Lasten der Versicherung beitragen. Indes, das machen die Berufsgenossenschaften auf andre Weise; dazu haben sie die Vertrauensärzte. So ist es denn eine bekannte Erscheinung, daß bei steigender Unfallzahl und ziemlich konformer Entwicklung der Zahl der Todesfälle die Fälle dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit ständig zurückgehen und das ist zurückzuführen auf die eigentümliche Gestaltung, die der Begriff „dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit" unter der Wirksamkeit der Vertrauensärzte im Laufe der Jahre erfahren hat.

Dem Verlangen der Krankenkassen auf Zulassung zur Betriebsüberwachung widersetzen sich die Berufsgenossenschaften ganz energisch mit der Behauptung, daß dann die Betriebsunternehmer allzu sehr und von zu verschiedenen Leuten belästigt würden. Es mag sein, daß es kein angenehmer und auch kein wünschbarer Zustand wäre, wenn die Betriebsüberwachung von zu vielen Leuten ausgeführt würde. Es wäre vielleicht sogar nützlicher, wenn die Ueberwachung nur von einer Stelle ausgeführt würde. Aber gründlicher wie jetzt muß sie auf alle Fälle geführt werden. Die Berufsgenossenschaften versagen auf diesem Gebiete vollständig. Nach den amtlichen Mitteilungen für 1900 gaben die gewerblichen Berufsgenossenschaften für Betriebsüberwachung im ganzen 619 228 M. aus. Da 478 752 Betriebe zu überwachen waren, so wurde für jeden einzelnen Betrieb im Laufe eines ganzen Jahres nur die lächerliche geringe Summe von **1,30 M.** aufgewendet. Das beweist, daß nur ein ganz geringer Bruchteil der Betriebe im Laufe des Jahres gelegentlich einmal besucht wird. Durch die Berufsgenossenschaften werden also die Unternehmer wirklich nicht belästigt. Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften geben für Betriebsüberwachung überhaupt so gut wie nichts aus. Ganze **2935 M.** werden da nachgewiesen und die wurden ausgegeben von der anhaltischen und von der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen, die zusammen mehr als 48 000 Betriebe umfassen. Für die übrigen mehr als 5 Millionen Betriebe wurde überhaupt kein Pfennig zur Ueberwachung aufgewendet.

Auch die Ausgaben für Abwendung oder Abschwächung der Unfallfolgen sind lächerlich geringfügig. Es wurden zur Fürsorge für Verletzte innerhalb der ersten 13 Wochen (einschließlich der Prämien für Abwendung von Unfällen und für Rettung Verunglückter) von allen Berufsgenossenschaften 650 260 M. ausgegeben, auf einen gemeldeten Unfall durchschnittlich 1,56 M. Es sollen sogar noch die Kosten des Heilverfahrens hier erwähnt werden, die für entschädigungsberechtigte Unfälle aufgewendet wurden. Sie betrugen im ganzen 1 806 764 M., das sind höchstens circa 18 M. auf einen entschädigungsberechtigten Unfall.

Also auf dem Gebiete, das für die Arbeiter weit wertvoller ist, wie die endliche Unterstützung der armen Krüppel, nämlich dem der Verhütung von Unfällen und der Abwendung und Abschwächung der Unfallfolgen haben sich die Berufsgenossenschaften als durchaus unfruchtbar erwiesen; sie stellen nichts weiter dar, wie eine Organisation der Unternehmer zur gemeinschaftlichen Tragung des Unfallrisikos, die aber die ihr gegebene Macht, Partei und Richter in einer Person zu sein, dazu benutzt, dieses Risiko durch das einfache Mittel der Herabdrückung der Renten zu verringern. Eine Neuordnung des Versicherungswesens muß als eine wesentliche Forderung die der Beseitigung der Berufsgenossenschaften enthalten.

Aus den Nachweisungen über die Geschäftsergebnisse der Invalidenversicherung ist zu ersehen, daß von den Vorschriften des neuen Invalidenversicherungs-Gesetzes vom 13. Juli 1899 zu Gunsten der Versicherten erst in sehr geringem Umfange Gebrauch gemacht worden ist. So haben erst vier Versicherungsanstalten, nämlich Württemberg, Thüringen, Oldenburg und Braunschweig die nach § 25 des Gesetzes zulässige Invalidenhauspflege eingerichtet, wobei ein Aufwand von 15 060 M. entstand. Dabei hat aber Württemberg nur 27 M. und Oldenburg nur 298 M. aufgewendet, so daß eigentlich nur Braunschweig und Thüringen in Betracht kommen. Auch der § 45 des neuen Gesetzes, der gestattet, daß aus den Ueberschüssen des Sondervermögens der Anstalten außerordentliche Leistungen im wirtschaftlichen Interesse der Rentenempfänger, Versicherten und ihrer Angehörigen bestritten werden können, ist bisher nur in ganz minimaler Weise angewendet worden, da der Bundesrat, dessen Genehmigung hierzu erforderlich ist, vorläufig nur besondre Unterstützungen von Angehörigen der in Heilbehandlung befindlichen Versicherten genehmigt hat. Es wurden auf Grund dieser Bestimmung nur 70 469 M. aufgewendet, wovon die reichliche Hälfte auf die Versicherungsanstalt Berlin entfällt.

Rentenstellen, deren Einrichtung auf Verlangen der Unternehmer dem Ermessen der Versicherungsanstalten überlassen worden ist, anstatt sie bindend vorzuschreiben, sind, wie vorauszusehen war, noch nirgends eingerichtet worden. Ihre Geschäfte werden daher allenthalben von den unteren Verwaltungsbehörden wahrgenommen, für welche insgesamt 10 727 Beisitzer gewählt wurden.

Für das vorbeugende Heilverfahren, das durch das neue Gesetz auch neu geregelt worden ist, wurden von den Versicherungsanstalten 5 207 249 M. und von den zugelassenen Kasseneinrichtungen, über die diesmal ausführlicher berichtet wird, 871 004 M. aufgewendet.

Die Zahlungen an Renten betrugen im Jahre 1900 rund 80½ Millionen Mark, wovon 30¾ Mill. M. Reichszuschuß waren. Die Einnahmen der Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen aus Beiträgen betrugen 128 770 416 M., die sich auf 559 278 672 Beiträge verteilen. Das Vermögen aller Versicherungsträger belief sich ohne den Wert des Inventars auf 845¾ Millionen Mark.

Lohnänderungen im Jahre 1901. Das Ende des Jahres 1900 war auch der Abschluß der Prosperität, die von 1896 bis 1900 gedauert hatte. In diesen fünf Jahren zeigten die Löhne in England eine steigende Tendenz. Im Jahre 1900 hatten die Löhne von 1 135 786 arbeitenden Personen um 3 Schilling 8 Pence (circa 3,70 M.) die Woche zugenommen; dagegen im Berichtsjahre um 1 Schilling 9 Pence (ca. 1,75 M.) abgenommen. Besonders empfindlich war der Lohnrückgang im Bergbau — 6 Schilling 7 Pence die Woche — und in der Metallindustrie — 5 Schilling 9 Pence. Es ist ferner interessant zu verzeichnen, daß diese Lohnänderungen sich bei 98,5 Proz. der Arbeiter auf friedlichem Wege vollzogen.

Industrielle Konflikte in England im Jahre 1901. Nach einem vorläufigen Bericht der „Labour Gazette" sind im Berichtsjahre 624 industrielle Konflikte (Streiks und Aussperrungen) vorgekommen, die 175 165 arbeitende Personen betrafen und zu einem Ausfall von 3 930 841 Arbeitstagen führten. Die Zahl der Kämpfe und der beteiligten Personen ist die kleinste seit 1893. Der Ausgang dieser Kämpfe war folgender: 27,1 Proz. der beteiligten Arbeiter waren erfolgreich; 32,6 Proz. erfolglos; 36,2 Proz. endigten den Kampf durch Kompromiß; 4,1 Proz. unbestimmt oder unerledigt. Im Vorjahre waren diese Zahlen 30,1; 24,8; 41,7; 3,4 Proz.

Bezüglich der Verbreitung der Tuberkulose ist im Züricher pathologischen Institut von Professor Nägeli nach 500 verschiedenen Sektionen konstatiert worden, daß 97 Proz. aller Erwachsenen irgend welche frühere tuberkulöse Veränderungen zeigen. Es ist diese Feststellung ein Beweis dafür, daß die meisten Menschen den Kampf gegen die Ansteckung durch Tuberkelbazillen siegreich durchführen, was vor allem durch Stärkung der ganzen Konstitution zu geschehen hat.

Aus der Frauenbewegung.

Findelhäuser?

Man schreibt uns: Wie ein Märchen aus alten Zeiten mutet es uns an, wenn ein vielgelesenes Blatt die Frage zur Diskussion stellt, ob man wieder Findelhäuser errichten solle. Daß die Frage überhaupt gestellt werden konnte, zeigt gleichsam in elektrischer Beleuchtung, welche Geister alter Tage auch heute noch umgehen, welche Dämmerung noch unsre Zeit im Banne hält. Zur Zeit der Gründung jener Anstalten hatten sie ihre guten und wohlerwogenen Ursachen. Damals häufte man auf das Haupt der unehelichen Mutter mehr Schande und Spott als ein unglückliches schwaches Mädchen ertragen kann. Ihr Kind selbst gehörte schon durch seine Geburt zu den unehrlichen Leuten, sein Leben erschien bestenfalls eine Kette von Widerwärtigkeiten. Auf Mutter und Kind lastete mit bleierner Schwere die unbarmherzige doppelte Härte der Kirche und des Staates. Kein Wunder daher, daß auch die grausamsten Strafen den Kindesmord nicht hindern konnten, daß er in erschreckender Weise zunahm. Um das menschliche Leben zu schonen, fand man das ungesetzliche Hinterpförtchen einer heimlichen, vom Gesetz doch geschützten Kindesaussetzung. Nicht nur die armen Kinder des Volkes, auch reiche und vornehme Mädchen, die der Verführung erlegen, befreiten sich in dieser straflosen und sicheren Weise von den Folgen ungesetzlicher Liebe.

Unsre Zeit hat andre Begriffe von Moral, andre von Pflicht und Ehre als die früheren Jahrhunderte. Wenn sich auch noch vielerlei überlebtes Stückwerk alter Anschauungen breit macht, so hieße es doch der Civilisation einen schlechten Dienst erweisen, wollte man aus zarter Rücksicht jene Ueberbleibsel schonen, statt sie zu bekämpfen, wo man sie antrifft. Einen Prüfstein für neue oder alte Auffassung bietet die Stellung der Frau. Seit man sie nicht mehr ausschließlich als Geschlechtswesen betrachtet, mußte man auch aufhören, ihr Leben, ihre Ehre einzig nach ihrem Verhältnis zum Manne zu beurteilen. Man spricht seitdem offen aus, was freilich den Verständigen nie ein Geheimnis war, daß die Frau durch das uneheliche Verhältnis, durch das vaterlose Kind, nur deshalb ehrlos ist, weil von allen Seiten die Hetzjagd auf sie eröffnet wird. Man weiß, daß unter Umständen die uneheliche Mutter genau so ehrenwert ist, wie die verheiratete Frau; zuweilen sogar noch weit mehr, wenn sie ihr Kind und sich durch ihrer Hände oder ihres Kopfes Arbeit ehrlich durchbringt. Deshalb gilt es auch heute nicht mehr, der Mutter durch Vertuschen ihres „Fehltritts", durch Verstecken und Verleugnen ihres Kindes zu helfen. Wir sehen es als Aufgabe unsrer Zeit an, das schwache und mutlose Weib zu stärken, indem man ihr Ehrgefühl in die richtige Bahn lenkt, ihr Selbstbewußtsein hebt, die Ueberzeugung in ihr festigt, daß ihr uneheliches Kind keine Schande für sie ist, wenn sie es versteht, ihre Menschenwürde trotzdem zu bewahren. Daß den Armen und Hilflosen dabei die rettende Hand liebender Mitmenschen unerläßlich ist, versteht sich von selbst. So lange unsre heutige Gesellschaftsordnung ihre krassen Gegensätze entfalten darf, sind die Aermsten und Wehrlosesten immer auf die allgemeine Hilfe angewiesen. Ehe sich die Ueberzeugung durchringt, daß diese Hilfe nur dürftige, notwendige Pflichterfüllung seitens der glücklichen besitzenden Minderheit ist, — ehe es der angestrengten Arbeit seitens der Vorkämpfer des Volkes gelingt, diese Ueberzeugung so zu befestigen, daß nie mehr daran gerüttelt werden kann, — ehe das Pflichtbewußtsein der Besitzenden so weit erstarkt ist, mußte auch für die uneheliche Mutter bahnbrechend und wegzeigend die werkthätige Hilfe einzelner in die Bresche treten.

In Berlin geschah dies mit Gründung der „Heimstätte" (Drontheimerstr. 19), welche ein erweitertes und vollkommeneres Wöchnerinnenheim darstellt. In der Schwangerschaft aufgenommen, bleibt die Mutter nach der Entbindung längere Zeit mit ihrem Kinde in der Anstalt, nährt es, pflegt es unter beständiger Aufsicht des Arztes und kann das Kind, wenn sie wieder ihrem Erwerb draußen nachgeht, bis zum vollendeten 1. Jahr in der Anstaltspflege belassen. Von keiner Seite trifft sie ein Vorwurf, hört sie ein Wort der Verachtung

oder Geringschätzung. Während die unglücklichen jungen Wesen — zuweilen sind es 16jährige Kinder, welche Mutter werden — sich selbst überlassen, nur zu leicht in dem Sumpf versinken, in den sie die allgemeine Nichtachtung, das bittere Elend, dem sie preisgegeben, mitleidslos hineinstoßen, finden sie hier einen Halt, eine Gelegenheit, sich aufzurichten und die notwendige Selbstachtung wiederzufinden. Eine Kundenwäscherei giebt den Einwohnerinnen der Heimstätte Gelegenheit zur nützlichen Thätigkeit, der Anstalt zur Deckung eines Teils der Kosten. Auch haben die Pfleglinge Krankengeld und Kostgeld zu zahlen, sobald sie durch ihren Erwerb dazu in stand gesetzt sind. Das giebt dem Ganzen mehr den Charakter einer Wohlfahrts-, als einer Wohlthätigkeits-Einrichtung.

Aber freilich kann sich eine solche Anstalt mit der sorgfältigen Kinderpflege, die zu den notwendigen Grundsätzen gehört, nicht selbst erhalten. Viel zu klein ist sie für die heranddrängende Not. Mit schwerem Herzen muß die Oberin eine nur zu große Anzahl von Unglücklichen abweisen, für die sich kein Winkelchen mehr findet, in dem sie untergebracht werden könnten. Statt reiche Gönner in Menge zu finden, erhält sich die Heimstätte mit ihrem wahrhaft trefflichen, echt socialen Grundsatz nur mit Mühe durch die Arbeit und Unterstützung einiger opferfreudiger, einsichtsvoller Frauen. Alle Mängel, die ihr anhaften, sind Folgen des Mangels an Mitteln, welche die grundlegenden Gedanken nicht ganz zur Durchführung gelangen lassen. Aehnliche Anstalten in genügender Größe und Anzahl würden den Kindesmord mit weit größerer Sicherheit aus der Welt schaffen als Zuchthausstrafen. Stadt und Staat seien auf diesen Akt der Fürsorge hingewiesen. Nicht Findelhäuser, sondern Heimstätten.

Vereinskalender.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Zweiter Vorsitzender A. Hübner, Wilhelmstraße 134. Erster Kassierer: Seifrit, Fidicinstraße 16. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Lausitzerstr. 53. **Mittwoch.** Uebungsstunde abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — „Liedesfreiheit I", Wilke, Andreasstraße 26. — „Norddeutsche Schleife", Lippke, Meschiorstr. 15. — „Liederlust I" (1865), Wollschläger, Adalbertstr. 21. — „Deutsche Eiche I", Zimmermann, Grünerweg 29. — „Allegro", Weyel, Wrangelstr. 136. — „Gleichheit", Namlow, Schönhauser Allee 135. — „Schneeglöckchen I", Rixdorf, Köpke, Hermann- und Karlsgartenstraßen-Ecke. — „Hoffnung I", Brandenburg a. H., Wusthenow, Wredowstr. 17. — „Britz" in Britz, Parkentien, Bürgerstr. 4. — „Maiengruß", Charlottenburg, Bartsch, Seesenheimerstr. 11. — „Heimatklänge", Köpenick, Meyer, Rosenstr. 101. — „Wacht auf I", Jungmann, Weißenburgerstr. 47. — „Vorwärts X", Nauen, Schatz, Marktstr. 16. — „Treu und Fest", Kinast, Zorndorferstr. 9. — „Zaget nicht", Steglitz, Kramer, Marksteinstr. 1. — „Liederlust II", Ohm, Turmstr. 69. — „Weckruf", Bauer, Rosenthalerstr. 57. — „Unterdten", Blümel, Putbuserstr. 22. — „Linde I", Neimann, Wollinerstr. 44. — „Friedrichshagener Sängerchor", Friedrichshagen, Conrad, Friedrichstr. 158. — „Frisch auf II", Bornim i. M., Krüger, Parkstr. 5. — „Treherscher Gesangverein", Schumann, Tilsiterstr. 85. — „Freundschaft", Hoppe, Stralauer Platz 10/11. — „Zimmerer", Friedrichsberg, Lipfer, Frankfurter Allee 181. — „Melodia II", Krana, Dunckerstr. 8. — „Fortschritt", Fürstenhof, Köpnickerstr. 137/138. — „Freie Sänger", Rixdorf, Cromer, Hermannstr. 199. — „Geselligkeit", Charlottenburg, Berncke, Bismarckstr. 34. — „Dornrose", Kaulfeld, Markusstraße 47. — „Hoffnung II", Spandau, Radke, Neumeisterstraße 5. — „Sattler", Herzog, Marsilius-str. 8. — „Rote Rose", Brinkmann, Prinzen-Allee 21. — „Süd-West", Flick, Simeonstr. 23. — „Klub Sangestreue", Brandenburg a. H., Centralherberge, Wollenweberstraße 3. — „Rote Nelke I", Schöneberg, Krüger, Grunewaldstr. 110. — „Lied hoch", Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. — „Gewerkschaft der Maler", Lipschütz, Brückenstr. 2. — „Kottbuser Harmonie", Möhring, Admiralstr. 18 e. — „Keramik", Charlottenburg, Prestel, Osnabrückerstr. 1. — „Vorwärts VII", Rummelsburg, Beutling, Kant- und Goethestraßen-Ecke. — „Vorwärts III", Friedrichsfelde, Fritz Haberland, Wilhelmstr. 38. — „Iris", Balzer, Grünauerstr. 14. — „Sängerkranz", Gieske, Schillingstr. 36. — „Wach auf!" Frz. Buchholz, Rest. Kähne. — „Liedeslust III", Butsche, Krautstr. 36. — „Unverzagt", Salzwedelerstr. 16. — „Melodia I", Steinmetzstr. 113. — „Karlshorst", Karlshorst, Waldschänke am Bahnhof. — „Maiblume", Luckenwalde, Gelau, Friedrichstraße.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Liebetrau, Putbuserstraße 44, IV. **Mittwoch:** „Arkona", Armer Konrad, Reichenbergerstr. 16. — „Waldesgrün", Kunze, Forsterstr. 36. — „Frei Weg", Schöneberg, Hoppe, Merseburgerstr. 7. — „Fidele Raucher", Rixdorf, Spickermann, Hobrechtstr. 14. — „Intelligenz", Liebisch, Manteuffelstr. 66. — „Fidele Brüder", Friedrichsfelde, Löpke, Luisenstr. 20. — „Frohsinns-Heimat", Schöpler, Stromstr. 28. — „Deutscher Michel", Pankow, Kaiser Friedrichstr. 12, Klingenberg. — „Die Dampfenden", Schick, Manteuffelstr. 74. — „Fliederduft I", Prefel, Zorndorferstr. 36. — „Kein Ton", Freese, Kastanien-Allee 11. — „Kornblume", Nitschke, Gneisenaustr. 56. — „Alter Stamm", Franke, Gräfestr. 41. — „Lebensblüte", Ebeling, Grüner Weg 120. — „Rote Nelke", Neu-Weißensee, Ulmus, Sedanstr. 35 d. — „Ohne Furcht", Schmidt, Wienerstr. 44. — „Einfach", Link, Wrangelstr. 86. — „Kolumbus S.-O.", Gatda, Oppelnerstraße 19. — „Veilchenduft", Hundt, Hussitenstraße 24. — „Herzogel nie", Schöneberg, Kalde, Sedanstr. 76. — „Pfeifendeckel", Fruchtstr. 69. — „Bulgarien", Kowsky, Koppenstr. 56. — „Zufriedenheit", Schulz, Rixdorf, Prinz Handjery- und Falkstraßen-Ecke. — „Lange Pfeife", Friedrichsberg, Schilling, Mainzerstraße 5. — „Fidelitas", Conrad, Zorndorferstr. 6. — „Rosenblüte", Weidenweg 78. — „Quakmbrüder", Rummelsburg, Müller, Türrschmidtstr. 37. — „Gemütlichkeit II SO.", Kurth, Wrangelstr. 104. — „Weichselblatt", Frankfurter Allee 176. — „Gemütlichkeit II", Gratzig, Wrangelstr. 22. — „Morgenrot", Kosmell, Friedenstraße 52. — „Consequent", Seifert, Cuvrystraße 2. — „Sieben roocht", Adlershof, Wwe. Kuhle, Kronprinzenstraße. — „Glühlicht II", Marstr. 13. — „Frohe Stunde", Kersten, Elbingerstr. 15. — „Lustig", Barthels, Brunnenstr. 11. — „Phönix", Schöneberg, Hauptstr. 97. — „Siedlaff", Fourmond, Neu-Weißensee, Sedanstr. 18. — „Sumatra", Richter, Lüddenerstraße 11. — „Blauer Ring", Springer, Charlottenburg, Schillerstraße 38/39. — „Rote Rose", Krüger, Skalitzerstr. 22. — „Palmeria", Hussitenstr. 17. — „Aroma", Reinickendorf, Gesellschaftstr. 20. — „Pankow", Pankow, Kaiser Friedrichstraße. — „Blauer Ring", Charlottenburg, Schillerstraße 38/39. — „Bruderbund", Lausitzer Platz 10.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Mittwoch: Theaterverein „Tell", Zorndorferstr. 57. — Dramatische Vereinigung „Zukunft", Königsfölle, Eing. Wadzeckstraße. — „Verein der Aquarienfreunde", Pückler- und Muskauerstraßen-Ecke.

Arbeiter-Turnerbund. Mittwoch und **Sonnabend:** Turnverein „Fichte", Berlin, abds. von 8—10 Uhr: 1. Männer-Abt. Friedenstr. 37. 3. Männer-Abt. Böckhstraße 17/20. 7. Männer-Abt. Reichenbergerstraße 131/132. 8. Männer-Abt. Höchstestr. 36/37. 2. Lehrlings-Abt. Skalitzerstr. 55/56. 4. Lehrlings-Abt. Siemensstr. 20 (Moabit). 5. Lehrlings-Abt. Ackerstr. 67.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen sind zu richten an E. Bratke, Pankstr. 21. **Mittwoch:** „Nord", Uebungsstunde abends 7½ Uhr im Admiralsgartenbad, Friedrichstraße. — „Welle", städtische Badeanstalt, Schillingsbrücke. — „Germania", am ersten Mittwoch im Monat Versammlung bei Scheer, Köpenick, Wilhelmsgarten.

Lese- und Diskutierklubs. Mittwoch. Socialistenklub „Vorwärts", Christiania, Olaf Kyes Plads Nr. 8, Café Keiser. Jeden Mittwoch: Diskussion.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen den Bund betreffend sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW., Waldstr. 8. **Mittwoch:** Arb.-Radf.-V. „Vorwärts" Berlin, jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. Fischer, Waldstr. 8. — Radf.-Verein „Courier 1900" Berlin, jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. bei Grund, Rheinsbergerstr. 39. — Arb.-Radf.-Verein „Vorwärts", Köpenick, jeden Mittwoch nach dem 8. und 22., Stippekohl, Schänerlindestr. 5. — Arb.-Radf.-Verein „Vorwärts", Deutsch-Wilmersdorf, jeden Mittwoch vor dem 1. und 15., Witte (Volksgarten.) — „Hermsdorf i. M.", jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, im Wirtshaus „Soolquelle", Berlinerstr. 89. — „Vorwärts", Alt-Glienicke, jeden Mittwoch nach dem 1. bei Sak. — „Frohes Ziel", Wildenbruch-Rosenthal, tagt jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. bei Apelt, Kronprinzenstraße. — „Blitz", Rudow, alle 14 Tage am Mittwoch bei Krüger, Bendastr. 71.

Central-Raucherbund. Zuschriften sind an Kleist, Rixdorf, Julinstraße 26, zu richten. **Mittwoch:** „Vorwärts", Rixdorf, Lessing- u. Prinz Handjerystraßen Ecke. — „Gemütlichkeit", Rixdorf, Lessingstr. 17. — „Fidele Raucher", Rixdorf, Hermannstr. 34. — „Gemütlichkeit", Schöneberg, Grunewaldstraße 117. — „Helgoland", Steglitz, Marksteinstr. 1. — „Edelweiß", Friedenau, Rheinstr. 1. — „Blaue Wolke", Wilmersdorf, Pfalzburgerstr. 66. — „Abfall", Wilmersdorf, Uhland- und Güntzelstraßen-Ecke. — „Teutonia", Nowawes, Wilhelmstr. 24. — „Transvaal", Schöneberg, Sedanstraße 60. — „Süße Liebe", Friedenau, Kaiser-Allee 85.

Centralverband der Konditoren und verw. Berufsgenossen. Heute Mittwoch, den 22. Januar, abends 8½ Uhr, bei Bauer, Rosenthalerstraße 57: Generalversammlung. Tagesordnung: Beschlußfassung über Erhebung einer Extrasteuer. Jahresbericht des Vorstandes. Neuwahl des Gesamtvorstandes. Wahl eines Delegierten zum Verbandstag. — Zutritt haben nur Mitglieder. Mitgliedsbuch legitimiert. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller notwendig.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementsquittung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

Bildstock bei Saarbrücken. Ihr preußischer Thalerschuldenschein ist wertlos.

F. W. Vielleicht wenden Sie sich an den Konsumverein Berlin-Rixdorf, Rixdorf, Flemingstr. 31.

Weinberger. 1. Inländische Staatspapiere kann man als sichere Kapitalsanlage betrachten. 2. Nein, da es für sie nur ein geringes Interesse hätte, diese Einlagen zu erfahren. 3. Zinsen sind ohne Ausnahme steuerpflichtiges Einkommen. 4. Wir empfehlen Ihnen: Der Verkehr in Wertpapieren von Georg Bernhardt.

K. Velbert. Wir empfehlen, den Prozeß zurückzuziehen. Die Sache ist ganz aussichtslos.

Tr. 300. Wenden sich direkt an den Magistrat. — **M. Schr.** Ja.

— **Frieda 24.** Für Miete einbehaltene Gegenstände sind aufzubewahren. Sie können dieselben durch einen Gerichtsvollzieher auch nach ausgeklagter Mietsschuld oder nach Mahnung öffentlich verkaufen lassen. Mit Rücksicht auf die Kosten und Umstände ist eine Vereinbarung vorzuziehen, die Gegenstände nach Ablauf einer bestimmten Zeit kaufen oder verkaufen zu dürfen. — **Tagator.** Wegen Betruges wird mit Strafe bedroht: wer in der Absicht sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines andren dadurch beschädigt, daß er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Thatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält. Die von Ihnen angedeutete Handlung kann demnach eine betrügerische sein. — **H. S. 21. 1902 Miersch, O. J. 02:** Nein. — **Unwissend.** Der Vertrag ist leider gültig. — **M. T. 100.** 1. Hat die Ehefrau den Mietsvertrag nicht mitunterschrieben, so haftet sie und haften ihre Sachen nicht für die Mietsschuld. 2. Falls das Testament nicht das Gegenteil besagt, ist die Differenz nicht zu zahlen. — **101.** 1. Ja. 2. Ja: die Höhe der Abfindung unterliegt freier Vereinbarung. — **U., Rummelsburg.** Sie sind im Irrtum. Haben Sie in keiner der Gemeinden seit einem Jahre einen Wohnsitz, so sind Sie nicht wahlberechtigt. — **Erfurt 50.** 1. Ehebruch ist nur dann strafbar, wenn wegen derselben die Ehe getrennt ist und der schuldlose Ehegatte Bestrafung beantragt. Die Strafe beträgt zwischen einem Tag und einem halben Jahr Gefängnis. 2. Meineid ist mit Zuchthausstrafe bedroht. 3. Nein. — **P. S. 37.** Sie können (beim Amtsgericht) auf Einräumung des Ladens und Unterlassung künftiger Besitzstörung klagen. — **W. M.** Nicht möglich. — **F. K.** Der Pfandleiher befindet sich leider im Recht. Nachdem das Pfand verfallen war, war er nach dem Pfandleihgesetz berechtigt, es zu verkaufen, falls sie es nicht prolongierten. — **A. S. 11.** 1 und 2. Die Beleidigungsklage ist nach fruchtlosem Sühneversuch schriftlich oder zu Protokoll beim Amtsgericht einzureichen. Ein Beispiel finden Sie S. 440 des Arbeiterrechts. 3. Für Beleidigungsklagen werden wie für jede Klage, falls nicht das Armenrecht bewilligt ist, Gebühren erhoben. — **B.** Nein. — **H. M. C.** 1. Das bedeutet, daß jeder Zeit der Arbeitgeber und der Arbeiter ohne Einhaltung einer Frist das Arbeitsverhältnis auflösen können. 2. Leider ist eine Vertagung zulässig; anders läge es, wenn im Beratungszimmer schon abgestimmt war oder die Beisitzer der Vertagung nicht zustimmten. — **Streit O.** Wenden Sie sich mit dem Anliegen um Auskunft an das Auswärtige Amt. — **A. Rast.** 1. Alexandrinenstr. 26. 2. und 3. Etwa vom 17. ab. — **K. M. Fehrbellinerstr.** 1. u. 2. Wenden Sie sich direkt an die Heilsarmee, Blücherplatz 1. 3. Falls Sie mit dem Aussehen einverstanden waren, können Sie nachträglich nicht Bezahlung verlangen, sonst ja. — **B. S. S.** Die Forderung ist voll zu bezahlen, weil die Verjährung durch den Zahlungsbefehl rechtzeitig unterbrochen ist. — **K. K.** Die gewünschte Auskunft über Privatverhältnisse zu erteilen lehnen wir ab. — **G. Schd., B. 100.** Ja. — **Wilhelm H.** Ist der Mietsvertrag nach dem 31. Dezember 1899 geschlossen, so haftet die Ehefrau und die von ihr eingebrachten Sachen für die Miete nur dann, wenn sie den Vertrag mitunterschrieben hat. — **E. R.** Die Herausgabe eines nach dem 31. Dezember 1899 geborenen außerehelichen Kindes kann der Vater nicht verlangen. Ob er das Recht gegenüber vor dem 1. Januar 1900 geborenen unehelichen Kindern von deren zurückgelegten vierten Lebensjahre ab hat, ist streitig. — **B. 86.** Wenden Sie sich an die Magistratsabteilung, Breitestr. 24, mit dem Antrage, Nachkleben zu veranlassen. — **A. D. 20. B. B.** Nein. — **H. K., Königs-Wusterhausen.** Ist ganz aussichtslos

Marktpreise von Berlin am 20. Januar 1902

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

†Weizen, gut	D.-Ctr.	17,40	17,36	Kartoffeln, neue, D.-Ctr.	6,—	4,—
„ mittel	„	17,32	17,28	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	17,24	17,20	do. Bauch „	1,40	1,—
†Roggen, gut	„	14,50	14,48	Schweinefleisch „	1,70	1,30
„ mittel	„	14,46	14,44	Kalbfleisch „	1,80	1,—
„ gering	„	14,42	14,40	Hammelfleisch „	1,60	1,—
*Gerste, gut	„	14,50	14,—	Butter „	2,60	2,—
„ mittel	„	13,90	13,40	Eier 60 Stück	5,40	2,80
„ gering	„	13,30	12,80	Karpfen 1 kg	2,20	1,20
*Hafer, gut	„	17,20	16,70	Aale „	2,80	1,40
„ mittel	„	16,60	16,10	Zander „	2,60	1,20
„ gering	„	16,—	15,50	Hechte „	2,40	1,20
Richtstroh	„	6,82	7,—	Barsche „	1,80	0,80
Heu	„	8,20	6,—	Schleie „	3,00	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie „	1,40	0,80
Speisebohnen	„	50,—	25,—	Krebse per Schock	15,—	3,—
Linsen	„	60,—	20,—			

† ab Bahn.
* frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 20. Januar. Am heutigen Getreidemarkt herrschte Stimmung. Roggen blieb bei einiger Frage, der nur knappe und im Preise nicht rentable Warenofferten gegenüber standen, recht fest und setzte ¾ M. höher ein. Dagegen stand der Weizenmarkt unter dem Drucke einer starken Preisverflauung an den amerikanischen Börsen und schwächeren Meldungen aus Oesterreich-Ungarn. Trotzdem wurde ein erheblicher Preissturz an dem hiesigen Markte verhindert, da auch in Weizen das Angebot spärlich und teuer ist. Maillieferungen gaben ½ bis ¾ M. nach. Mehl war gut behauptet. Späterhin gab Roggen gleichfalls nach und schloß ungefähr wie gestern. Am Futtermarkt wird über schleppenden Geschäftsgang geklagt, namentlich für Hafer, der seine Preise kaum veränderte, während Mais schwächer war. Rüböl unverändert.

Spiritus 70er loco 32,20 M.

Socialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag, den 15. d. M. unser Genosse, der Schneider

Leonhard Pfeiffer

nach kurzem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. d. Mts., nachmittags ½3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs der Freireligiösen Gemeinde von Berlin aus statt. 15/2

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Einsetzer (Tischler).

Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein Mann, der Einsetzer

Julius Benada

am 20. d. M. im Alter von 82 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt. 39b

Um rege Teilnahme bittet

Witwe Benada nebst Kindern.

Sonntag, den 19. Januar, abends 10 Uhr, verschied nach längerem Leiden unser guter Vater, der Schneidermeister

Leonhard Pfeiffer

im 53. Lebensjahr. 26b

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Töchter

Hedwig und **Else Pfeiffer,**

Berlin W., Lutherstr. 30.

Die Beerdigung findet am 23. Januar, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofs in der Pappel-Allee aus statt.

Danksagung. 33b

Für die innige Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben, guten Tochter

Margarete Künzel

sagen wir allen Kolleginnen, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangverein Berliner Kürschner für sein Erscheinen unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Roh-Tabak.

Die Restbestände der Liquidation sollen einzeln billig verkauft werden.

Lindenstädt, Kaiserstraße 39/40. *

Rabatt-Sparverein „Süd-Ost",

Vereinsbureau: Kottbuser Ufer 44a.

Mittwoch, den 22. Januar 1902, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im **Konzerthaus „Sanssouci", Kottbuserstraße 4a.**

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Rechnungslegung. 3. Bericht der Revisoren. 4. Decharge. 5. Ergänzungswahlen des Vorstandes und der Revisoren. 6. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. [105/3] **Der Vorstand.**

Achtung! MALER. Achtung!

Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

Neuwahl für die ausscheidenden Mitglieder des Gehilfen-Ausschusses gemäß § 41 des Innungsstatuts.

Der Innungs-Vorstand: F. Schnare, Obermeister, Grüner Weg 38. **Der Gehilfen-Ausschuss:** M. Märtens, Altgehilfe, Stephanstraße 61.

Abends 9 Uhr:

Versammlung sämtlicher im Malergewerbe beschäftigten Personen.

Tages-Ordnung:

Wahl der Gehilfen-Beisitzer zum Innungs-Schiedsgericht und Stellvertreter für das Jahr 1902 § 2 Abs. 4 des Innungsstatuts und §§ 3 und 4 des Nebenstatuts des Innungs-Ausschusses. [124/2

Der Gehilfen-Ausschuss: M. Märtens, Altgehilfe, Stephanstraße 61.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters, des Schlossers 32b

Reinhold John

sage ich allen, insbesondere den Herren Kollegen, meinen herzlichsten Dank.

Die trauernde Witwe

Bertha John nebst Kind.

Krankenkasse der Hutmacher-Gesellen zu Berlin.

(E. H. Nr. 67.)

Sonntag, den 26. Januar 1902, vormittags 11 Uhr, bei Feindt, Weinstraße 11:

General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstandes, der Revisoren und Kranken-Controleure. 3. Verschiedenes. 18b

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. **Der Vorstand.**

Kranken- u. Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Berlin

(Eingeschr. Hilfskasse Nr. [115] 132). Sonntag, den 26. Januar 1902, vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn **Krüger,** Grunewaldstr. 110:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jährlicher Kassenbericht.
2. Bericht des Vorstandes. 285/10*
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig. **Der Vorstand.**

Gänsefedern

mit allen Daunen, ungerissen 1,80 bis 1,50, gerissen 2,00—3,50. [31439*

Paul Paegelow, (Oderbruch). **Wriezen**

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Männerleiden" Mittwoch, den 22. Januar, abends 8½ Uhr, in den Insel-Festsälen, Inselstraße 10, I. [28b

Nur für Herren! Eintritt frei!

Teilzahlung

monatlich 10 M. liefert elegante

Herren-Garderobe

nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Fert. Garderobe stets vorrätig.

Tomporowski, Schneidermeister, Neanderstr. 16. II.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 59.

Specialarzt für 3/18*

Haut- und Harnleiden.

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Versammlung der Drahtarbeiter

(Schlosser, Nadler, Geflechtspinner und Hilfsarbeiter)

Mittwoch, den 22. Januar, abends 7½ Uhr.

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Scheffler.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 110/14

Mittwoch, 22. d. M., abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Konferenz der Vertrauensleute für den Süden.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen **Link** über: „Das Unfallversicherungs-Gesetz".

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8½ Uhr, bei Bartel, Große Frankfurterstraße 18:

Konferenz der Vertrauensleute für den Osten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Wo amüsiert man sich grossartig?

In Schnegelsbergs Festsälen

Inhaber: **Max Schindler**

Hasenheide 21 und **Jahnstrasse 8.**

Heute: **Grosser Ball**

verbunden mit Cigarren-, Bonbon-Regen und diversen Ueberraschungen.

Entree: **Mittwochs frei, Sonntags 15 Pf.**

Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

23259* **Max Schindler.**

Achtung! Achtung!

Billigst! Preßkohlen-Verkauf. Billigst!

Verkaufe ab Kahn, Michaelkirchbrücke, beste **Zeutenberger Preßkohlen, Marke Marie „B. K.", allergrößtes Format,** mit **90 Pf.** den Centner 1 Centner Preßkohlen von 7 Zoll = 110 bis 115 Stück. **Industriekohle** der Centner **85 Pf.** 25b

NB. Organisierte Arbeitslose und Konsumvereinsmitglieder, welche sich legitimieren, gewähre ich 5 Pf. pro Centner Ermäßigung.

Ludwig Lang.

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.

Auskunft bis abends neun. [32349*

Herren Anzüge, Paletots elegante Ausführung, geringe Teilzahlung.

J. Kurzberg, parterre. Landsbergerstr. 13. 31258*

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 22. Januar.

Opernhaus. Die Sibylle von Tivoli. Coppelia. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Nathan der Weise. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Einsame Menschen. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Lebendige Stunden. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Die Fee Caprice. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die japanische Vase. Vorher: Chassez-Croisez. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Coralie u. Co. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Die Fledermaus. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Detlev Liliencrons Buntes Brettl. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Buntes Theater (Ueberbrettl). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8½ Uhr.
Trianon. Lebende Lieder. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Die Waise von Lowood. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der rote Kosak. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7½ Uhr.
Orpheus. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari-Brettl. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. 'ne feine Nummer. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. König Aqua. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Weihnachten. Mädchenjäger. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anf. 7 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Im Hörsaal. Abends 8 Uhr: „Vulkanismus der Erde".
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Mittwochabend 8 Uhr:
Einsame Menschen.
Drama in 5 Akten von G. Hauptmann.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der Jongleur.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Jongleur.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Chemie der Toilette.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.
Neu!! Der bedeutendste
Kraftturner
der Welt, der Berliner
Alex Meyer
Phänomenale Muskulatur!

Central-Theater.

Heute Mittwoch, den 22. Januar, abends 7½ Uhr:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von H. Reinhardt.
Morgen und folgende Tage: **Das süße Mädel.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Kock von Ernst Guinot. Musik von Jean Gilbert.
Comtesse Marie . . Minna Michetti als Gast.
Morgen: **Das Jungfernstift.**

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Frauchens Weihnachtstisch.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Neu!
Die Zillerthaler.
Neu!
Die Polkaschützen.
Nach jeder Vorst. **TANZ.**
Entree **50** u. **75** Pf. Wochent. Anfang 8 Uhr, Entree **30** u. **50** Pf. Wochent. Vereinsbillets gültig und Tanz frei.

Thalia-Theater.

Dresdenerstraße 72/73.
Morgen und folgende Tage mit vollständig neuer Ausstattung:
Seine Kleine.
Große Berliner Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Paula Worm a. G., Guido Thielscher, Helmerding, Junkermann, Paulmüller, Gerda Walde, Bosé, Wannovius, Junker-Schatz. Anfang 7½ Uhr.

Apollo-Theater.

Sensationeller Erfolg:
Granto u. Maud
Willi Walden
Stack u. Milton
D' Loisachthaler
Georg Kaiser o Ilka Paulet
König Aqua.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Das effektvolle wunderbare
Jannar-Programm.
Um 8¾ Uhr: Noch kurze Zeit die humorvolle stets neue Ausstattungs-Gesangs-Burleske
Großstadtzauber.
Hugo Lustig: Dir. R. Winkler.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Freitag, den 31. Januar:
Hammerfeld-Benefiz.
Die süßen Mädel. Operette.
Auftreten des Dir. Wilh. Fröbel.

Passage-Theater.

Anf. Sonnt. 3, Wochent. 5, Ende 11.
Damen-Luftkampf
ausgeführt von 12 jungen Damen.
Neu! Der Gesangs-Humorist **Amon**
in seinen Zwerchfell erschütternden Bauerntypen.
Neu! Schindler,
der phänomenale Mundharmonika-Virtuose.
Michel Mayer,
der stärkste Mann der Welt, zahlt **1000 Mk.** dem, der seine Hanteln nachhebt.
16 erstkl. Nummern.

Cirkus Busch

Mittwoch, 22. Januar, abends 7½ Uhr: Gr. Vorstellung. **Klondike.** Orig. Pantomime des Cirkus Busch. Die rätselhafte **Comtesse X.**

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville.
Schwank m. Gesang u. Tanz i. 3 Akten.
Emil Sondermann. Ferd. Worms.
Mizzi Birkner. Rosa Marton.
Hierauf: **Er.** Pariser Lebensbild in einem Aufzug.
Tilly Dellon. Danny Gürtler.

E. von Wolzogens

Buntes Theater (Ueberbrettl)
Köpnickerstr. 68.
Mittwoch, den 22. Januar 1902:
Lina Abarbanell. Bozena Bradsky u. Oskar Strauss.
U. a.: „Maientanz", Musik von Schindler. „Steppke", von Jon Lehmann. — Anfang **8** Uhr.

Casino-Theater.

Lothringerstr. 37.
Debüt der reizenden Schwedinnen
Geschw. Lirée.
Nur noch kurze Zeit **„Weihnachten"**, Günther 2c.
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7½ Uhr.

Charivari-Brett'l

Alte Jakobstr. 37.
Pepi Weiss
Helena Dyas
Stella Ruth
Albert Kühne
Preise 1,00, 2,00, 3,00 Mk.

Trianon-Theater

Georgenstr., am Bahnhof Friedrichstr.
Lebende Lieder.
Anfang abends 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Liebestraum und Erwachen
oder: **Charlotte.**
Schauspiel in 5 Abteilungen von E. Lavarenz.
Donnerstag: **Unser Liebling.**

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Grösst. Vergnügungslokal Berlins
Internationale Konzerte u. Specialitäten-Vorstellung.
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. **Matinee** von 12—2 Uhr.
Oekonom: Gustav Prellipper.

Schall und Rauch,

(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Mittwoch, den 22. Januar 1902:
Um 7½ Uhr:
Soiree des Gedankenlosers Ninoff.
Um 8½ Uhr:
Vorstellung vor Serenissimus. Erlösung. Familienidyll etc.
Preise für den ganzen Abend: Parquet 6,— 4,50, 3,— u. 2,— M.

Cirkus A. Schumann.

Mittwoch, den 22. Januar, abends präcise 7½ Uhr:
Grande Soirée High-Life.
Nur noch kurze Zeit die großartigen Januar-Specialitäten.
U. a.: Neu! Die phänomenale
Mirza Golem-Truppe
darunter **Selim,** der beste weibliche Springer der Welt.
Neu! Jeux icariens sur chamsaux.
Neu! Eine orientalische Begrüssungs-Scene. Neu! Persisch-Kaukasische Karawane. Neu! Die sensationellen Kunst- und Wettfahrten der Original-Bycicle-Truppe. Neu! Die musikalisch. Scheerenschleifer Bim-Bom. Dir. Alb. Schumanns anerkannt unerreicht dastehende Originaldressuren. U. a.: Neu! Die musikalischen Hengste. Neu! Die 4 Araber mit dem Prelltuch. Neu! Das Feuer- u. Flammenpferd 2c. — Zum Schluß zum 100. Male:
Der Schlager der Saison
Quer durch Paris.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Grosse
Indische Menagerie
im Exerzierhaus
(am Prenzlauer Thor)
Lothringerstraße 1—7.
Täglich 3 große Vorstellungen: 4, 6 und 8½ Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie
Löwen-Ringkampf
und Fütterung um 4 u. 8½ Uhr.
Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: Froese.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr.
Nur erstklassige **Specialitäten.**
Direktion: **J. M. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung

Wandel-Panorama.

Leipzigerstr. 73/74
— am Dönhoffplatz. —
Orient-Reise mit der Luftyacht „Prinzessin Victoria Luise". Vorstellungen täglich 12, 2, 4, 6, 8 Uhr. Eintritt **50** Pf. 6/8*

Konsumverein für Schöneberg u. Umg.

(E. G. m. b. H.)
Nachtrag zur Bilanz 1900/1901.
Die Geschäfts-Guthaben der Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr 1900/1901 von 2610,75 M. auf 4688,50 M., also um 2077,75 M. vermehrt.
Die Haftsumme der Mitglieder hat sich von 4470 M. auf 11 520 M., also um 7050 M. vermehrt.
Der Vorstand. 105/4
Herm. Nolting. Wilh. Blümler.

Gesucht ein Verschollener!

Der am 26. Februar 1876 zu Uelzen geborene Maler **August Klunker,** welcher sich zuletzt im August 1901 in Wilhelmshaven aufgehalten hat und seit jener Zeit verschollen ist, wird hierdurch aufgefordert, sich schleunigst bei dem Unterzeichneten zwecks Entgegennahme seiner Erbschaft zu melden. Personen, welche Auskunft über den Verschollenen geben können, werden gebeten, dieses dem Unterzeichneten mitteilen zu wollen.
Uelzen in Hannover, den 17. Januar 1902.
Der Klunkersche Nachlaßpfleger.
Meyer. 32912*

Existenz

kann sich strebsamer Werkmeister also durch Uebernahme einer Werkstatt für Gas- und Wasseranlagen gründen. Es ist im letzten Jahre ein Umsatz von 25 000 M. nur ausschließlich für Reparaturen erzielt worden. Zur Uebernahme sind 4—5000 M. erforderlich. Das Geschäft wird nur wegen Kränklichkeit verkauft. Offerten unter A. 2 dieses Blattes erbeten. 65*

36 Mk. elegante **Winter-Paletots.**
30 Mk. hochfeine **Herren-Anzüge.**
12 Mk. schwere **Winter-Beinkleider.**
Anfertigung nur nach Maß.
Guter Stoff, tadelloser Sitz. [3177L*
14 Krausenstr. 14,
1 Tr., kein Laden, 1 Tr.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** 2c. werden unter **Garantie** des **guten Sitzes** zu **überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle Waldemarstr. 66.**

Honig! Unverfälscht deutschen **Bienenhonig,** beste Qual., verl. 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. franko Nachn. Garant. Rückn. **E. Rell, Nordloh,** Bahnhof Augustfehn Oldenbg.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Eckrestaurant, großes Vereinszimmer, gute Gegend, sichere Existenz, billig zu verkaufen. Näheres Scharnberg, Charlottenburg, Sesenheimerstraße 1. 21156

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Bartningstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. [9855*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 111/7*

Große Betten, 11 Mark an, echt chinesische Mandarinendaunen Pfund 1,90. Fabriklager Landsberger Allee Nr. 37, I. 9402*

Möbel, fünf Zimmer, sollen billig, auch einzeln verkauft werden. Kleiderschränke, Bertiko, Garderobenschrank, Salonschrank, Anklekleidschrank, geschnitztes Büffett, Herrenschreibtisch, Bücherspind, Paneelsofa, Taschensofa, Säulentrumeau mit Stufe 36,00, Salongarnitur, Ausziehtisch 18,00, Bettstellen mit Matratzen, Küchenmöbel, Rohrlehnstühle 4,50, Spiegel 10,00, Waschtoilette mit Marmorplatte, Spiegel mit Spindchen, Ruhebett 20,00, Schlafregulator 14,00, Steppdecken, Teppich 7,00. Beste Gelegenheit für Brautleute. Dresdenerstraße 38, vorn 2 Treppen links. [6/5*

Bettfedern, Pfund von 45 Pf. an, echt chinesische Mandarinendaunen, Pfund 1,90. Fabriklager Landsberger Allee 37, I. 988K*

Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. Kurzberg, Landsbergerstraße 13. †

Teppiche mit Fardenschleim, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Pianino, Schwechten, wenig gebraucht, sofort billig verkäuflich. Ritterstraße 120, I beim Wirt. 5/20*

Nähmaschinen, sämtliche Systeme, auch ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Besichtigung erwünscht. Schnellste Lieferung, auch durch Postkarte. Turmstraße 39 und Bernauerstraße 47 B. 9935*

Gaskocher! Sparsysteme! Zweilochgaskocher 3,00, Dreilochgaskocher 9,00. Geschlossene Gaskocher 10,00. Gaskocher mit Bratofen 15,00 Gasplättofen, Gashängeapparate, billig! Wohlauer, Wallner-Theaterstraße zweiundreißig. 2102b*

Haarfärbemittel, unübertroffen, überzeugungshalber Fünfzig Pfennig-Probeflaschen, Charlottenstraße 3. *

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Bett, prachtvolles, 17,00. Michel, Köpenickerstraße 26. 229

Teppiche. Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoiruhren, Regulatoren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. [6/7*

Seifengeschäft mit Rolle verkauft Moritzstraße 2. 29b

Gelegenheitskauf. Zwei dunkle Muschelbettstellen mit Matratzen, Kleiderspinde, Vertikos, Tische billig zu verkaufen Schöneberg, Rollendorfstraße 20, Tischlerei. †124

Schankwirtschaft ist ehelicher Zwistigkeiten halber sofort zu verkaufen. Zu erfahren durch Herrn W. Bäumler, Schöneberg, Apostel Paulusstraße 13. †124

Schankgeschäft wegen Krankheit verkäuflich. Für Parteigenossen passend. Preis 1400, Miete 700 M. A. B., Postamt Rummelsburg. 19b

Nähmaschinen, preiswerteste Bezugsquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Landsbergerstraße „82", Köpnickerstraße 60/61 †85*

Fahrräder, verfallene, sämtliche Marken, spottbillige Winterpreise. Leihhaus Seydelstraße zwanzig. 27b

Klempner. Einrichtung zur Klempnerwerkstatt billig zu verkaufen Prinzenstr. 17, Hof IV 31b

Junge Pudel verkauft billig Wodka, Skalitzerstraße 12. 30b

Vermischte Anzeigen.

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 9069*

Masken-Verleih-Institut Ferdinand Henke, Berlin W., Dennewitzstraße 1, vorn parterre. 2150b

Maskengarderobe! Herren, Damen, große Auswahl, komische Anzüge billigst bei Räder, Rheinsbergerstraße 62. †139*

Kunststopferei von Frau Kolosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Vivisektion! Wer sich über diese ruchlosesten Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Daselbst können auch Referenten für Vorträge in Arbeitervereinen über Vivisektion bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Bartsch Gesellschaftssäle, Triftstraße 41, Saal mit Bühne, 400 Personen, ist noch Sonnabend zu vergeben. Jeden Sonntag Tanzlustbarkeiten. Winter-Kegelbahnen und Vereinszimmer, einige Tage frei. Coulante Bedingung und gute Bedienung. 965K*

Lesehalle eröffnet Chausseestr. 121.

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Eingabengesuche, Ratserteilung. Andreasstraße dreiundsechzig. 115*

Achtung! Empfehle meine Restauration zur freundlichen Benutzung. Vereinszimmer mit Pianino noch einige Tage in der Woche frei. Paul Kobus, Andreasstraße 33. [9819*

Vereinszimmer für 40 Personen noch einige Tage frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65. 9792*

Vereinszimmer, geräumig. Simeonstraße 23. 9782*

Zwei Vereinszimmer, Kegelbahn empfiehlt Schützenstraße 18/19. 96*

Drehbank sucht zu kaufen Eugen Schmidt, Prinzen-Allee 89 (Postkarte).

Trauersachen, Straßenschuh, Gnadengesuche, Stellungsgesuche, Zahlungsbefehle, Ratserteilung. Wulkow, Skalitzerstraße 141. Sprechstunden: Abends, Sonntags. 16b

Rechtsbureau „Westen", Potsdamerstraße 26b, bestempfohlen. Schriftsätze! 24b*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen Putzger, Stegl tzerstraße 65. 426*

Rechtsbureau. Gnadengesuche, Unfallberufungen! Ratserteilungen! Lindenstraße 36. 136/11

Vereinszimmer, Saal bis zu 200 Personen, an Sonnabenden noch zu vergeben. August Heine, Lindenstraße 96. 41b

Drehrolle sucht Teschke, Rosenthalerstraße 40. 112/6

Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstraße 20.

Vermietungen.

Geschäftskeller, trocken, Lothringerstraße 30, sehr billig zu vermieten.

Zimmer.

Nettes möbliertes Zimmer an 1 oder 2 Herren, 12 Mark, Hollmannstraße 11, vorn III links. 30b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky, Sickingenstraße 4. †80*

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, R. Glöser. *

Suche Waschstellen. Annenstr. 2, vorn 4 Treppen bei Zöllner. [12935*

Stellenangebote.

Jackett- und Rockarbeiterinnen, auch zum Lernen, verlangt Lausitzerstraße 23, I. 34b

Silberpoliererinnen, auch zum Erlernen, finden dauernd Beschäftigung Stallschreiberstraße 12, Hof bei Schönfeld. 21b

Mamsells auf Jacketts und Kostüme verlangt Guth, Tempelhinerstraße 8/9. 38b

Handelsfrauen für Wäsche gesucht Jacoby, Augustraße 60, Eingang Koppenplatz. 37b

Arbeiterinnen auf Kostüme und Paletots außerm Hause verlangt Schulz, Barnimstraße 44. 35b

Mamsells auf Jacketts, von 2,50 bis 4 Mark, verlangt Polewoda, Reichenbergerstraße 15, III. 2150a

Kartenarbeiterinnen, nur geübte, verlangt Anders Nachfolger, Adalbertstraße 7. 21/8b

Arbeiterinnen im Hause, Schröder, Pankow, Kaiser Friedrichstraße 67.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Siegellackarbeiter,

tüchtig und nüchtern, bei gutem Lohn für selbständige Stellung verlangt. Adressen unter **C. 2** Expedition dieses Blattes. 3324*

Jedermann auf der Welt,

der sich einen **nennenswerten Verdienst** verschaffen will, seien es **Agenten, pensionierte Beamte, Händler, Hausierer, Privatpersonen** (Damen, jung und alt), wird durch Verkauf eines **epochemachenden** neuen spottbilligen **Lebensmittels,** das in jedem Haushalt unbedingt und mit besonderer Vorliebe gebraucht wird, Gelegenheit geboten. Der Absatz ist spielend leicht. Angebote unter **„Lebensmittel"** befördern **G. L. Daube & Co., Frankfurt a. M.**

Cigarettenarbeiter oder Arbeiterin.

Einige Cigarettenarbeiter, oder Arbeiterinnen, welche mit und ohne Mundstück arbeiten können, finden feste Beschäftigung in **Kopenhagen.** Reisekosten werden vergütet. Schriftliche Anträge werden erbeten an [6/6* **J. Lichtinger, Kopenhagen.**

Seifensiedermeister,

erfahrener, gute Zeugnisse nach Rußland-Kaukasus gesucht Schriftlich, Schlegelstr. 33, N., Dalgow. 136/12

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Boding in Berlin.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sechster Reichstags-Wahlkreis. Die Adressen derjenigen Genossen, welche für den sechsten Kreis die Vertrauensämter bekleiden, sind folgende:

Vertrauensleute:
C. Fischer, Waldstr. 8, für Moabit.
C. Fahrow, Hochstr. 35, für Wedding und Oranienburger Vorstadt.
A. Bittdorf, Fehrbellinerstr. 25, für Gesundbrunnen und Rosenthaler Vorstadt.
R. Klose, Zionskirchstr. 53, für Schönhauser Vorstadt.

Preßkommission:
Johann Kaiser, Pflugstr 6.
Hermann Guttmann, Brunnenstr. 9.

Agitationskommission für die Provinz Brandenburg:
M. Kiesel, Schulstr. 22.
Gust. Laukant, Brunnenstr. 117.

Lokalkommission:
Garboz, Emdenerstr. 43, III, für Moabit.
Otto Wegener, Bozenstr. 4, part., für Wedding und Oranienburger Vorstadt.
G. Witzel, Brunnenstr. 164, für Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen.
Dänzer, Schwedterstr. 33, für Schönhauser Vorstadt.

Vorstand des Wahlvereins:
Wilh. Freythaler, Gartenplatz 1, 1. Vorsitzender.
W. Wedekind, Strelitzerstr. 19, 1. Schriftführer.
Herm. Tauschel, Wiesenstr. 29, 1. Kassierer.
Bachgänger, Swinemünderstr. 34, 2. Kassierer.

Fünfter Wahlkreis. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß heute abend im Schützenhaus, Linienstraße, eine Versammlung stattfindet, in der Robert Schmidt über „Die wirtschaftliche Bedeutung der Handelsverträge" sprechen wird.

Schöneberg. Arbeiter, Parteigenossen! Morgen, Donnerstag, findet die Nachwahl im 9. Bezirk statt. Es gilt alles aufzubieten, damit dieser bei der Hauptwahl schon teilweise eroberte Bezirk uns nicht verloren geht. Heute, Mittwochabend ist eine Flugblatt-Verteilung, wozu eine zahlreiche Beteiligung erforderlich ist. Treffpunkt: Püschel, Gutzkowstr. 9. — Außerdem ist es nötig, daß am Wahltag von 5 Uhr ab genügend Genossen zur Verfügung stehen. Wem es irgend möglich ist zu erscheinen, der finde sich ein bei Püschel, Gutzkowstr. 9.

Wilmersdorf. Irrtümlicherweise ist die Wander-Versammlung des Vereins für Frauen und Mädchen von Schöneberg und Umgegend durch Handzettel für Donnerstagabend bekannt gemacht, dieselbe findet heute, Mittwochabend in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, statt. Fräulein Imle hält einen Vortrag über die Frage: „Wie können die Frauen ihre wirtschaftliche Lage verbessern".

Friedrichshagen. Am Sonnabend, den 25. Januar, abends 9 Uhr, findet im Saale des Gesellschaftshauses, Friedrichstraße 69, eine Volksversammlung statt. Die Genossin Clara Zetkin spricht über das Thema: Der Brotwucher und das notleidende Volk. Pflicht der hiesigen Genossen ist es, für den Besuch der Versammlung zu agitieren und zahlreich zu erscheinen.

In Rummelsburg sind folgende Parteigenossen bereit, die Wählerlisten für solche Personen einzusehen, welche dazu keine Zeit haben: Gebauer, Neue Prinz Albertstr. 17; Frank, Neue Prinz Albertstr. 10; Walle, Türrschmidtstr. 33, part.; M. Bitterhoff, Türrschmidtstr. 12; Gastwirt Bendling, Goethestraße und Kantstraßen-Ecke; Gastwirt Hemming, Schillerstr. 26; Gastwirt Müller, Türrschmidtstr. 37; Gastwirt Burgenger, Kantstr. 44. Die Listen liegen noch bis 30. Januar im Rathaus aus.

Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Weigel, Türrschmidtstr. 45, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Kommunalangelegenheiten.

Lokales.

Ernst Wichert, der Berliner Schriftsteller, ist im Alter von 71 Jahren in der Nacht zum Dienstag gestorben. Von Haus aus war Wichert Jurist, zuletzt Kammergerichtsrat in Berlin. Er hat eine stattliche Reihe von Romanen und Theaterstücken geschrieben; die meisten behandeln Stoffe aus seiner Heimat Ostpreußen. Am bekanntesten ist wohl sein Lustspiel „Ein Schritt vom Wege", das vor einem Jahr noch im Schiller-Theater aufgeführt wurde.

Wichert war in den letzten Jahren Vorsitzender des Vereins Berliner Presse und hat diese Organisation in jeder Beziehung zu heben verstanden. Die letzte Vereinsversammlung, die er leitete, tagte am 28. November vorigen Jahres und befaßte sich mit der Fesselung unsres Parteigenossen Bredenbeck in Dortmund. In der Diskussion über diese Frage trat Herr Wichert mit Wärme für die Annahme der bekannten Resolution ein, in der die Behandlung unsres Parteigenossen als inhuman und schimpflich, sowie als eine Herabwürdigung des gesamten Schriftstellerstandes bezeichnet wurde.

Welche gesundheitlichen Forderungen müssen unsre Schulen erfüllen? Diese Frage wurde am Montag im „Verein für gesundheitsgemäße Erziehung der Jugend" erörtert. Der Referent Dr. Hüls, Schularzt in Schöneberg, beschränkte sich in seinen Darlegungen auf die Volksschulen und zog auch von diesen nur die großstädtischen, speciell die Volksschulen Berlins, in den Kreis seiner Betrachtung. Er stellte die bekannten Forderungen auf: für die Schulen reichliche Zufuhr von Luft und Licht, gute Heizung, gründliche Reinigung, zweckmäßige Bänke, mehr Bedürfnisanstalten, Herabsetzung der Klassenfrequenz, Verkleinerung der Schulen, Vergrößerung der Höfe; für die Kinder eine Prüfung der Schulfähigkeit bei der Aufnahme, eventuell Zurückweisung der noch zu schwachen Kinder, Absonderung der geistig Minderwertigen, Einrichtung von Stotterercursen, Entsendung in Ferienkolonien (nicht durch die Wohlthätigkeitsvereine, sondern durch Gemeinde oder Staat), Pflege des Badens, Schlittschuhlaufens usw. Vom Vortragenden und in der Diskussion wurde anerkannt, daß in Berlin seit einigen Jahren in schulhygienischer Hinsicht manches gebessert worden ist, und einzelne der aufgezählten Forderungen bereits erfüllt sind. Gleichzeitig wurde jedoch hervorgehoben, daß in den älteren Schulen manchmal noch Zustände herrschen, die sanitär sehr bedenklich sind, daß in vielen Klassenzimmern nur ein Drittel des Raumes direktes Tageslicht erhält, daß auf den Fluren bei nassem Wetter das Wasser von den Wänden herunterläuft usw. Einige andre Mängel sind freilich selbst in den neuesten Berliner Schulen unverändert beibehalten worden. So werden namentlich die Gebäude nach wie vor in der früheren, für 20 Klassen berechneten Größe hergestellt, während die Höfe immer noch viel zu klein angelegt werden.

Das Verbot des Tragens von Hausschuhen in den Räumen des Central-Arbeitsnachweises an der Stadtbahn ist nunmehr beseitigt. Als wir vor kurzem die bevorstehende Aufhebung dieser zwecklosen Bestimmung ankündigten, trat der Vorsitzende des Centralvereins für Arbeitsnachweis, Herr Direktor Dr. Freund, für die Beibehaltung des alten Zopfes ein. In der am Montag abgehaltenen Sitzung des Kuratoriums ist nunmehr auf Antrag der Arbeitnehmermitglieder das Verbot des Tragens von Hausschuhen durch einstimmigen Beschluß des Kuratoriums aus der Hausordnung gestrichen worden. Ein kleiner Rest des abgeschnittenen Zopfes bleibt jedoch noch erhalten: Es soll den Arbeitsuchenden — jedenfalls durch Anschlag im Arbeitsnachweis — nahegelegt werden, daß sie in ihrem eignen Interesse möglichst in Stiefeln erscheinen möchten.

Bezüglich der Gewährung von Reisegeld an Arbeitslose, die Berlin verlassen wollen, hat das Kuratorium beschlossen, das Fahrgeld nicht nur nach dem Heimatsort des Abreisenden, sondern auch nach Orten, wo der Betreffende Arbeit zu nehmen in der Lage ist, gewährt werden kann.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich in ihrer nächsten Sitzung am Donnerstag u. a. mit folgenden Gegenständen zu befassen haben: Die Frequenz in den Gemeindeschulen am 1. November 1901 — die Renovierung des Ratskellers — die speciellen Entwürfe zu mehreren Bau-Ausführungen auf dem Grundstück der Irrenanstalt Herzberge — die Bewilligung von Mehrkosten zu verschiedenen städtischen Bauten — die Etatsüberschreitung beim Vorarbeitenfonds für Bau-Ausführungen der städtischen Hochbau-Verwaltung — die erfolgte Bau-Abnahme der Volks-Badeanstalt, Bärwaldstr. 64 — den Vorentwurf zum Neubau der Gemeinde-Doppelschule in der Pappel-Allee 41/42 — die speciellen Entwürfe: zur Einrichtung einer Sparkassen-Filiale in dem städtischen Gebäude Linkstr. 7/8, zu dem Verwaltungsgebäude, dem offenen Hause für Frauen und zu zwei Aufnahmehäusern der Irrenanstalt in Buch, zum Neubau einer Leichenhalle auf dem Grundstück des städtischen Waisenhauses zu Rummelsburg und zur Errichtung eines Geräteschuppens im Waldeck-Park — die Vorentwürfe zum Neubau: der Gemeinde-Doppelschule in der Samariterstraße, eines städtischen Amtes zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln sowie Gebrauchsgegenständen in der Fischerstr. 39—42 und der Gemeinde-Doppelschule in der Greifenhagenerstraße. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Abstandnahme von der Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer nach dem Steuersatze von 4 M., umfassend ein Einkommen von mehr als 660 bis 900 Mark einschließlich. — Vorlagen, betreffend die Genehmigung einer neuen Bekleidungs-Ordnung für die Waisen-Verwaltung und die Erhöhung der Kostgelder, — die Vergebung der Besprengung, Bedienung, Unterhaltung und Aufbewahrung der städtischen Sprengwagen für die Zeit vom 1. April 1902/1905 — die Unfallversicherung des Treiberpersonals am städtischen Vieh- und Schlachthof — die Uebernahme eines Teils der bei dem Bau von Familienwohnhäusern für die Werkarbeiter in Rüdersdorf entstehenden Baukosten — den Etat des Gesinde-Belohnungs- und Unterstützungsfonds für das Etatsjahr 1902 — und den Jahresabschluß der Haupt-Stiftungskasse für das Etatsjahr 1900.

Arbeiter-Ausschüsse der Stadt Berlin.

Man schreibt uns aus den Kreisen der städtischen Arbeiter: Das Stadtverordneten-Kollegium hat bekanntlich am 13. Juni 1901 den Magistrat ersucht, dahin zu wirken, daß in den städtischen Betrieben, wo noch keine Arbeiter-Ausschüsse bestehen, solche eingeführt werden, und daß er ferner die Bestimmung treffe, daß allen großjährigen Arbeitern die Wahlberechtigung und allen 25jährigen Arbeitern, welche mindestens drei Jahre im Betriebe thätig sind, die Wahlfähigkeit zuerkannt werde. Dieser Wunsch der Stadtverordneten-Versammlung scheint bisher nicht die Billigung des Magistrats gefunden zu haben; wenigstens warten die Arbeiter in den meisten städtischen Betrieben vergebens auf die fast von jedem größeren Privatbetrieb eingeführte Neuerung. Wohl bestehen bei den Gas- und Wasserwerken seit mehreren Jahren Arbeiter-Ausschüsse, aber sie entsprechen leider in keiner Weise den Wünschen des Stadtverordneten-Kollegiums und erfüllen nicht den Zweck solcher Ausschüsse. Der Ausschuß soll der Vermittler zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern sein und muß das Vertrauen der Arbeiter besitzen. Wenn aber, wie hier, der Vorsitz von dem Betriebsleiter geführt wird, und dieser Herr darüber zu bestimmen hat, ob ein Bedürfnis zur Abhaltung einer Sitzung vorhanden ist oder nicht; wenn weiter die Wahlfähigkeit hier erst mit dem 30. Jahre beginnt, dann ist es nicht verwunderlich, wenn die bestehenden Ausschüsse nicht das Vertrauen der Angestellten besitzen. Der dringende Wunsch der städtischen Arbeiter geht deshalb dahin, daß die bestehenden Ausschüsse reformiert und vor allen Dingen für die übrigen Betriebe der Stadt entsprechende Ausschüsse eingerichtet werden.

In dem Prozeß der Stadt Berlin gegen die Konsistorialordnung vom Jahre 1573, in welchem dieser Tage Termin vor dem Kammergericht anstand, hat der Senat, wie gemeldet, weitere Beweiserhebungen beschlossen. Diese Beweiserhebungen sind zum Teil so außerordentlich umfangreicher Natur, daß ein Ende des Streitverfahrens sich vorläufig gar nicht absehen läßt. Berlin hatte behauptet, daß es vor der Berufung auf die Konsistorialordnung niemals Beiträge zu Kirchenbauten habe leisten müssen, es sei denn, daß es sich um Gotteshäuser gehandelt habe, deren Patron die Stadt ist. Darauf hat das Kammergericht beschlossen, sämtliche Rechnungen der Stadt Berlin, soweit die Kämmerei sie aufbewahrt hat, prüfen zu lassen! Man kann leicht ermessen, wie vieler Zeit es bedürfen wird, um Jahrhunderte zurück alle Belege durchzusehen. Auch das Polizeipräsidium ist aufgefordert worden, Dokumente einzureichen, um gewisse Unbestimmtheiten, die über die Parochialverhältnisse von St. Markus, bezw. ihrer Tochtergemeinde herrschen, zu klären. Endlich soll, nach einem hiesigen Blatt, auch das Konsistorium eine Reihe von Akten dem Kammergericht zur Verfügung stellen.

Ueber den jetzigen Stand der Charité-Neubauten hielt Generalarzt Dr. Schaper vorgestern vor der Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege einen auch die Allgemeinheit interessierenden Vortrag. Für den Neubau der Charité sind sechs Bauperioden in Aussicht genommen, zwei derselben sind abgeschlossen, die dritte ist im Gange. In der ersten Periode (1895—1898) entstanden das Pathologische Museum, das Küchengebäude, das Werkstättengebäude und die Stallungen, in der zweiten, mit dem Vorjahr abgeschlossenen Periode das Verwaltungsgebäude, das Wohnhaus der Direktoren, die Kirche, die Nervenklinik, die Hals- und Ohrenklinik und die Isolierhäuser der Irrenklinik. In der nunmehr begonnenen dritten Bauperiode sollen errichtet werden die Psychiatrische Klinik, das Pathologische Institut mit Laboratorien, die Kinderklinik, deren Gebäude direkt bei der Schumannstraße zu liegen kommen, das Gynäkologische Institut, das teils um-, teils neugebaut wird, und die chirurgische Abteilung. In der Kinderklinik wird jedes der Geschosse 43 Betten aufnehmen können. Die vorhandenen Baracken sind für infektiös erkrankte Kinder bestimmt, in einem kleinen Neubau sollen die verdächtigen Kinder in vier Abteilungen gesondert werden können. Beim gynäkologischen Institut handelt es sich besonders um einen Neubau für aseptische Operationen, nach Norden zu kommt ein Anbau mit Hörsaal, Operationssaal und Wohnungen für Schülerinnen. Die chirurgische Abteilung ist die einzige, in der auch besser zahlende Kranke aufgenommen werden; hier wird auch ein mediko-mechanisches Institut untergebracht. Die jetzige Bauperiode wird mit dem Jahre 1904 abgeschlossen. Die neuen Anlagen sind so vorgesehen, daß sie für etwa 100 Jahre, also so lange, wie die alte Charité, ausreichen. Jedenfalls will man sich bestreben, das Charité-Krankenhaus mitten im Centrum des großstädtischen Verkehrs zu erhalten, sollte der Platz einmal doch nicht mehr ausreichen, so will man höchstens ein Filial-Krankenhaus, und zwar für chronische Fälle und Genesende außerhalb Berlin, etwa im Grunewald, in Betracht ziehen.

Berolina, deutsche Volks-Krankenkasse zu Berlin (E. H. 140) heißt eine jener Unternehmungen, die auf denselben Statuten basieren, wie die verkrachten Krankenkassen Volkswohl, Zukunft und wie sie sonst noch geheißen haben. Hier wie dort werden Leute im Alter bis zu 60 (!) Jahren als Mitglieder aufgenommen, ohne daß, wie bei anderen, gewissenhafter geleiteten Hilfskassen eine ärztliche Untersuchung verlangt wird. Hier wie dort ist auch die Mitgliedschaft fast jeglichen Einflusses entkleidet, indem der Vorstand sich bei der von ihm beliebten Gründung der Kasse sofort auf volle sechs Jahre unter Festsetzung eines gewiß nicht zu niedrig bemessenen Gehaltes hat „wählen" lassen. Man weiß, wie derartige Gründungen bewerkstelligt werden und welch ein Mißbrauch unter formaler Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen angängig ist. Leider scheinen, wie seiner Zeit bei der Zukunft und der Kasse Volkswohl auch hier übergenug Leute vorhanden zu sein, die sich durch Agenten zum Eintritt in die Kasse überreden lassen. Wir erachten es daher für unsre Pflicht, das Publikum auch vor der Kasse Berolina, deren Bureau sich in der Kleinen Präsidentenstraße befindet, zu warnen. Gründungen dieser Art haben, wenn auch vielleicht nicht für den Vorstand, jedoch für die Mitglieder stets ein Ende mit Schrecken genommen, und es ist zehn gegen eins zu wetten, daß die Berolina von dieser Regel keine Ausnahme macht.

Der Lese- und Diskutierklub Südost feierte am Sonntag im Gewerkschaftshause sein 11. Stiftungsfest. Die zündende Festrede wurde vom Genossen Paul Singer gehalten; Vorträge des Sinfonie-Orchesters, der Konzertsängerin Frau Weinberg bildeten im Verein mit den humoristischen Darbietungen des bekannten Ulk-Trio den Beschluß des stimmungsvoll verlaufenen Abends.

Schwer verbrannt wurde Dienstag früh 7 Uhr das Dienstmädchen Mathilde Uecker, das bei dem Kaufmann Wolff, Lottumstr. 18, in Stellung ist. Als es gestern früh aufstand, überkam es einen Ohnmachtsanfall und fiel in die brennende Petroleumlampe. Die Kleider gerieten dabei in Brand und die Flammen wurden von Nachbarsleuten bemerkt. Man eilte herbei, erstickte die Flammen und brachte das am ganzen Körper mit schweren Brandwunden bedeckte Mädchen nach dem Krankenhause am Friedrichshain, wo es zur Zeit ziemlich hoffnungslos danieder liegt.

Der Fund von Wertpapieren in der Krausenstr. 18 ist jetzt zum Teil aufgeklärt. Die Papiere sind einer Dame in der Weißenburgerstraße gestohlen worden. Diese will umziehen. Am Sonnabend erschien nun bei ihr eine Frau, die sich für die Frau eines Kriminalbeamten ausgab, um sich die Wohnung anzusehen und stahl bei dieser Gelegenheit die auf dem Sofa stehende Tasche. 200 M., die sich in Goldstücken in dem Portemonnaie befanden, eignete sich die Diebin an, die Wertpapiere warf sie dagegen mit der Tasche als für sie gefährlich weg. Die Diebin ist noch nicht ermittelt. Es muß wohl eine Frau sein, die auf diesem oder jenem Wege die Gepflogenheiten der Bestohlenen kennen gelernt hatte.

Von einem Unbekannten ist die elfjährige Else Sommer an der Ecke der Oppelner- und Brangelstraße überfallen und des Portemonnaies mit 2 M. 10 Pf. Inhalt beraubt worden. Von dem Thäter fehlt jede Spur.

Verzweiflung über ihre Lage veranlaßte Montagnachmittag die 39 Jahre alte Handelsfrau Olga Kobert, die mit ihrem Manne in der Pappel-Allee 133 eine Hofwohnung im Keller inne hat, zu dem Versuche, sich das Leben zu nehmen. Der 42 Jahre alte Ehemann ist erwerbsunfähig, weil er nicht genügend sehen kann. Er erhält daher von der Armendirektion eine monatliche Unterstützung von 15 M. Was am notwendigsten Lebensunterhalt fehlt, erwirbt die Frau durch einen Straßenhandel mit Obst hinzu. Statt dies anzuerkennen, beschimpfte ihr Mann sie wiederholt, wenn sie ihm nicht genug verdiente, und trieb sich dann tagelang umher, die Nächte im Asyl verbringend. Dieses Verhalten kränkte die Frau so sehr, daß sie verzweifelte und gestern nachmittag um 1 Uhr Salmiakgeist trank, um ihrem Leben ein Ende zu machen. In bedenklichem Zustande wurde sie von Beamten des 85. Reviers mit einem Lückschen Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht.

In der volkstümlichen Kunstausstellung im Gewerkschaftshaus finden auch am Donnerstag und Freitag dieser Woche Vorträge verbunden mit Führungen statt. Die Vorträge beginnen an beiden Tagen um 9 Uhr abends. Eintrittskarten a 20 Pf. sind im Cigarrengeschäft von Horsch, Engelufer 15, zu haben.

Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8. Der Unterricht in Nationalökonomie (Ausgewählte Artikel aus dem Bank- und Börsenwesen), Vortragender: Schriftsteller Georg Bernhard, beginnt morgen, Donnerstag, den 23. Januar. Zu zahlreichem Besuch ist hiermit eingeladen.

Herr Prof. Dr. von Leyden beginnt am 22. d. M., abends 8 Uhr einen Vortragscyklus über häusliche Krankenpflege im Architektenhause, Wilhelmstr. 92/93.

Das Casino-Theater, Lothringerstraße 37, faßt gleichfalls den Zeitgeist bei der Stirnlocke und giebt in einem von den schwedischen Sängerinnen Geschwister Liree vorgetragenen Gesangsstück secessionistische Kunst zum besten. Da diese Kunst von schönem Aeußern ist und in prächtigen Kostümen vorgeführt wird, fehlt es auch am Rosenthaler Thor nicht an Verständnis für die moderne Richtung. Neben den genannten Damen sind es vor allem die Excentrics Ridbot und die Gesangssoubrette Gluther, welche sich vorzüglicher Leistungen rühmen können. Natürlich findet auch das Volksstück „Weihnachten", welches einen Majestätsbeleidigungs-Denunzianten gebührender Verachtung preisgiebt, immer noch freudigen Beifall.

Für die Seewasser-Becken des Berliner Aquariums lieferten die nordeuropäischen Meere wie auch das adriatische und Mittelmeer neue und interessante Seetiere ein. Einige derselben hat das weitgründige Bassin der Platt- oder Flachfische aufgenommen. Mehrere Arten dieser Gruppe sind ja auch dem Binnenländer in geräuchertem Zustande bekannt, so die Flunder und Scholle, andre kennt der Besucher der Fischmärkte als „Eisfische"; um so willkommener wird es dem Naturfreunde sein, nicht nur die gewöhnlicheren Arten, sondern auch seltene, nicht auf unsre Märkte gelangende Species in dem geräumigen Becken des Aquariums in ihrem anziehenden Thun und Treiben, ihren absonderlichen Schwimmbewegungen, ihrem lebhaften Farbwechsel usw. beobachten zu können. Die letzt eingetroffenen Arten gehören den Gattungen der Viereckbutten und der Zungen an. Anscheinend mit den Fischen und den Wirbeltieren überhaupt gar nicht verwandt, sondern tief unter ihnen stehend und von Nichtkundigen wegen ihres ungegliederten Aeußeren und der mangelnden Bewegung eher für pflanzliche Gebilde gehalten, sind jene in Gestalt weißlicher, gelber und roter Fichtenzapfen von ihrer steinigen und felsigen Unterlage aufragenden Lebewesen, welche, jüngst in drei Arten hier angekommen, ob des sie umhüllenden sackförmigen Mantels „Manteltiere" genannt werden; und doch spricht sich in ihrem inneren Bau eine bedeutsame Aehnlichkeit mit den Wirbeltieren aus.

Im Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Mittwoch, den 22. d. Mts., in der Aula des Französischen Gymnasiums, Reichstags-Ufer 6, Herr Geheimer Regierungsrat Dr. jur. Stephan seinen Vortragskursus über „Die gewerblichen Urheberrechte". Er wird am ersten Abend nach einer kurzen Einleitung über den Begriff und die Einteilung der Urheberrechte, die Lehre vom geistigen Eigentum, das Patent-, Muster- und Marken-Recht, die rechtliche und volkswirtschaftliche Bedeutung und geschichtliche Entwicklung der Urheberrechte sprechen. Eintrittskarten für den 6 Abende von je 1½ Stunden umfassenden Kursus zum Preise von 1 M. sind zu haben bei: Georg Besting, W., Leipzigerstr. 136; A. Schütz, O., Holzmarktstr. 60; Chr. Tischendörfer, C., Sophienstr. 20; F. E. Lederer, W., Kurfürstenstr. 70; Bernhard Staar, SW., Friedrichstr. 250; Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, „ Köthenerstr. 23.

Feuerbericht. Dienstag früh kurz nach 5 Uhr kam in der Lützowstr. 31 in einem Droguenladen ein Brand aus, der sehr gefährlich zu werden drohte. Indes gelang es dem energischen Vorgehen der Wehr, das Feuer mit einem Rohre in verhältnismäßig kurzer Zeit abzulöschen, so daß der entstandene Schaden nicht sehr bedeutend ist. Montagabend 8 Uhr gingen Steinmetzstr. 44 Gardinen in Flammen auf, während in der Kielerstr. 20 Möbel und der Fußboden brannten. Abends 11 Uhr wurde die Wehr nach dem Weinbergsweg 6 gerufen, wo in einem Uhrmacherladen Regale, Waren und der Fußboden Feuer gefangen hatten. Die Gefahr konnte jedoch mit einem Rohre in kurzer Zeit beseitigt werden. Zur selben Zeit mußte Lutsenplatz 11 ein Wohnungsbrand, der Teppiche, Möbel und Kleidungsstücke ergriffen hatte, abgelöscht werden. Montagnachmittag gegen 3 Uhr waren in der Rüdersdorferstr. 57 Preßkohlen, Kleidungsstücke und Wäsche in Brand geraten, der eine starke Verqualmung herbeiführte, so daß die Hausbewohner stark belästigt wurden. Außerdem erfolgten noch Alarmierungen von Gipsstr. 17a und Wilhelmstr. 142, die jedoch auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Aus den Nachbarorten.

Parteigenossen der Vororte, seht die **Wählerlisten** nach und beachtet das Adressen-Verzeichnis in der vierten Beilage unserer Sonntagsnummer!

Charlottenburg. Bei der hiesigen Gewerbegerichtswahl siegte die Liste der Gewerkschaftskommission bei den Arbeitnehmern, bei den Arbeitgebern die Liste der vereinigten Innungen.

Die Errichtung des Gewerbegerichts Lichtenberg ist wiederum auf längere Zeit verschoben worden. Die Kommunalfreisinnigen gefallen sich darin, sich als Sachwalter der Gegner des Gewerbegerichts zu geben. Und Gegner dieser Neuerung giebt es in Lichtenberg nicht wenige unter den Unternehmern. Das Ortsstatut hatte die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten mit der Maßgabe, daß die von diesem angegebenen mehr redaktionellen Aenderungen ohne materielle Veränderung des Inhaltes von der Gemeindevertretung angenommen wurden. Die Socialdemokraten wiesen darauf hin, daß schon aus rein formalen Gründen dem Zustandekommen des Gerichts keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt werden sollten und deshalb viele Wünsche der Arbeitnehmer bis zu einer späteren Revision des Statuts zurückgestellt seien. Daher ersuchten sie die Majorität um ihre Zustimmung. Vergeblich. Der „Riese unter Zwergen, der den Besitzenden alle Zeit hilfsbereite Bankdirektor Klonz, setzte einen gegenteiligen Beschluß mit einer Stimme Majorität durch, und nun beantragten die Socialdemokraten unter „Dankesversicherungen" an die Herren Freisinnigen Vertagung, um Abänderungsanträge der Arbeitnehmer einbringen zu können. Wenn schon, denn schon.

Lichtenberg. Die in der Zeit vom 15. bis einschließlich zum 30. d. M. öffentlich ausliegenden Gemeindewähler-Listen der hiesigen Gemeinde ergeben folgendes Bild: Die Gesamtzahl der Wähler aller 3 Klassen beträgt 7908. Hiervon entfallen 47 auf die I., 788 auf die II. und der Rest mit 7073 auf die III. Klasse. Die Gesamt-Steuersumme aller Wähler beträgt 671 158,35 M. Der höchstbesteuerte Wähler der I. Klasse ist der Eisenbahnfiskus mit 29 978 M. Der letzte Wähler der I. Klasse zahlt 1534,90 M., der erste Wähler der II. Klasse 1533,80 M. Steuern. Der Höchstbesteuerte der III. Klasse zahlt 90 M. jährliche Steuern. Die Gesamt-Steuersumme aller Wähler der I. Klasse beträgt 266 052,18 M. Diejenige aller Wähler der II. Klasse 265 951,97 M., während die Wähler der III. Klasse zusammen 139 154,20 M. Steuern aufbringen. Die II. Klasse ist in zwei Bezirke, die III. Klasse in vier Bezirke eingeteilt. Die Abgrenzung der einzelnen Bezirke ist dieselbe geblieben, wie im Vorjahre.

Köpenick. In der gestern stattgefundenen Stadtverordneten-Ersatzwahl an Stelle des verstorbenen Genossen Fiedler siegte unser Genosse Tzernetzky mit 765 gegen 72 Stimmen.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung hatte in ihrer Sitzung am Montag wieder einmal einen „principiellen" Tag; und was sieberale Mehrheiten unter „Princip" verstehen, besonders wenn es sich um eine Angelegenheit der Arbeiterpartei handelt, das werden unsre Vertreter wohl schon in den meisten Parlamenten erfahren haben. Auf der Tagesordnung stand u. a. ein Antrag des Wahlprüfungsausschusses, die im vierten Bezirk erfolgte Wahl unsres Genossen Gustav Däumig für ungültig und an seine Stelle den früheren Stadtv. Steinsetzmeister Schlinck für gewählt zu erklären. Ziemlich 2½ Stunden brachte man in dieser Sache zu, und daß sie sehr zweifelhaft lag, mußte sogar der Referent, Herr Justizrat Dr. v. Gordon, in seiner überaus gewundenen Rede zugeben. Der Frage selbst lag folgender Thatbestand zu Grunde: Bei der am 13. Dezember 1901 erfolgenden Nachwahl im 4. Bezirk für unsren Parteigenossen Obst, der bekanntlich das Mandat im 9. Bezirk angenommen hatte, wurde Genosse Däumig aufgestellt und mit großer Mehrheit gewählt. Nach der Bekanntmachung des Magistrats sollte der zu Wählende ein Hausbesitzer sein; da die erforderliche Anzahl Eingesessener in der 3. Abteilung aber schon vorhanden war, glaubten die Wähler mit Recht, daß von dieser Qualifikation in der Wahlprüfungs-Kommission Abstand genommen würde. Die Kommission hatte jedoch mit 5 gegen 2 Stimmen das Mandat für ungültig und mit 4 gegen 3 Stimmen das des Gegners für gültig erklärt. Und demgemäß hat auch die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen. Der Antrag, die Wahl des Herrn Schlinck ebenfalls zu beanstanden, wurde natürlich mit großer Mehrheit abgelehnt. Es wird nun im Wege der Klage von unsrer Seite die Sache zum Austrag gebracht. Unsre Parteigenossen im 9. Bezirk werden aber hoffentlich bei der Wahl am Donnerstag die Quittung darüber ausstellen und gleich zwei der Unsrigen in die Stadtvertretung senden. — Die Versammlung beschäftigte sich sodann mit der Wahl eines Etatsausschusses, in den auch Stadtv. Masuch delegiert wurde. — Für die Umzäunung eines Gemeindegrundstückes in der Hohenstaufenstraße wurden 6300 M. und für Ausstattung des chemischen Arbeitsraumes in der Hohenzollernschule 1200 M. bewilligt. — Eine sehr wichtige Sache betraf der Antrag der Stadtvv. Lulay und Gen., den Magistrat zu ersuchen, betr. der Durchlegung der Eisenacherstraße zwischen Grunewald- und Hohenstaufenstraße baldmöglichst eine Vorlage zu machen. Es könnte dadurch einer Anzahl Arbeitsloser Beschäftigung gegeben werden. Einstimmig wurde dem Antrage stattgegeben. — In die gemischte Deputation zur Beratung über die Frage der Beschäftigung der Arbeitslosen wurde auch Genosse Masuch gewählt.

Neu-Weißensee. Die Gemeindevertretung hatte sich gestern mit zwei Anträgen des Gastwirte-Vereins zu beschäftigen. Der eine wollte die seit vorigem Jahre zur Erhebung kommenden Zuschläge zur Betriebssteuer beseitigt wissen. Die Vertretung erkannte im Princip die Berechtigung dieses Antrags an, die endgültige Festsetzung des prozentualen Zuschlages (bis jetzt analog des Zuschlages zur Gemeinde-Einkommensteuer 175 Proz.) soll bei der Etatsberatung erfolgen. — Der zweite Antrag wollte die Schankerlaubnis abhängig gemacht wissen von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses. Dieser Antrag wurde von fast allen Seiten bekämpft. Von unsrer Seite wurde der Antrag als reaktionär bezeichnet; den Gastwirten dürfe keine Monopolstellung eingeräumt werden. Der Antrag wurde abgelehnt. — Die im vorigen Etatsjahre gemachten Ueberschreitungen des Etats wurden nachträglich von der Vertretung bewilligt, außerdem wurde die Feststellung resp. Abnahme der Jahresrechnung für 1900 vollzogen und der Gemeindevorstand entlastet. — Die Einnahmen ergeben gegen den Etat ein Mehr von 30 561 M. — In der Sitzung nächster Woche wird sich die Vertretung mit der Stellungnahme der Regierung gegenüber dem von der Gemeindevertretung gestellten Antrage auf Verleihung der Stadtrechte an Neu-Weißensee beschäftigen.

Ein Brand hat Montagabend in der Patzenhofer Brauerei, Abteilung Spandau, die Mälzerei bis auf die Umfassungsmauern zerstört; auch angrenzende Baulichkeiten mit Unterkunftsräumen für das Personal sind dem verheerenden Element zum Opfer gefallen. Der Malzmeister Leideritz hat dabei den Verlust seiner Ersparnisse, 1200 M., zu beklagen. Das Geld, welches in einer Rocktasche steckte, wollte er anlegen, da er sich zu verheiraten beabsichtigt. Mit den Kleidungsstücken ist auch dies Geld verbrannt. Die Feuersgefahr für die andren Gebäude der Brauerei und die Nachbarschaft war um 12 Uhr mitternachts beseitigt, nachdem die Feuerwehr der Stadt, die Garnison-Feuerwehr unter Bedienung von Pioniertruppen, sowie die Dampfspritze des Feuerwerks-Laboratoriums über drei Stunden maussetzt in Thätigkeit gewesen waren. Der Schaden ist beträchtlich, der Brauereibetrieb selbst aber nicht gestört. Die Patzenhofer Brauerei hat die Abteilung Spandau vor vier Jahren errichtet, indem sie ein dem Brauereibesitzer Leue gehöriges Unternehmen ankaufte. Als Entstehungsursache des Feuers wird Kurzschluß der elektrischen Lichtanlage vermutet.

Gerichts-Zeitung.

Eine Folge des Apotheken-Boykotts war eine Privat-Beleidigungsklage des Apothekers Dr. Fränkel gegen den Vertrauensarzt der Centralkommission der Krankenkassen Berlins Dr. C. Freudenberg und eine Widerklage des letzteren, die gestern vor dem Schöffengericht in Moabit verhandelt wurden. Der Klage und Widerklage lagen Aeußerungen zu Grunde, die gelegentlich der bekannten Polemik im „Vorwärts" einerseits und der „Apotheker-Zeitung" anderseits erfolgt sind. In der Nummer 188 des „Vorwärts" wendet sich Dr. Freudenberg gegen einen vom Dr. Fränkel verfaßten Artikel in der „Apotheker-Zeitung" und wirft dem Verfasser verschiedene Unrichtigkeiten sowie eine „Unwahrheit wider besseres Wissen" vor. Zuvor war gegen Dr. Freudenberg in der „Apotheker-Zeitung" der Vorwurf der Illoyalität erhoben und behauptet worden, daß Dr. Freudenberg Beschuldigungen gegen die Apotheker noch aufrecht erhalte, nachdem dieselben als unwahr nachgewiesen. Gegen diese letzteren Vorwürfe richtete sich die Widerklage.

Als Sachverständige sind bei den Verhandlungen zugegen die Herren Geheimrat Professor Liebreich, Professor Lewin und Apotheker Scholz. Als Zeuge war geladen, aber nicht erschienen, Apothekenbesitzer Medizinalrat Frölich.

Dr. Freudenberg bekannte sich als Verfasser des inkriminierten Artikels und schilderte in längeren Darlegungen die Ursache des Streitfalles. In der Nr. 59 der „Apotheker-Zeitung" sei ein vom Dr. Fränkel verfaßter Artikel erschienen, der von Beleidigungen gegen den Beklagten strotzte. Auch aus sachlichen Gründen habe er sich veranlaßt gefühlt, eine Berichtigung an die „A.-Z." einzusenden. Die Aufnahme dieser Berichtigung wurde abgelehnt und auch sein weiteres Ersuchen, den fraglichen Aufsatz in Form einer Annoncenbeilage zu bringen, wurde abgewiesen.

Darauf habe er im „Vorwärts" geantwortet. Dr. Fränkel habe abermals in der „A.-Z." erwidert, und diese Erwiderung habe seinen (Freudenbergs) Artikel in Nr. 188 des „Vorwärts" veranlaßt. Er halte die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen für vollständig zutreffend und sei bereit, für dieselben den Beweis der Wahrheit zu erbringen. Die Behauptung Fränkels, welche Dr. Freudenberg als „Unwahrheit" bezeichnete, geht dahin, daß die in der sogenannten Kassen-Handverkaufstaxe aufgezählten Mittel den Kassen „durchweg bedeutend billiger berechnet werden, als wenn sie Privaten verschrieben werden." Gegenüber dieser Behauptung führt Dr. Freudenberg an, daß die in der Kassen-Handverkaufstaxe aufgeführten Preise teilweise direkt Ueberschreitungen der amtlichen Taxe darstellen, daß also der Apotheker gesetzlich nicht einmal diese Preise beanspruchen dürfe und erst recht nicht berechtigt sei, den Privaten höhere Preise abzunehmen. Der Verteidiger Dr. Freudenbergs, Rechtsanwalt Max Levy, überreichte außerdem dem Gerichtshofe eine Anzahl Privatrezepte, auf die in hiesigen Apotheken, darunter auch die des Klägers Dr. Fränkel, Medikamente der Kassenhandverkaufstaxe entnommen waren und ließ durch die Sachverständigen feststellen, daß thatsächlich in diesen Fällen den Privaten, entgegen der Behauptung des Herrn Dr. Fränkel, billigere Preise berechnet worden sind, als den Kassen.

Der Vorsitzende versuchte wiederholt einen Vergleich herbeizuführen. Die Parteien erklärten sich hierzu auch grundsätzlich bereit, konnten sich aber über den Inhalt der festzulegenden Erklärungen nicht verständigen. Nach etwa 2½stündiger Verhandlung wurde schließlich der Beklagte Dr. C. Freudenberg zu 300 M. und 6/7 der Kosten und der Wiederbeklagte Dr. Fränkel zu 50 M. und 1/7 der Kosten verurteilt. Als strafschärfend wurde bei Dr. Freudenberg in Betracht gezogen, daß die Beleidigung in einem großen politischen Blatte erfolgt ist, während strafmildernd für Dr. Fränkel war, daß er seine Ausführungen, in denen der Gerichtshof an drei Stellen Beleidigungen fand, nur in einer Fachzeitschrift, also unter dem Schutze des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) veröffentlichte.

Die Privatklage des Stadtverordneten Rechtsanwalt Marggraff gegen den Stadtverordneten Leopold Jacobi stand gestern zur Verhandlung in der Berufungsinstanz vor der achten Strafkammer des Landgerichts I an. Beide Gegner waren persönlich zur Stelle. Dem Kläger stand Rechtsanwalt Leo Kempner, dem Angeklagten Justizrat Kleinholz und Rechtsanwalt Senff zur Seite. Sechs Zeugen waren zur Sache geladen. In erster Instanz war Stadtv. Jacobi zu 300 M. Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er mit Bezug auf den Kläger den Ausdruck „Fatzke" gebraucht hatte. Von seiten des Angeklagten war ein neuer Schriftsatz eingereicht worden, um auf Grund behaupteter beleidigender Aeußerungen des Rechtsanwalts Marggraff eine Widerklage zu rechtfertigen. — Vor Eintritt in die materielle Verhandlung fanden Vergleichsverhandlungen statt, bei denen die Kostenfrage einige Schwierigkeiten bereitete. Es handelte sich dabei weniger um die Summe, als um das Princip. Rechtsanwalt Kempner bekämpfte den Vorschlag, die Kosten einfach zu teilen, da bei diesem Modus die Situation nicht richtig gekennzeichnet werde. Sein Klient, Herr Marggraff, entsinne sich nicht, daß er — wie jetzt behauptet werde — mit Bezug auf den Angeklagten gesagt habe: „er verdiene einen Fußtritt." Justizrat Kleinholz und Rechtsanwalt Senff betonten dagegen, daß die Kosten gleichmäßig verteilt werden müßten, damit nicht in der Oeffentlichkeit aus der Kostenverteilung ein Uebermaß der Schuld auf seiten des Angeklagten vermutet werde. — R.-A. Marggraff bestritt, seinerseits die behauptete beleidigende Aeußerung über den Angeklagten gemacht zu haben. Schließlich kam ein Vergleich dahin zu stande: Herr Jacobi erklärt, daß er die ihm zur Last gelegten Aeußerungen, die er nicht für begründet erkläre, zurücknehme. Herr Marggraff erklärt, daß er sich nicht besinne, gegen Herrn Jacobi beleidigende Aeußerungen gethan zu haben, daß er sie aber, falls er sie gethan, zurücknehme. Die gerichtlichen Kosten übernimmt Herr Jacobi, die außergerichtlichen werden gegen einander aufgerechnet. — Der Privatkläger nahm hierauf seine Klage zurück.

Die Frage des Ritualmordes sollte wiederum in einer Verhandlung aufgerollt werden, zu der gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Keller Termin anberaumt war. Der Schriftsteller Koch und der Redacteur Böckler von der „Staatsbürger-Zeitung" waren der Beschimpfung der jüdischen Religion beschuldigt durch Verfassung bezw. Veröffentlichung eines Artikels, welcher bald nach dem Prozesse gegen den Buchhändler Dewald in der „Staatsbürger-Zeitung" erschienen war. Es wurde u. A. darin behauptet, daß die jüdische Religion vorschreibe, Christenblut zu verwenden. Als Sachverständige waren seitens der Anklagebehörde der Professor Dr. Strack, seitens der Verteidigung der Hofprediger a. D. Stöcker, Pfarrer Kröjel-Klocksin und Chefredacteur Dr. Bachler geladen. Von den Angeklagten war nur der Schriftsteller Koch erschienen, während Redacteur Böckler sich durch Krankheit entschuldigen ließ. Ferner beantragte der Verteidiger, Rechtsanwalt Jüngst, die Richter, welche den Buchhändler Dewald wegen Veröffentlichung der bekannten „Schächtkarten" verurteilt hatten, abzulehnen, mit der Begründung, das Professor Strack im Dewaldschen Prozesse Angriffe gegen die Verteidigung gerichtet habe, welche über den Rahmen des Gutachtens hinausgingen und ohne daß er hierfür in genügender Weise rektifiziert worden sei. Ferner hätten die Richter zu erkennen ergeben, daß sie an einen Ritualmord nicht glaubten.

Der Staatsanwalt stellte anheim, die Verhandlung zwecks Entscheidung über den Ablehnungsantrag zu vertagen und der Gerichtshof beschloß demgemäß.

Versammlungen.

Die Berliner Lithographen hielten am 14. Januar ihre erste diesjährige Generalversammlung ab, in der der Vorsitzende Tischendörfer den Jahresbericht gab. Danach hatten im vorigen Jahre stattgefunden: 12 Vorstandssitzungen, 12 Mitgliederversammlungen, 8 Vertrauensmännersitzungen und 4 kombinierte Versammlungen mit den Steindruckern, Chemigraphen usw. Eine Lithographen-Lehrlingsstatistik und eine solche der Merkantil-Lithographen wurden aufgenommen und über erstere eine Broschüre veröffentlicht. Auch wurde eine Kommission zur Tarifgemeinschafts-Vorbereitung im Laufe des Jahres gewählt. Die Mitgliederzahl hat sich ständig vermehrt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Tischendörfer, 2. Vorsitzender Bartels, 1. Kassierer Dübelt, 2. Kassierer Haberkern, 1. Schriftführer Domnick, 2. Schriftführer Graßmann und als Beisitzer: Albrecht, Gundlach und Rill. Zu Revisoren wurden Goertz, Liesegang, Petzold, in die Matinee-Kommission Baader und Jehnicke gewählt.

Verband der Sattler. Am 13. Januar fand die Generalversammlung der Filiale der Geschirrsattler im Englischen Hofe statt. Den Bericht des Vorstandes gab Kollege A. Hoffmann. Stattgefunden haben 25 Mitgliederversammlungen, von denen sich eine größere Anzahl mit der Lohnbewegung beschäftigten. Diese endete zu Gunsten der Arbeiter, da in verschiedenen Werkstätten der Lohn erhöht oder die Arbeitszeit verkürzt wurde, in manchen auch beides geschah. Leider sind durch die Krise in einigen Werkstätten wieder Verschlechterungen eingetreten. Vorstandssitzungen haben 10 stattgefunden. Der Bericht des Kassierers wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zur Neuwahl wird beschlossen, die Wahl des Vorstandes bis nach der kombinierten Versammlung zu vertagen. Die Geschäfte werden bis dahin vom zweiten Vorsitzenden geführt, da Kollege Hoffmann verhindert ist. Eine Ersatzwahl findet nicht statt. Bei Stellung der Anträge zur bevorstehenden Konferenz schließt sich Filiale I dem in III gestellten Antrag an, welcher besagt: das Agitationskomitee hat 5 Proz. der auf Berlin fallenden Einnahme zurück an die Filialen zu zahlen. Ferner wurde angenommen ein Antrag des Kollegen Lewin, die Konferenzen nicht alljährlich, sondern nach Bedarf stattfinden zu lassen. Die Kollegen werden aufgefordert, sich an der Zählung der Arbeitslosen zu beteiligen und in die cirkulierenden Listen einzutragen. Alsdann wurden noch mehrere andre Angelegenheiten erledigt.

Charlottenburg. Am 13. d. M. fand die Generalversammlung der Zahlstelle Charlottenburg des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes statt. Zunächst gab Schmidt den Bericht von der Gau-Konferenz. Sodann erstattete der Kassierer Hahse den Kassenbericht vom 4. Quartal 1901, worauf ihm Decharge erteilt wurde. Ein von Dörre gestellter Antrag, daß der Kassierer am Jahresschluß einen Ueberblick über die Kassengeschäfte des ganzen Jahres zu geben hat, wurde angenommen. Hierauf gab Dörre den Bericht der Bibliothek. Dann wurde vom Vorsitzenden Benscheck der Jahresbericht des Vorstandes gegeben, dem folgte die Neuwahl des gesamten Vorstandes. Als erster Vorsitzender wurden Benscheck, als zweiter Pohl, als Kassierer Hahse, als Schriftführer Hammel und als Revisoren Pfefferkorn, Groß und Mackenzieh gewählt. Bevor zur Wahl der Kontrollkommission geschritten wurde, erstattete der Obmann Schmidt den Bericht, sodann wurden in die Kontrollkommission Schettling, P. Müller, R. Müller, Utech, Sebach, Strauhs und Sebald, in den Gesellenausschuß Schmidt, Tunack, Stadiee, Utech und Stahlberg, als Karteldelegierte Pohl und Cyske gewählt. Hierauf schilderte der Vorsitzende den Konflikt in der Holzindustrie in eingehender Weise und gab die gefaßten Beschlüsse und das Verhalten der Holzindustriellen den Arbeitnehmern gegenüber bekannt. Unter Gewerkschaftlichem ward zunächst der vom Vorstand gestellte Antrag, die Versammlungstage auf den Montag nach dem 15. jeden Monats zu verlegen, angenommen. Weiter wurden für das Gewerkschaftskartell 30 M. zur Deckung der aus den Gewerbegerichts-Wahlen erwachsenen Unkosten bewilligt.

Vermischtes.

Blinder Feuerlärm im Theater. Im königlichen Schauspielhause in Dresden entstand gestern während der Vorstellung eine Panik dadurch, daß ein Herr im Parkett, der von Schreikrämpfen befallen wurde, plötzlich „Feuer" rief. Alles stürzte nach den Ausgängen und drängte sich da zusammen. Obwohl Feuerwehrleute und Logenschließer das Publikum zu beruhigen suchten, blieb nur ein Teil der Zuschauer im Theater, während viele dasselbe verließen.

In München ist der Universitätsprofessor Geheimer Rat von Ziemssen gestorben. Die Beerdigung soll auf Kosten der Stadt erfolgen.

Der Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Daenhardt ist in Leipzig gestern früh nach längerer Krankheit gestorben. — Ebenfalls ist in München der Professor an der Universität E. Selenka gestorben.

Eine Familientragödie. Den „Leipziger Neuesten Nachrichten" zufolge hat in Oybin bei Zittau der Fruchthändler Jäger, dessen Frau wegen Verdachts der Brandstiftung verhaftet worden war, aus Erregung hierüber seinen drei Kindern und sich selbst mit einem Rasiermesser den Hals durchschnitten. Das jüngste Kind ist bereits verschieden.

Rettung aus Seenot. Die Rettungsstation Spiekeroog der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 20. Januar von dem in der Otzumer Balge gestrandeten englischen Dampfer „German Empire", Kapitän Mahn, mit Kohlen von Hartlepool nach Hamburg bestimmt, 10 Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet. Die Rettungsstation Langeoog telegraphiert, daß von demselben Dampfer 6 Personen durch das Rettungsboot der Oststation gerettet wurden.

Die Rettungsstation Duhnen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Von dem vor der Elbe gestrandeten deutschen Fischerkutter „Schwalbe", Schiffer Meyer, drei Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet.

Witterungsübersicht vom 21. Januar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = 4° R.
Swinemünde	761	WSW	3	heiter	1	Haparanda	743	N	2	bedeckt	−17
Hamburg	765	NW	2	heiter	5	Petersburg	733	NW	3	Schnee	−9
Berlin	763	W	2	Regen	6	Cork	772	W	3	Regen	9
Frankf./M.	771	SW	2	Regen	5	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	773	SW	6	bedeckt	2	Paris	776	SSW	2	bedeckt	3
Wien	768	W	4	Regen	4						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 22. Januar 1902.
Zunächst kühler, vielfach heiter bei ziemlich frischen westlichen Winden, später neue Erwärmung, Trübung und geringe Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.